

Kein **KIND** zurücklassen!

Kommunen in NRW beugen vor



PRAXIS

**Bericht der Landeskoordinierungsstelle
zur fachlichen Begleitung des Lernnetzwerks
und der Modellkommunen**



PRAXIS

Bericht der Landeskoordinierungsstelle zur fachlichen Begleitung des Lernnetzwerks und der Modellkommunen

Die Autorinnen und Autoren:

Dr. Heinz-Jürgen Stolz, Martin Debener, Lena Gilhaus,
Dr. Christina Günther, Maren Hilke, Christin M. Jasper,
Dr. Ursula Kansy, Karl-Heinz Kaup,
Sabine Köhler, Dr. Johannes D. Schütte

Wir sind
unterwegs



INHALT

Gastbeitrag	06
Christina Kampmann Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen	
Einleitung	08
A PRÄVENTION LERNEN	12
Bilanz der Landeskoordinierungsstelle im Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“	
1. Lernumgebung	14
Das Modellvorhaben: Zielfindung – Strategie – Beteiligte	
2. Lernerfolge	28
Formate und Instrumente für die Praxis	
3. Zum Weiterlernen	34
Fachmagazine – Positionspapiere – und mehr	
B PRÄVENTION GESTALTEN	38
Handreichung zur Entwicklung kommunaler Präventionsketten	
4. Aufbau der Präventionskette	40
Leitbild erarbeiten – Ziele finden – Strukturen etablieren – Daten gewinnen – Planung integrieren – Wirkungsorientiert steuern	
5. Qualität der Präventionskette	57
Standards für Prävention	
C PRÄVENTION UMSETZEN	66
Gelungene Beispiele vorbeugender Unterstützung von der Schwangerschaft bis zum Übergang Schule/Beruf	
6. Rund um die Schwangerschaft und Geburt	70
7. Rund um die Kita	76
8. Von der Grundschule bis in die weiterführende Schule	86
9. Rund um die Jugendphase	92
Die Landeskoordinierungsstelle	96
Impressum	98

INFO

Alle wichtigen Informationen zum Modellvorhaben gibt es auf der Website www.kein-kind-zuruecklassen.de. Sie ist das zentrale Kommunikations- und Informationsinstrument.

GASTBEITRAG

Jedes Kind soll die gleichen Chancen auf ein gelingendes Aufwachsen erhalten, unabhängig von seiner sozialen Herkunft.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Landesregierung eine Vielzahl von Maßnahmen auf den Weg gebracht: Die Kindertagesbetreuung wurde massiv ausgebaut, das Land finanziert eine bessere Personalausstattung von Kitas besonders in benachteiligten Quartieren und die Familienhilfe wurde durch zusätzliche Familienzentren gestärkt, um nur einige Beispiele zu nennen.



Uns ist aber bewusst, dass nur durch eine langfristig angelegte Strategie Erfolge beim Kampf gegen Bildungsbenachteiligung und Kinderarmut erzielt werden können. Deswegen wurde der strategische Ansatz einer umfassenden „Politik der Vorbeugung“ entwickelt, die neben der Stärkung der frühkindlichen Bildung zum Beispiel auch den Ausbau der Schulsozialarbeit oder den Einsatz von Mitteln der Europäischen Union für familienunterstützende Präventionskonzepte in benachteiligten Quartieren einschließt.

Ein zentraler Baustein der Politik der Vorbeugung ist das Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“, das 2012 in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung und 18 Modellkommunen

startete. Unter wissenschaftlicher Begleitung durch das Institut für soziale Arbeit (Münster) begannen die Modellkommunen mit dem Aufbau kommunaler Präventionsketten ab der Schwangerschaft bis hin zum Übergang Schule-Beruf. Durch Präventionsketten erhalten Kinder, Jugendliche und Eltern bei auftauchenden Problemen frühzeitig genau die Unterstützungsangebote, die sie brauchen.

Keine der Modellkommunen fing 2012 bei Null an. Aber jede Kommune hat nach eigener Aussage viel für sich lernen können. Einige dieser Erkenntnisse möchte ich kurz zusammenfassen:

1. Prävention als strategische Entscheidung, die von der kommunalen Spitze ausgeht!

Die Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien müssen im Rahmen kommunaler Daseinsvorsorge ganzheitlich – d.h. ämter-, dezernats- und trägerübergreifend – in den Blick genommen werden. Ohne die aktive und nachhaltige Rückendeckung durch die kommunale Spitze lässt sich das nicht erreichen. Kommunale Präventionsketten lassen sich nur optimal aufbauen, wenn sich die gesamte Kommune darauf verständigt.

2. Regeleinrichtungen sind der beste Zugang!

„Regeleinrichtungen“ sind Orte, wo möglichst alle Kinder und Jugendlichen und ihre Eltern erreicht werden können. „Regeleinrichtungen“ sind Kitas und Schulen, aber auch die Schwangerschaftsberatung, die Geburtskliniken oder die Kinderärztinnen und -ärzte. Wer dort entsprechende Beratungsangebote anbietet, kann Familien frühzeitig, umfassend und diskriminierungsfrei erreichen. Wichtig ist, dass Familien hier passgenaue Unterstützung finden. „Passgenauigkeit“ wird durch Beteiligung erreicht,

denn Kinder und Eltern wissen selbst am besten, welche Unterstützung sie brauchen.

3. „Vom Kind aus denken“ und das Handeln danach ausrichten!

Wir müssen mehr in Verantwortlichkeiten als in Zuständigkeiten denken und arbeiten. Wer Eltern hin und her schickt, damit sie Unterstützung erhalten, riskiert, dass notwendige Hilfe nicht ankommt. Ein kommunales Präventionsleitbild, das gemeinsam erarbeitet wird, bietet die Chance dafür, dass ein Umdenken von einer Institutions- und Verbandslogik zur Kinder- und Familienperspektive gelingt. Nicht aufgezwungen – sondern aus eigener Überzeugung. In vielen Kommunen funktioniert das schon und zeigt Erfolg!

4. Wirkungen nachweisen!

Wir müssen genau wissen, welche präventiven Angebote in welchem Maße wirksam sind. Um Wirkungen nachzuweisen, müssen dauerhaft Daten erhoben werden bis hin zu kleinräumigen Sozialdaten. Hier ist Vieles vorhanden, aber nicht überall. Es mangelt auch noch an der Zusammenführung und Auswertung, wozu auch die Einbeziehung des Wissens der sozialpädagogischen Fachkräfte gehört.

5. An einem Strang ziehen!

Vorbeugung vor Ort gelingt nur, wenn eine umfassende Beteiligung aller Akteure sichergestellt ist. Vernetzung ist dann optimal, wenn alle Beteiligten sie mittragen und eine gemeinsame Ausrichtung haben.

Gleiches gilt für die staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaft: Es bedarf einer auf Dauer angelegten gemeinsamen Strategie von Bund, Land und Kommunen, in die auch die Zivilgesellschaft eingebunden werden muss. Nur so lässt sich Problemen wie Kinderarmut, mangelnder Integration und Bildungsdefiziten begegnen.

6. Ungleiches ungleich behandeln!

Die Finanzierung vorbeugender Politik muss dem Leitsatz, „Ungleiches ungleich behandeln!“ folgen. Öffentliche Fördermittel müssen differenziert eingesetzt werden, um Quartiere, Einrichtungen und Familien mit besonderen Unterstützungsbedarfen gezielt zu erreichen und so auch die größte Wirkung zu erzielen.

Bildung und Prävention als langfristige Strategie

Klar ist: Gut gemachte Präventionsarbeit vor Ort trägt dazu bei, dass Fehlentwicklungen beim Aufwachsen von Kindern gar nicht erst eintreten. Dazu liegen viele Beispiele aus den 18 Modellkommunen vor, von denen einige in diesem Bericht vorgestellt werden. Weitere Beispiele finden Sie in der Praxisdatenbank www.keinkindzuruecklassen.de.

Durch das Modellvorhaben wurde über Jahre sehr viel Wissen aufgebaut, wie Prävention gut gemacht wird. In diesem Bericht finden Sie viele Informationen dazu aus dem kommunalen Begleitprozess durch das Institut für soziale Arbeit. Hinzu kommen weitere umfangreiche Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Begleitforschung durch die Bertelsmann Stiftung. Manches wird neu für Sie sein, manches wird Ihnen bekannt vorkommen. Es aber tatsächlich umzusetzen, ist die große Herausforderung!

Damit dies gelingt, will die Landesregierung „Kein Kind zurücklassen!“ als Teil ihrer langfristigen Strategie zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und Familien in unserem Land fortsetzen. Gute Bildung, Gesundheit und materielle Sicherheit sind die wesentlichen Bestandteile eines gelingenden Aufwachsens von Kindern. Jedes Kind soll die gleichen Chancen darauf haben! Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.

Christina Kampmann

Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen



EINLEITUNG

Seit 2012 arbeiten die Landesregierung Nordrhein-Westfalen und die Bertelsmann Stiftung zusammen, um allen Kindern und Jugendlichen ein gelingendes Aufwachsen, gesellschaftliche Teilhabe und gute Bildung zu ermöglichen.

Vorbeugung betrifft viele Lebensbereiche von Kindern und Familien. Es geht darum, vorhandene Angebote der Gesundheitsförderung, der frühkindlichen, schulischen und beruflichen Bildung, der Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe, aber auch für Sport und Kultur besser miteinander zu verknüpfen, so dass eine kommunale Präventionskette entsteht – lückenlos von vor der Schwangerschaft bis zum Eintritt in das Berufsleben.

Das Modellvorhaben umfasst drei Bausteine:

1. Im Lernnetzwerk kommen die teilnehmenden Kommunen zusammen, um sich über ihre Erfahrungen auszutauschen und Lösungen für gemeinsame Herausforderungen zu finden.
2. Unter dem Stichwort „Transfer“ werden die im Modellvorhaben gewonnenen Erkenntnisse aufbereitet und in die Fläche getragen, damit alle Kommunen in NRW – und darüber hinaus – von „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ profitieren.

3. Mit der wissenschaftlichen Begleitforschung wird in fachlicher und finanzieller Hinsicht untersucht, welche Wirkungen kommunale Präventionsketten entfalten.

Eine Steuerungsgruppe trifft die strategischen Entscheidungen im Landesmodellvorhaben. Ihr gehören neben der Staatskanzlei das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport, die vom Institut für soziale Arbeit e.V. getragene Landeskoordinierungsstelle sowie die Bertelsmann Stiftung an. Beratend zur Seite steht eine Lenkungsgruppe, in der alle Ministerien der Landesregierung vertreten sind. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung arbeitet die Bertelsmann Stiftung mit einer Reihe von Forschungsorganisationen zusammen. Beteiligt sind unter anderem Forscherinnen und Forscher des Zentrums für interdisziplinäre Regionalforschung an der Ruhr-Universität Bochum, der Faktor Familie GmbH sowie der Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik mbH. Die Leitung der Begleitforschung obliegt Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier (Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung, Bochum). Die fiskalische Begleitforschung leitet Gerhard Micosatt (Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik mbH).

Die drei Bausteine von „Kein Kind zurücklassen!“:
1) Lernnetzwerk
2) Transfer
3) wissenschaftliche Begleitforschung

Kein K^{IND} zurücklassen!
Kommunen in NRW beugen vor

18 MODELLKOMMUNEN MIT LOKALER KOORDINATION

LERNNETZWERK

Austausch zwischen den Modellkommunen

TRANSFER

Fachveranstaltungen, Publikationen, Website etc.

EVALUATION

Analyse fachlicher und fiskalischer Wirkungen

LANDESKOORDINIERUNGSSTELLE

(Trägerschaft: Institut für soziale Arbeit e. V.)

Organisiert das Lernnetzwerk und unterstützt den Transfer in die breite Öffentlichkeit

LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

GESCHÄFTSSTELLE EVALUATION UND TRANSFER

(bei der Bertelsmann Stiftung)

Steuert die Evaluation und unterstützt den Transfer in die breite Öffentlichkeit

BERTELSMANN STIFTUNG

Die fachliche Zuständigkeit für die Umsetzung des Modellvorhabens liegt beim Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport. Innerhalb des Ministeriums wurde dazu die abteilungsübergreifende Projektgruppe „Prävention“ gebildet, die direkt dem Staatssekretär untersteht. Das Ministerium hat das Institut für soziale Arbeit e.V. mit der fachlichen Begleitung der Kommunen sowie der Organisation des Lernnetzwerks beauftragt. Hierzu wurde eine Landeskoordinierungsstelle eingerichtet.

Mit diesem Bericht legt die Landeskoordinierungsstelle des Instituts für soziale Arbeit e.V. die Bilanz ihrer gut dreijährigen Arbeit vor. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Beantwortung der Frage, welche Erträge sich aus der engagierten Arbeit der 18 Modellkommunen für bislang nicht beteiligte Kommunen ergeben, die aber bereits auf dem Weg zur Gestaltung einer kommunalen Präventionskette sind oder sich auf eben diesen Weg zu machen gedenken.

18 Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind Teil des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“.



Der vorliegende Bericht gliedert sich in drei Teile:

In **Teil A** wird unter der Überschrift „Prävention lernen“ das, was man die „Lernkurve“ im Modellvorhaben nennen könnte, bilanzierend dargestellt. Thema in Kapitel 1 ist die Gestaltung der Lernumgebung in der einzelkommunalen Begleitung wie auch im Lernnetzwerk der 18 Modellkommunen. Im Anschluss daran werden in Kapitel 2 die in der gut dreijährigen Arbeit von der Landeskoordinierungsstelle entwickelten Instrumente und Veranstaltungsformate als Lernerfolge der Fachbegleitung eingeführt. Material „Zum Weiterlernen“ bietet Kapitel 3 an. Die von der Landeskoordinierungsstelle erstellten oder mitverfassten Veröffentlichungen sind auch auf der Projektwebsite www.kein-kind-zurueck-lassen.de abrufbar.

Die Intention dieses ersten Teils ist es nicht, lediglich Ergebnisse und Produkte zu präsentieren, sondern auch die Lernprozesse, die dahin geführt haben, sowie die Begleitphilosophie der Landeskoordinierungsstelle transparent zu machen. Diese fachliche Transparenz ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sich auch am Modellvorhaben nicht beteiligte Kommunen sowie die weitere Fachöffentlichkeit ein Bild von den Erträgen des Modellvorhabens machen können.

Teil B steht unter dem Motto „Prävention gestalten“ und hat Handreichungscharakter. In Kapitel 4 werden zunächst typische Stationen im Aufbau der Präventionskette vorgestellt und mit den dabei zu erreichenden Qualitätsstandards verknüpft. In Kapitel 5 geht es dann um die Qualität der Präventionskette als ein Ganzes, also um übergreifende, für alle Einzelbereiche und Stationen gültige Präventionsstandards.

In Form eines Qualitätskreislaufs wird systematisch dargestellt, wie Prävention gelingt. Die in Teil A hergeleiteten Gestaltungselemente werden in Teil B erneut aufgegriffen. Dadurch werden die Teile auch unabhängig voneinander verständlich. Es gilt, den allgemeinen Ansatz von Qualitätsentwicklung auf die konkreten Herausforderungen beim Aufbau von Präventionsketten anzuwenden.

Teil C trägt den Titel „Prävention umsetzen“ und stellt gelungene Beispiele vorbeugender Unterstützung entlang der gesamten Präventionskette vor. Die Praxisbeispiele aus den Modellkommunen folgen dem Lebenslauf eines Kindes. Sie beginnen in Kapitel 7 „Rund um die Schwangerschaft“. Kapitel 8 verfolgt die Unterstützung gelingenden Aufwachsens dann in der Phase „Rund um die Kita“. In Kapitel 9 wird die biografische Abfolge im Zeitraum „Von der Grundschule bis in die weiterführende Schule“ verfolgt. Kapitel 10 schließt den Bericht mit präventiven Aktivitäten der Modellkommune für den Bereich „Rund um die Jugendphase“ ab.

Die drei Teile des Berichts:

- A** Prävention lernen
- B** Prävention gestalten
- C** Prävention umsetzen



TEIL A: PRÄVENTION LERNEN

Bilanz der Landeskoordinierungsstelle im Modellvorhaben

„Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“



1. LERNUMGEBUNG

DAS MODELLVORHABEN: ZIELFINDUNG – STRATEGIE – BETEILIGTE

Die fachliche Begleitung der Arbeit in den Modellkommunen hat die Aufgabe, die übergreifenden Programmziele von „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ mit der Strategieentwicklung vor Ort zu verbinden.

Die Ausgangsbedingungen zum Aufbau einer Präventionskette sind in jeder Kommune unterschiedlich; ebenso wie der jeweilige Handlungsbedarf. Um diese Unterschiedlichkeit abzubilden, wird im Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung auf der Datenbasis des „Wegweisers Kommune“ der Bertelsmann Stiftung eine NRW-weite Gemeindetypologie mit 10 Typen erarbeitet und auf die 18 Modellkommunen

angewandt. Aus Sicht der Prozessbegleitung durch die Landeskoordinierungsstelle ist dieser datenbasiert-statistische Zugang durch eher „weiche“ Ausgangsbedingungen zu ergänzen. Dazu gehört das in einer Kommune geltende politische Steuerungsverständnis, der Stellenwert von Prävention auf der kommunalpolitischen Agenda oder die Frage nach der innovativen Antriebskraft (im Fachjargon: nach den „Fach-“ und „Machtpromotoren“).



In ihrem Zusammenspiel prägen diese Ausgangsbedingungen dann die Verlaufsdynamik der Präventionskettengestaltung vor Ort. Es werden also unterschiedliche Entwicklungspfade beschrrieben. An bestimmten Ausgangs- und Entscheidungspunkten können kleine Ursachen die einzelkommunale Präventionskettengestaltung auf den einen statt auf den anderen Pfad lenken, während zu anderen Zeitpunkten ein Umsteuern sehr großen Aufwand erfordern würde. Dies wird in den Sozialwissenschaften „Pfadabhängigkeit“ eines Entwicklungsprozesses genannt. Eine kluge Prozessbegleitung erkennt die Entscheidungspunkte und unterstützt die Kommunen dabei, den gemeinsam als zielführend erkannten Pfad zu betreten. Sie verschwendet nicht ihre Kräfte, um jenseits dieser Entscheidungspunkte einen Masterplan im Sinne einer kommunalübergreifend ein-

heitlichen Gestaltung umzusetzen. Dies bedeutet nicht, dass man in der Prozessbegleitung nicht auch die Umsetzung der von Kommunen eher als schwierig empfundenen Gestaltungsanforderungen anzuregen versucht – dies aber nicht in Form der Durchsetzung eines „Schema F“, sondern angepasst an die Ausgangsbedingungen und Herausforderungen der einzelnen Kommune.

Die Sozialwissenschaften sprechen bei Präventionsnetzwerken nicht umsonst von „lernenden Organisationen“. Was sich hier herauskristallisiert, ist eine neue Spielart vorbeugender Politik im „Wirkungsfeld Kommune“, wie es im Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung genannt wird. In diesem sich selbstorganisierenden Politikfeld bestimmen die lokalen Akteure im Kontext kommunaler Selbstverwaltung über die „SOLL-Werte“, also über die strategischen Ziele von Prävention in ihrer Kommune. Der Landespolitik und Prozessbegleitung kommt eine ermöglichende und unterstützende Funktion zu, damit die Umsetzung dieser Ziele vor Ort gelingen kann. Dabei werden sie selbst zu einem Teil der Lernumgebung.

Das A und O des Miteinanders in dieser gemeinsamen Lernumgebung ist Vertrauen. Es entsteht in auf Konsensfindung angelegten Prozessen und im Rahmen verbindlicher Strukturen. Die Erfahrung zeigt: Nur über Fachlichkeit und eine gemeinsame Grundwerteorientierung im Sinne öffentlicher Daseinsvorsorge schafft man eine dauerhafte, gemeinsame Motivation. In der Sache geht es darum, das Denken in getrennten Zuständigkeiten und Bereichen nachhaltig zugunsten integrierter Handlungskonzepte zu überwinden.

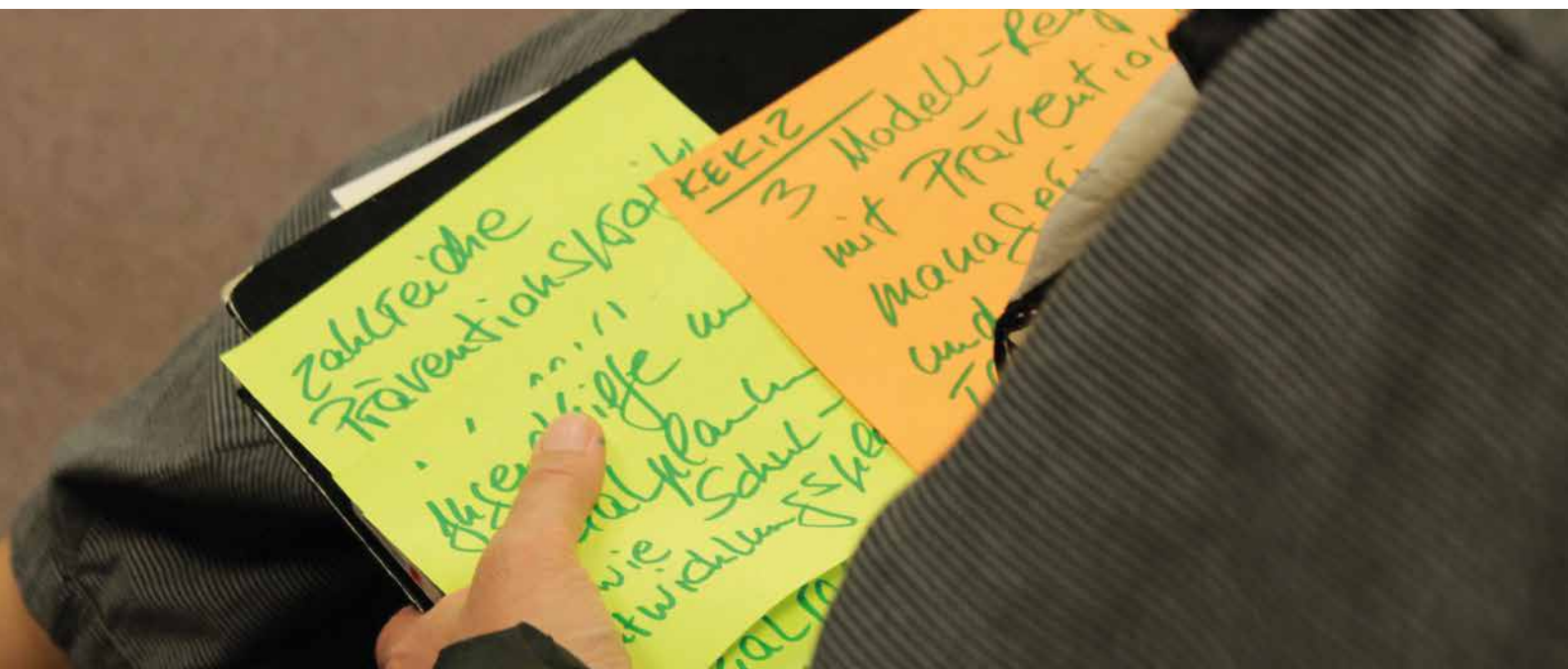
Im Modellvorhaben wird diese Lernumgebung in der Form eines gemeinsamen Lernnetzwerks organisiert. Die Erfahrungen in diesem Lernnetzwerk zeigen, dass ungeachtet unterschiedlicher Bedingungen alle Partner erfolgreich auf dem Weg sind und voneinander profitieren. Konkret wird erstens deutlich, dass sowohl kreisfreie Städte, Kreise wie auch kreisangehörige Gemeinden hoch motiviert am Aufbau ihrer Präventionskette arbeiten; dies ist insbesondere angesichts der eingeschränkten

Zuständigkeiten kreisangehöriger Gemeinden nicht selbstverständlich. Zweitens ist zu betonen, dass alle voneinander lernen können: Kreise von kreisfreien Städten oder kreisangehörigen Gemeinden und umgekehrt; man tauscht sich also nicht nur mit Kommunen des gleichen Typs aus. Drittens lässt sich erkennen, dass sich Kommunen unabhängig von ihrer jeweiligen wirtschaftlichen Lage auf diesen Weg begeben; Präventionsketten sind also weder nur etwas für vergleichsweise gut situierte Kommunen, die es sich leisten können, noch nur etwas für belastete Kommunen, die ihrer besonders bedürften.

Für die fachliche Begleitung der Kommunen durch die Landeskoordinierungsstelle ergibt sich aus diesem recht großen kommunalen Gestaltungsspielraum nicht zuletzt das Format der hier vorgelegten Bilanzierung: Statt eines Masterplans oder einer Typologie von Entwicklungspfaden legen wir einen Qualitätsrahmen zum Aufbau kommunaler Präventionsketten vor. Ein Qualitätsrahmen ist nicht inhaltlich fixiert, sondern verändert sich durch neue und erweiterte Praxiserfahrungen – dies dann aber im Sinne einer qualitativen Weiterentwicklung.

Alle Kommunen, die sich auf den Weg machen, ihre Präventionskette auf- oder auszubauen, sehen sich typischen Anforderungen gegenüber, die dem Qualitätsrahmen zugrunde gelegt werden. Immer geht es darum, ein Leitbild zu entwickeln, strategische Ziele zu bestimmen und beharrlich und systematisch an deren Umsetzung zu arbeiten. Und in jeder Phase dieses Prozesses müssen Räume geschaffen werden, um voneinander lernen zu können, wobei die Landesebene mit eingeschlossen wird. So entsteht ein verbindlicher Rahmen, der dennoch für neue Impulse im Sinne einer lernenden Organisation geöffnet bleibt.

Was diese Grunddramaturgie betrifft, geht es nicht mehr um das „Ob“, sondern um das „Wie“ der Umsetzung. In der fachlichen Begleitung wurde und wird hierbei auf der Basis etablierter Verfahren gearbeitet, die im Prozess aber spezifische Zuspitzungen erfahren haben. Diese „Lernkurve“ ist Gegenstand der folgenden Ausführungen.



Den Kurs setzen – strategische Zielfindung neu denken

Die Landeskoordinierungsstelle hat im Modellvorhaben viel Erfahrung mit Formaten strategischer Zielfindung gesammelt. So wurden in fast allen Modellkommunen zu Beginn je zwei Workshops pro Kommune durchgeführt. Als methodische Grundlage für die strategische Zielfindung der Kommunen wurde das weit verbreitete SMART-Modell verwendet, das sich an den bekannten „W“-Fragen orientiert.

- Wer setzt die Maßnahme um?
- Was, also welcher präventiv-konzeptionelle Inhalt, soll in der Sache konkret umgesetzt werden?
- Womit, unter Einsatz welcher Ressourcen (Arbeitskraft, Geld, Personal etc.), soll dies geschehen?
- Wie, also mit welcher Vorgehensweise und Methodik, soll die Umsetzung erfolgen?
- Woran, z.B. an welchem Qualitätsziel, lässt sich der Erfolg bemessen?
- Wann oder bis wann soll die Maßnahme umgesetzt sein?

Strategische Ziele, die in dieser Weise konkretisiert wurden, sind dann **s**pezifisch, **m**essbar, **a**nspruchsvoll und dennoch erreichbar, in der Sache **r**elevant und im Hinblick auf ihre Umsetzung zeitlich **t**erminiert; daher das Akronym SMART.

Bis zuletzt wurde der Stand der einzelkommunalen Zielumsetzung durch die Landeskoordinierungsstelle in Quartalsgesprächen mit den kommunalen Koordinatoren und Koordinatorinnen sowie weiteren Akteuren, zum Teil auf Amtsleitungsebene, reflektiert. Die Stärke dieser Vorgehensweise lag in der hohen Eigenmotivation, weil die Kommunen ihre Ziele selbst gesteckt hatten.

Zu den Zielfindungswshops waren in der Regel neben den Führungskräften aus der Kommunalverwaltung auch nicht-kommunal verankerte Akteure, wie das Staatliche Schulamt, Freie Träger der Wohlfahrtspflege und niedergelassene Ärzte und Ärztinnen, eingeladen. Zudem nahmen Fachkräfte wie Kita- und Schulleitungen teil. Die Einladungslisten wurden von der Kommune erstellt und in der Regel mit der Landeskoordinierungsstelle im Vorhinein abgestimmt.

spezifisch
messbar
anspruchsvoll
relevant
terminiert
=
SMART

Eine SMARTe Bilanz

Im Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ bestimmten die 18 teilnehmenden Kommunen selber, was sie konkret tun wollten, um ihre kommunale Präventionskette aufzubauen. Gemeinsam war ihnen allein die Methode der Zielfindung. Alle Ziele sollten SMART formuliert werden.

Die Modellkommunen nahmen sich viel vor. Insgesamt definierten sie 74 Ziele und 275 Maßnahmen zu ihrer Umsetzung. Das waren im Schnitt 4 Ziele und 15 Maßnahmen pro Kommune.

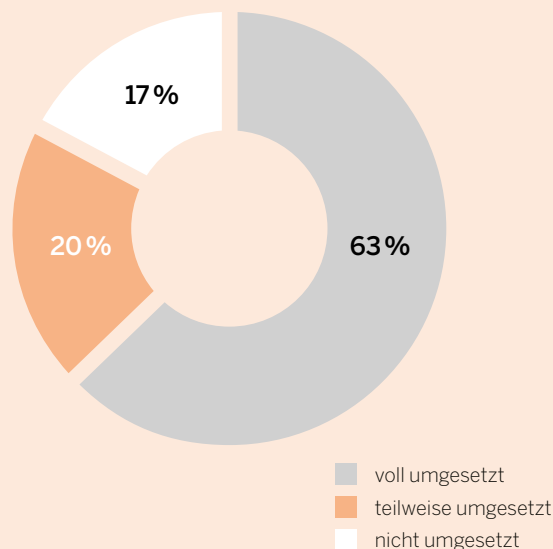
Das tatsächliche Aktivitätsniveau war jedoch höher, als es die Zahl der SMART-formulierten Ziele und Maßnahmen zum Ausdruck bringt. Denn ausgelöst durch das Modellvorhaben brachten die Kommunen zusätzliche Projekte auf den Weg. Weitere 73 präventive Vorhaben wurden an die Landeskoordinierungsstelle berichtet.

Über die Hälfte der 275 Maßnahmen war entweder auf den Ausbau präventiver Angebote (37%) oder auf eine bessere Vernetzung (19%) gerichtet, gefolgt von Maßnahmen zur Analyse vorhandener Angebote oder zur Erstellung von Präventionskonzepten (je 16%).

Schulungsmaßnahmen (5%), die Bildung von Steuerungsgremien (4%) und die Etablierung von Messkriterien (4%) spielten nach Zahl der Maßnahmen eine geringere Rolle.

Die Bilanz der Zielumsetzung kann sich sehen lassen. 63% aller Einzelmaßnahmen wurden vollständig und weitere 20% teilweise umgesetzt. Zusammengenommen erreichten die Modellkommunen folglich über 80% ihrer Ziele.

74 Ziele – 275 Maßnahmen Umsetzung: 83%



Die Landeskoordinierungsstelle zieht im Hinblick auf diese Vorgehensweise heute eine gemischte Bilanz. Positiv hervorzuheben ist die recht hohe Selbstbindung der Modellkommunen an die Zielumsetzung. Und so positiv auch die breite Beteiligung an den SMART-Workshops zu bewerten ist, so wurde die Zielfindung dadurch doch mitunter weniger strategisch ausgerichtet, als es beabsichtigt war. Gerade Ziele, die eher abstrakte Gestaltungsdimensionen zum Gegenstand haben, kamen in den Workshops nicht immer im gewünschten Umfang auf die Agenda, da sie für viele Teilnehmende nicht greifbar, zum Teil aber auch mit Befürchtungen belegt waren. Dazu gehören vor allem Fragen der kommunalen Steuerung, der integrierten Fachplanung, der

Wirkungsmessung und der Datengewinnung. Auf Fachkräfteebene besteht im Hinblick auf Wirkungsmessung die Sorge, dass die eigenen Leistungen an sachfremden Erfolgskriterien gemessen werden. Wird man in der Folge dem gesetzten Maßstab nicht gerecht, könnten Leistungskürzungen beschlossen und die eigene Unterstützungs- und Förderpraxis delegitimiert und geschwächt werden, so die Befürchtung.

Die Beteiligung der Fachkräfte an der Erarbeitung von Messkriterien ist ein erster Schritt, um diese Widerstände aufzulösen. Dies gelingt in der Regel aber nicht in einem SMART-Workshop, sondern erfordert eine vertiefende Einarbeitung, etwa im Rahmen eines gemeinsam mit

Fachplanern und Controllern durchgeführten Qualitätszirkels. Dabei sollte auch die Einschätzung aus der Fachpraxis, dass „Erfolg“ häufig nur in der unmittelbaren Kommunikation erfahrbar wird, konstruktiv aufgegriffen werden. Erfolg ist eben nicht immer in Messgrößen aufsummierbar.

Die Erfolgskontrolle bei der Zielumsetzung sollte daher als integrales Element der Qualitätsentwicklung, also des „Gemeinsam Besser Werdens“ verstanden werden. Der Sachverstand der Fachpraxis muss mit dem der Fachplanung und des Controllings zusammenkommen, um „faire“ Messgrößen zu entwickeln, zu berechnen und gemeinsam die fachlichen Konsequenzen zu ziehen. Bei Verfehlung der Wirkungsziele droht dann nicht sofort der Rotstift des Kämmerers, sondern man schaut im Sinne einer fehlerfreundlichen Kultur darauf, was im Einzelnen nicht so gut gelaufen ist und wie die Wirksamkeit künftig verbessert werden kann. Voraussetzung dafür ist eine Kultur des Vertrauens, die auch bei schwieriger Haushaltslage aufrechterhalten wird. In Teil B dieses Berichts wird dieses veränderte Verständnis von Controlling unter dem Leitbegriff der wirkungsorientierten Steuerung wieder aufgenommen.

Aus dieser Erfahrung heraus sollte zudem – ungeachtet der im Modellvorhaben damit erreichten, durchaus zufriedenstellenden Zielumsetzungsquote – künftig eine Weiterentwicklung des Veranstaltungsformats zur strategischen Zielfindung erfolgen. Als mögliches modifiziertes Veranstaltungsformat bieten sich dafür Planungsworkshops zur strategischen Zielfindung an. Dieser Ansatz wird in Kapitel 2 dieses Berichtes näher erläutert. Planungsworkshops können die angesprochenen Schwächen des SMART-Modells kompensieren:

- Die Teilnehmenden müssen ihrer Verantwortung gerecht werden können, aus einem Präventionsleitbild heraus strategische Ziele abzuleiten. Das heißt, auch abstrakte Gestaltungsnotwendigkeiten im Kontext von Steuerung, Wirkungsorientierung und Controlling fachlich adäquat einzubeziehen. Der Workshop darf, wie es ein Teilnehmer einmal ausdrückte, kein bloßer Spiegel des „Wünsch-Dir-was“ bestimmter Einzelinteressen mehr oder minder zufällig verteilter Akteure sein. Hier werden Grenzen einer zu breit und unstrukturiert umgesetzten Beteiligungsorientierung sichtbar.
- Es muss ein Verfahren entwickelt werden, um offene Themen aus den Workshops zu bearbeiten. Es lassen sich in der Regel nicht alle Fragen vor Ort klären. Das betrifft zum Beispiel die quantitativ-statistische Benennung „fairer“, outcomeorientierter Messgrößen. Diese könnten etwa im Rahmen eines zeitlich befristeten Qualitätszirkels aus Controlling-Personal und Fachkräften ermittelt werden. Dabei kann teilweise an trägerinterne Systeme der Erfolgskontrolle, etwa im Rahmen der freien Wohlfahrtspflege, angeknüpft werden.

Als weitere Konsequenz aus den Erfahrungen mit den SMART-Workshops wurde eine veränderte Form der Großgruppenmoderation durchgeführt. Der Weiterentwicklungsbedarf bestand dabei darin, die Verbindlichkeit strategischer Zielfindung besser mit einem Moderationszugang zu verbinden, der kreative Impulse ermöglicht und das Wissen der Beteiligten stärker zur Geltung bringt. In diesem Sinne wurden ab dem Jahr 2014 sogenannte Entwicklungskonferenzen durchgeführt. Auch die Planungsworkshops sollen auf Basis dieser etablierten Methode durchgeführt werden. Das Grundkonzept beider Veranstaltungsformate – Planungsworkshops und Entwicklungskonferenzen – wird in Kapitel 2 vorgestellt.



Von anderen Kommunen lernen – der Austausch im Lernnetzwerk

Ein Ziel des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ ist es, dass beim Aufbau kommunal koordinierter Präventionsketten künftig nicht jede Kommune das Rad neu erfinden muss. Der Austausch im Lernnetzwerk hat sich in dieser Hinsicht als Format zur Erarbeitung gemeinsamer konzeptioneller Grundlagen und des sogenannten interkommunalen Wissenstransfers bewährt. Dieses Format ist ergebnisoffen zu handhaben, das heißt Kommunen können künftig zwar auf Basis der im Modellvorhaben

entwickelten Konzepte Veranstaltungsformate und Tools aufbauen, diese aber nicht in gleicher Form kopieren. Im Gegenteil ist zu erwarten, dass aus der Verständigung auf gemeinsame Grundlagen wieder neue Ansätze entstehen werden. Dies nicht zuletzt, weil stets neue Herausforderungen hinzukommen; Stichwort: Flüchtlingsthematik. Präventionsketten sind in ihrem Netzwerkcharakter „lernende Organisationen“, wie auch der Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Modellvorhaben hervorhebt.

Schwerpunktt Themen

von Lernnetzwerktreffen zu konzeptionellen Grundlagen

- Erarbeitung der Strukturen des Lernnetzwerks
- Vorstellung des Konzepts der wissenschaftlichen Begleitforschung
- Präventionsverständnis im Modellvorhaben
- Kommunale Bestandsaufnahmen der Angebots- und Netzwerkstrukturen
- Produktionsnetzwerke im Präventionsbereich und Vorstellung einer Qualitätsmatrix
- Rolle der kommunalen Koordination: von der Umsetzung strategischer Schwerpunktziele zur umfassenden Gestaltung der Präventionskette

Diese Konzeptentwicklungsarbeit wurde im Modellvorhaben durch „Themencluster“ vertieft, an denen nur speziell interessierte Modellkommunen teilnahmen und deren Schwerpunktsetzungen durch die Kommunen selbst gesteuert wurden. Über drei Jahre hinweg trafen sich diese Themencluster drei- bis viermal zu den Themen Sozialraummanagement, Einbindung

der Zivilgesellschaft, Übergangsmanagement und innovative Finanzierungsmodelle. Zu diesen von der Landeskoordinierungsstelle fachlich begleiteten und moderierten Themencluster-sitzungen brachten auch externe Experten und Expertinnen Perspektiven und Handlungsempfehlungen ein.

Externe Expertisen	
Titel der Expertise	Autor (Institution)
„Ein Netzwerk zu haben, reicht nicht – auf die Ausführung der Kooperation kommt es an.“ Wissenschaftliche Kurzexpertise zur Evaluation von Netzwerkarbeit	Prof. Dr. Herbert Schubert (Fachhochschule Köln)
„Einbindung der Zivilgesellschaft: Einordnung des entwickelten Beteiligungsmodells in den Gesamtkontext des kommunalen Handelns sowie in den Kontext des Themas Engagement und soziale Inklusion“	Dr. Serge Embacher (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement - BBE)
„Rechtskreisübergreifende Finanzierungsmodelle zur Ermöglichung von Hilfen aus einer Hand“	Prof. Dr. Knut Hinrichs (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg) Prof. Dr. Florian Gerlach (Evangelische Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe)
„Grundelemente eines Kontextmodells für das interkommunale Wissensmanagement“	Prof. Dr. Andreas Thimmel & Claudia Hermens (Technische Hochschule Köln)

Aus den Erfahrungen im Modellvorhaben wird mit dem Konzept „Entwicklungsgruppe“ eine Weiterentwicklung des Formats „Themencluster“ zu speziellen Einzelthemen der Präventionskettengestaltung hergeleitet.

Die inhaltlich-konzeptionellen Ergebnisse der Themencluster des Modellvorhabens bilden auch für die künftige Arbeit in den Entwicklungsgruppen eine wesentliche fachliche Basis; so entsteht ein stetiger Erkenntnisfortschritt. Die Modifikationen des Formats ergeben sich

vor allem daraus, dass sich die Themencluster zwar sehr gut als Formate des Fachaustauschs eignen, sich aber als nicht ganz so wirksame Instrumente zur Erstellung von Produkten wie Handreichungen, Qualitätsrahmen und dergleichen erwiesen haben. Das Format „Entwicklungsgruppe“ wird in Kapitel 2 näher vorgestellt.

Themencluster – Innovative Finanzierungsmodelle

Leitung & Moderation:

Dr. Heinz-Jürgen Stolz
& Dr. Johannes Schütte

Übergreifende Fragestellung:

Wie kann eine Verkopplung fachlicher und finanzwirtschaftlicher Ziele in der Praxis umgesetzt werden?

Anzahl der Sitzungen:

10

Beteiligte Modellkommunen:

Arnsberg, Bielefeld, Kreis Düren, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Dormagen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hamm, Moers, Mönchengladbach, Münster, Oberhausen, Kommunen im Kreis Unna, Wuppertal, Witten, Kreis Warendorf

Thematische Schwerpunkte:

- Sozial- und Finanzplanung als Einheit: Verkopplung fachlicher und finanzwirtschaftlicher Zielstellungen
- Typologisierung der Zugangsstrategien zu eltern- und familienstärkenden Präventionsmaßnahmen (Vorfeldstruktur zu HZE)
- Ableitung von Qualitätskriterien „elternstärkender Maßnahmen“ aus Merkmalen gelingenden Aufwachsens
- Handlungsspielräume und Hürden bei der Implementierung rechtskreisübergreifender Finanzierungsmodelle

Der Fokus liegt darauf, finanzielle und fachliche Ziele stärker zusammen zu denken.





Themencluster – Einbindung der Zivilgesellschaft

Leitung & Moderation:

Jan Pöter & Christin M. Jasper

Übergreifende Fragestellung:

Wie kann die Beteiligung von Zielgruppen im Rahmen der Präventionskettengestaltung so erfolgen, dass sie gewinnbringend für alle Beteiligten ist, das professionelle System sinnvoll ergänzt und Anregungen zur Weiterentwicklung gibt?

Anzahl der Sitzungen:

11

Beteiligte Modellkommunen:

Arnsberg, Dormagen, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Kreis Düren, Gladbeck, Kommunen im Kreis Unna, Witten, Wuppertal

Thematische Schwerpunkte:

- Qualität bei der Beteiligung von Adressatinnen- und Adressatengruppen aus fachwissenschaftlicher Sicht und in der praktischen Umsetzung
- Expertinnen- und Expertenhearing: Einbindung der Zivilgesellschaft: Transparenz und Kooperation in der kommunalen Bildungs- und Erziehungslandschaft; Qualität und Kompetenzen bei der Einbindung der Zivilgesellschaft; Einbindung der Zivilgesellschaft – von Engagement und Ausgrenzung
- Verknüpfung sozialräumlicher Beteiligungs- und Planungsverfahren – Modell zur systematischen Beteiligung benachteiligter Zielgruppen auf sozialräumlicher Ebene in Planungsprozessen
- Systematische Beteiligung benachteiligter Zielgruppen zur Senkung von Zugangshemmnissen in die Einrichtungsebene und zur qualitativen Weiterentwicklung von Angebotsstrukturen: Konzeption, Verfahrensschritte und Qualitätsrichtlinien zum Umsetzungsmodell des Themenclusters

Wie kann die Zivilgesellschaft die Präventionsarbeit in den Kommunen sinnvoll ergänzen und weiterentwickeln?

Themencluster – Übergangmanagement

Leitung & Moderation:

Dr. Christina Günther

Übergreifende Fragestellung:

Wie gelingt es, biografische Übergänge nicht in „Stichtagen“ (z.B. Einschulung) zu konzipieren, sondern in kindgerechten Übergangskorridoren „vom Kind aus zu denken“?

Anzahl der Sitzungen:

11

Beteiligte Modellkommunen:

Arnsberg, Dormagen, Gladbeck, Hamm, Kommunen im Kreis Unna, Kreis Düren, Moers, Witten

Thematische Schwerpunkte:

- Thematische Annäherung an das Praxis- und Forschungsfeld der Übergangsgestaltung
- Eltern werden – Der Übergang von der Partnerschaft zur Elternschaft
- Der Übergang von der Familie in die erste (institutionelle) Betreuung
- Der Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule
- Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule
- Der Übergang von der Schule in den Beruf bzw. in berufsvorbereitende Maßnahmen
- Migration, Flucht und Übergang

Der Fokus liegt auf der kindgerechten Gestaltung biografische Übergänge.

Themencluster – Sozialraummanagement

Leitung & Moderation:

Lisa Bartling

Übergreifende Fragestellung:

Wie können Planungs- und Beteiligungsverfahren so konzipiert werden, dass diese an die lokalen Lebensverhältnisse der Adressatinnen- und Adressatengruppen anschlussfähig sind?

Anzahl der Sitzungen:

11

Beteiligte Modellkommunen:

Arnsberg, Bielefeld, Dortmund, Duisburg, Dormagen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Münster, Kommunen im Kreis Unna, Wuppertal, Witten, Kreis Warendorf

Thematische Schwerpunkte:

- Definition von Sozialräumen: Stakeholder- und Ankerstandortanalyse; Standards für die Koordination im Sozialraum
- Sozialräumliche Netzwerke und Netzwerkkoordination im Kontext unterschiedlicher Rechtskreise
- Verknüpfung sozialräumlicher Beteiligungs- und Planungsverfahren – Modell zur systematischen Beteiligung benachteiligter Zielgruppen auf sozialräumlicher Ebene in Planungsprozessen
- Datenbasierte Analyse sozialräumlicher Lebensverhältnisse: Datenkatalog zur sozialräumlichen Planung und Erstellen integrierter Handlungskonzepte

Wie können Planungsprozesse stärker an den Bedarfen der Menschen in den unterschiedlichen Stadtteilen ausgerichtet werden?



Neue Partner einbinden

Im Modellvorhaben wurde ein weiteres typisches Problem identifiziert: Je nachdem, wer in der Kommune die Initiative zum Aufbau der Präventionskette ergriffen hat und in welchem Dezernat und Amt die hauptamtliche Koordination verankert ist, gelingt die Einbindung anderer Akteure unterschiedlich gut. Mitunter wurden zu Beginn mancherorts ganze Bereiche, wie etwa der schulische Ganztag oder das Gesundheitswesen, nicht berücksichtigt. Oder die Akteure waren zwar bekannt, nur fanden sie keinen Zugang zueinander, beispielsweise aufgrund verschiedener institutioneller Aufträge, Fachsprachen und Arbeitsbedingungen.

Daher wurden im Modellvorhaben in den vierteljährlich stattfindenden Lernnetzwerktreffen fachliche Grundlagen erarbeitet. Netzwerkforscher zeigten, wie im Arbeitsalltag belastbare

Verbindungen zwischen den verschiedenen Sektoren entstehen. Auf dieser Basis können dann über den reinen Informationsaustausch hinaus Angebote aus einer Hand geschaffen werden. Laut der Netzwerkforschung sind die Akteure innerhalb eines Sektors, wie etwa im Schulbereich, untereinander oft gut vernetzt: Die Akteure aus unterschiedlichen Systemen, beispielsweise aus dem Gesundheitssektor und der Kinder- und Jugendhilfe, sind miteinander aber oft eher schwach oder nur punktuell verbunden.

In diesem gemeinsamen Reflexionsprozess zeigte sich im Lernnetzwerk eine gewisse „Jugendhelfelastigkeit“ der Aktivitäten in vielen Modellkommunen, die auch der Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Modellvorhaben bestätigt. Das Jugendamt, so heißt

Pro Jahr finden vier Lernnetzwerktreffen statt, bei denen sich die Kommunen untereinander austauschen und voneinander lernen können.

es in dem Bericht, sei für manche Zielgruppen eher angstbesetzt und werde einseitig in seiner Kontrollfunktion wahrgenommen. Insbesondere der Zugang des Gesundheitswesens zu diesen Zielgruppen gestalte sich hingegen recht unproblematisch, was sich zum Beispiel an hohen Teilnahmequoten an den U-Untersuchungen ablesen lasse. Dennoch sei das Gesundheitswesen vielerorts bislang unzureichend in die Präventionsketten einbezogen, wodurch Potenziale verschenkt würden. Auch die Kooperation von Jugendhilfe und Schule sei noch nicht immer so ausgebaut, wie es den Anforderungen der Präventionskettengestaltung entspricht.

Im Lernnetzwerk wurden weitere präventionsrelevante Gestaltungsbereiche und Akteure schwerpunktmäßig thematisiert. Etwa wurden der schulische Ganztags, das Gesundheitswesen,

der Sport und die sozialen Sicherungssysteme stärker in den Mittelpunkt gerückt, die dann verstärkt auch vor Ort in Steuerungs-, Koordinierungs- und Projektgruppen einbezogen wurden. Dies ist zum Erfolg der Präventionskettengestaltung unbedingt erforderlich, wie auch der Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Modellvorhaben feststellt.

Schwerpunktt Themen von Lernnetzwerk treffen zur Akteureinbindung

- Ganztagsbildung
- Kooperation mit dem Gesundheitswesen
- Soziale Sicherung
- Sozialraumorientierung



Den Kontext erweitern: Die Landesebene als Teil der Lernumgebung

Eine gemeinsame Lernumgebung von landes- und kommunaler Ebene entsteht dadurch, dass kommunale Probleme aufgegriffen und in den übergreifenden fachlichen und fachpolitischen Diskurs eingespeist werden. Hohen Handlungsbedarf sehen die am Modellvorhaben beteiligten Kommunen in dieser Hinsicht darin, dass von der Landes- und Bundesebene immer neue, kommunal zu koordinierende Netzwerke geschaffen werden, ohne dass diese in einen klaren organisatorischen Gesamtzusammenhang gebracht würden. So drohen vor Ort Parallelstrukturen zu entstehen, da sich die Aufgaben der Netzwerke überlappen.

An diesem Punkt wird die Erfolgsgeschichte kommunaler Koordinierung zu einer großen Herausforderung. Prävention ist im Wesentlichen Netzwerkarbeit, wie auch der Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Modellvorhaben feststellt. Netzwerke, das wird in der fachpolitischen Diskussion schon länger erkannt, erzielen häufig bessere Lösungen in den Feldern Bildung, Erziehung, Integration und Gesundheitsförderung, als dies durch reines Verwaltungshandeln möglich wäre. Infolge dieser Erkenntnis wurden in den letzten Jahren immer neue kommunal koordinierte Netzwerke ins Leben gerufen, so dass ein neues Problem der Koordination zwischen diesen Netzwerken entstanden ist. Brauchen wir nun das „Super-Netzwerk“, das für eine „Koordination der Koordinationen“ sorgt? Einfache Antworten auf diese Frage gibt es nicht. Der gordische Knoten muss hier gleichsam aufgedröseln, nicht zerschlagen werden.

Alle Netzwerke in den Bereichen Bildung, Erziehung, Gesundheitsförderung, soziale Sicherung und berufliche Orientierung von Kindern und Jugendlichen sind gehalten, gemeinsam zu einem gelingenden Aufwachsen beizutragen. Dazu bedarf es eines abgestimmten Vorgehens. Die Landeskoordinierungsstelle hat vor diesem Hintergrund den Schulterschluss mit bereits be-

stehenden Netzwerken gesucht und mit diesen Partnern zwei gemeinsame Handlungsempfehlungen veröffentlicht.

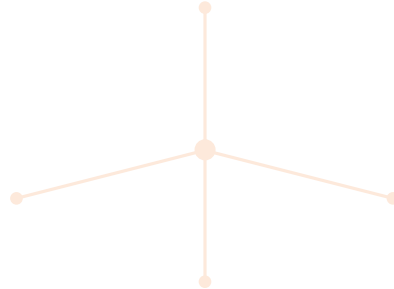
An mindestens einer der beiden Handreichungen waren folgende landesweite Koordinierungs- und Steuerungsstrukturen beteiligt:

- Koordinationsstelle Kinderarmut beim Landschaftsverband Rheinland
- Landeskoordinierungsstelle Frühe Hilfen
- Landesprogramm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA)
- Regionale Bildungsnetzwerke NRW (RBN)
- Landesweite Landeskoordinierungsstelle „Kommunale Integrationszentren“ (LaKI)

In beiden Papieren geht es um abgestimmtes Planen und Handeln in gemeinsamer Verantwortung und fachlicher Arbeitsteilung. Beide skizzieren Leitlinien der Zusammenarbeit von Netzwerken in den Kommunen mit dem Ziel, die Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen durch Prävention zu verbessern.

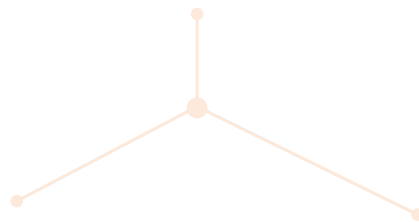
Die Handlungsempfehlungen sehen dabei als Voraussetzung der Zusammenarbeit, dass alle Partner „vom Kind her denken“ – und nicht primär vom eigenen institutionellen Auftrag. Darüber hinaus muss es vor Ort in den Kommunen, aber auch auf der Landesebene, Raum geben, um Leitziele wie Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit strategisch umzusetzen. Hier können die genannten Themennetzwerke wichtige Brücken bauen.

Die erwähnten Papiere sind bereits veröffentlicht und werden an dieser Stelle inhaltlich nicht im Detail vorgestellt. Viele der dort benannten fachlichen Perspektiven finden sich in stärker ausgearbeiteter Form auch in diesem Bericht der Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ wieder.



Kein K^{IND} zurücklassen!

Kommunen in NRW beugen vor



Die Handlungsempfehlungen sind in zwei Netzwerken entstanden.

Beide Handlungsempfehlungen richten sich primär an Leitungsverantwortliche in den Netzwerken und Programmen selbst sowie an Verantwortungsträger auf kommunaler- und Landesebene. Wichtig ist das Signal, dass auch die diversen Landeskoordinierungsstellen und ministerialen Steuerungsstrukturen erkannt haben, dass man nicht länger nebeneinander her agieren kann. Die Papiere verstehen sich als Startschuss für einen gemeinsamen Lernprozess, der auch über die Netzwerkkoordinierungen hinaus auf die Fachressorts der Landesregierung, die Strukturen der Freien Träger und weitere Akteure auszuweiten ist.

Dadurch signalisiert man den Kommunen, wie wichtig der Landesebene die Vernetzung, das integrierte Handlungskonzept und der Sichtwechsel, „vom Kind her zu denken“ ist. Dieser Prozess des Einbezugs der Landesebene in eine gemeinsam mit den Kommunen getragene Lernumgebung ist für den Erfolg des Aufbaus von Präventions- wie auch von Bildungsketten von ausschlaggebender Bedeutung. Die ersten Schritte sind gemacht.

INFO

Die Handlungsempfehlungen finden Sie auf der Projektwebsite www.kein-kind-zuruecklassen.de/medien/publikationen/broschueren-und-magazine

2. LERNERFOLGE

FORMATE UND INSTRUMENTE FÜR DIE PRAXIS

Eine Lernumgebung braucht Veranstaltungsformate und Instrumente.

Im Modellvorhaben wurde durch die im vorherigen Kapitel geschilderten

Lernprozesse beides geschaffen. Im Folgenden werden die wichtigsten

Veranstaltungsformate und Instrumente vorgestellt.

Entwicklungskonferenzen

Um Prävention als strategische Entscheidung nachhaltig zu verankern, hat die Landeskoordinierungsstelle ab 2014 in bislang acht Modellkommunen Entwicklungskonferenzen in Form von „Open Space“-Veranstaltungen mit externer Moderation durchgeführt. In diesen ganztägigen Workshops kamen Führungskräfte aus der Kommune, aus Bildungseinrichtungen und von Freien Trägern der Wohlfahrtspflege zusammen. Es wurden Eckpunkte des Präven-

tionskettenaufbaus im Konsens vereinbart und eine kommunale Agenda zu ihrer Umsetzung erarbeitet. Auf Basis und unter Würdigung des bislang vor Ort Erreichten wurden dann wesentliche Meilensteine festgelegt und die entsprechenden Arbeitsaufgaben verteilt. Damit wurde ein neuer Impuls gesetzt, der das Thema Prävention in der Kommune politisch aufwertet und die weiteren Ausbaumöglichkeiten absichert.

Themen der Entwicklungskonferenzen

Kommune	Titel
Arnsberg	Inklusion in allen Lebensbereichen – Vielfalt erkennen, wertschätzen und leben – Im Fokus: Kinder und Jugendliche
Dormagen	Beste Zukunfts-Chancen für Kinder und Jugendliche
Dortmund	Vom Modell zur Fläche. Prävention in Dortmund. Gute Ansätze mit den Erfahrungen der Praktiker gemeinsam in die Fläche bringen
Gladbeck	Das Gladbecker Versprechen
Kreis Düren	Gut aufwachsen im Kreis Düren
Moers	Aufwachsen in Moers – kinderleicht. Gemeinsam verantwortlich
Düsseldorf	Gemeinsam für die Zukunft junger Menschen in unserer Stadt
Kommunen im Kreis Unna	Gelingendes Aufwachsen im Kreis Unna. „Vom Kind her denken“ als Orientierung für unser kommunales Handeln

Die LAG der Wohlfahrtsverbände unterstützt die Landeskoordinierungsstelle mit einem eigens dazu abgeordneten Mitarbeiter. Dieser führt in den einzelnen Kommunen Vorbereitungsworkshops mit den in der LAG zusam-

mengeschlossenen örtlichen Freien Trägern durch. Damit wird gewährleistet, dass diese Akteure optimal auf die Entwicklungskonferenz vorbereitet sind und ihr Potenzial entsprechend einbringen können.

Planungsworkshops

Die sogenannten SMART-Workshops im Modellvorhaben sind zu Planungsworkshops für die Festlegung strategischer Präventionsziele weiterentwickelt worden. Dieses Format richtet sich primär an die Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. In Form einer Managerkonferenz unter Teilnahme der kommunalen Spitze soll die Entwicklung einer Präventionsstrategie in der Kommunalverwaltung verbindlich gemacht werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei die messbare Orientierung am Nutzen für Kinder und Familien, also die sogenannte Outcomeorientierung. Zu diesem Zweck kann dann ein Qualitätszirkel ins Leben gerufen oder das Statistische Amt zur Berechnung von Kenngrößen beauftragt werden. Mit Hilfe der „Open Space“-Methode soll erreicht werden, dass die Teilnehmenden nicht interessengeleitet mit ihrem Wissen hinter dem Berg halten, sondern sich inhaltlich motiviert einbringen. Die im Raum versammelten „hochrangigen“

Verwaltungsbeamten, Fachplaner und Politiker müssen durch die Form der Moderation dazu befähigt werden, für die Zeit ihrer Zusammenkunft gemeinsam ein soziales System zu bilden. Der Auftrag der professionellen, externen Moderation ist es dann, das „Wissen im System“ möglichst umfassend zu heben.

Mit den Planungsworkshops werden folgende Ziele verknüpft:

- Ausrichtung auf präventive, strategische Ziele
- Etablierung einer hauptamtlichen Koordinierung und Steuerungsstruktur
- Sicherung der politischen Rückendeckung durch die Verwaltungsspitze.

Je nach kommunaler Ausgangslage wird man hier in einem einzigen Planungsworkshop unterschiedlich weit kommen können.

INPUT

Welche Mittel wurden eingesetzt?

Mittelaufwand:
z. B. Geld, Arbeitszeit, Sachmittel, Managementaufwendungen

OUTPUT

Welche Aktivitäten wurden umgesetzt?

z. B. Häufigkeit der Aktivitäten bzw. Treffen, Anzahl der produzierten Medien

OUTCOME/IMPACT

Welche Ergebnisse sind sichtbar?

z. B. Feedback und Inanspruchnahme der Angebote und Medien, Einstellungs- oder Verhaltensänderungen, gesellschaftliche Veränderungen

Im Planungsworkshop sollen Arbeitsprozesse und Formate, wie etwa gemeinsame Qualitätszirkel von Controllern und Fachkräften, verbindlich vereinbart werden.

Entwicklungsgruppen

Der thematisch vertiefte Austausch zwischen den an „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ beteiligten Kommunen wird künftig nicht mehr in Themenclustern, sondern in Entwicklungsgruppen organisiert.

Neu ist dabei:

- dass parallel zu den Sitzungen der jeweiligen Entwicklungsgruppe mit speziell an diesem Thema interessierten Kommunen bereits praxisbezogene Umsetzungsaktivitäten gestartet werden sollen, man also eine Art Praxislabor hat, in dem man aktuelle Erfahrungen gemeinsam reflektieren und auswerten kann.
- dass an den Entwicklungsgruppen nicht (nur) die kommunalen Koordinatoren und Koordinatorinnen teilnehmen können, sondern (auch) die für die Umsetzung wichtigen Fachleute in der Kommune.
- dass zur Unterstützung des Planungs- und Umsetzungsprozesses die im Modellvorhaben entwickelten Tools der Landeskoordinierungsstelle eingesetzt werden können; diese werden in den kommenden Abschnitten beschrieben.
- dass Modellkommunen, die sich bereits seit Längerem mit dem Thema befassen, als sogenannte Vertiefungskommunen in die Entwicklungsgruppen eingebunden werden sollen, um ihre Erfahrungen weiterzugeben. Daneben wird man sich auch künftig – wie schon in den Themenclustern – der externen Expertise aus Wissenschaft, Politik und Verbänden versichern und entsprechende Fachleute in die Entwicklungsgruppen einbinden.

Auf diese Weise soll die besondere Stärke des Themencluster-Formats – der freie fachliche Austausch zwischen den Kommunen – mit der eher produktorientierten, auf die Erstellung von Handreichungen fokussierten Funktion eines „Entwicklungslabors“ kombiniert werden.

Das Online-Tool

Eine wesentliche Voraussetzung jedes planvollen Handelns ist eine Bestandsaufnahme, also die Erfassung des IST-Standes. In der ersten Phase des Modellvorhabens haben die einzelnen Modellkommunen daher alle präventiven Angebote und Netzwerke ermittelt. Dafür konnten sie ein von der Landeskoordinierungsstelle entwickeltes Erhebungsraster nutzen. Es war beabsichtigt, diese Erhebungen in regelmäßigem Abstand zu aktualisieren, um auf diese Weise nach und nach die Entwicklung der kommunalen Präventionsinfrastruktur im Zeitverlauf nachverfolgen zu können.

Der Aufwand erwies sich für die Modellkommunen allerdings als immens hoch. Es wurde deutlich, dass an keiner Stelle alle entsprechenden Daten ämter- und trägerübergreifend zusam-

menfließen. Auch stand der Aufwand in keinem guten Verhältnis zum Ertrag: Die Datenqualität, die Angebotsheterogenität und auch der reine Umfang des Datensatzes ließen Zweifel an der Planungsrelevanz der Erhebungen aufkommen. In mittelgroßen Städten kamen leicht hunderte Angebote und dutzende Netzwerke zusammen. Trotzdem ist es unabdingbar, dass die Fachplanung auf Daten verschiedener Träger und Einrichtungen zugreifen kann, um Lücken in der Präventionskette und Überversorgungen zu ermitteln. Deshalb haben Experten und Expertinnen gemeinsam mit der Landeskoordinierungsstelle und interessierten Kommunen Generalfragebögen entwickelt, die nun die Fachplanung zur Bestandserhebung flexibel nutzen kann. Einerseits, um Angebote abzufragen, andererseits, um bereits in den Stadtteilen

oder zu Einzelthemen bestehende präventionsrelevante Netzwerke zu identifizieren. Konkret wählt die Planerin oder der Planer Fragen aus einem Kanon aus und mailt diese über das Tool an die Zielgruppe, etwa Angebotsträger und Einrichtungen. Dann erhalten die Befragten einen Link, um die Bögen auszufüllen. Für den Fall einer längeren Bearbeitungszeit können sie die Antworten zwischenspeichern und nach Fertigstellung zurücksenden. Die Ergebnisse werden durch das Tool ausgewertet und

grafisch aufbereitet. So erhält die Fachplanung konkrete Daten, mit denen sie gezielt weiterarbeiten kann.

Anstatt alle Angebote und Netzwerke gesamt-kommunal zu erfassen, ermöglicht dieses Tool gezielte, kleinräumige und themenspezifische Bestandserhebungen für unterschiedliche kommunale Planungszwecke.

Online-Tool

Probelauf unter Realbedingungen

Das Online-Tool wurde im Rahmen eines Probelaufs in den Modellkommunen Dortmund und Wuppertal unter Realbedingungen eingesetzt. Die Handhabbarkeit des Tools wurde durch zwei Befragungen getestet. In Wuppertal wurden alle Leitungen der örtlichen Stadtteilkonferenzen angeschrieben, um deren Netzwerkstrukturen zu analysieren. Fragen waren zum Beispiel: Seit wann besteht das Netzwerk? Auf welchen Wirkungskreis bezieht sich das Netzwerk? Gibt es einen Fokus des Netzwerks? Nennen Sie die drei wesentlichsten Themen, die im Netzwerk behandelt werden? Sind die Ziele des Netzwerks festgeschrieben?

In Dortmund wurde eine kleinräumige Befragung der Teilnehmenden des Netzwerks

„INFamilie – Märchensiedlung“ im Stadtteil Eving durchgeführt. Hier ging es darum, welche Akteure aus welchen Bereichen beteiligt sind und wie diese ihre Kooperation und das Netzwerk selbst wahrnehmen.

Der Praxistest ermöglichte es der Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“, die Bedienung des Online-Tools zu vereinfachen. Zum Beispiel wurde eine benutzerfreundlichere Eingabemaske für E-Mail-Adressen angeregt. Da sowohl der Akteurs- als auch der Netzwerkfragebogen zum Einsatz gekommen sind, konnten wertvolle Hinweise für eine praxisnähere Formulierung einzelner Fragen und eine Ergänzung der Antwortmöglichkeiten gesammelt werden.

Testkommunen:

DORTMUND
UND
WUPPERTAL

Um dennoch auch flächendeckende, gesamt-kommunale Bestandsaufnahmen zu ermöglichen, arbeitet die Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ eng mit der Landeskoordinierungsstelle Frühe Hilfen zusammen, die ebenfalls ein Online-Tool – hier aber mit dem Schwerpunkt eines Informationsportals für

Eltern – erarbeitet hat. Es ist geplant, dieses Informationsportal gemeinsam so weiterzuentwickeln, dass es auch für die Fachplanung nutzbar gemacht werden kann. Zum Schließen der Lücken in der Präventionskette wurde ein weiteres Tool, das sogenannte Kontextmodell, entwickelt.

Das Kontextmodell

Mithilfe des Kontextmodells unterstützt die Landeskoordinierungsstelle die Kommunen dabei, trotz unterschiedlicher Rahmenbedingungen Gute Praxis übertragbar zu machen. Dieses Instrument wurde gemeinsam mit der Fachhochschule Köln entwickelt. Im ersten Schritt



dient das Modell dazu, wesentliche Kontextbedingungen für einen Gute Praxis-Ansatz herauszufiltern: Vielleicht funktioniert ein Projekt vor Ort auch deshalb so gut, weil es ausreichend gutes Personal gibt, oder weil die Einrichtung, in der das Angebot stattfindet, über besonders geeignete Räumlichkeiten verfügt. Derartige Rahmenbedingungen, Vorerfahrungen und besondere Kompetenzen in den Einrichtungen

können für den Erfolg unerlässlich sein. Diese Erfolgsbedingungen, die nicht eigentlich zum Projektinhalt gehören, sondern die äußeren Rahmenbedingungen – den Kontext – betreffen, werden konkret ermittelt. In einem zweiten Schritt muss dann geklärt werden, ob und inwieweit diese Kontextbedingungen auch in der Kommune gegeben sind, die das Projekt übernehmen will. Sind sie es nicht, so wird in einem dritten Schritt abgeschätzt, ob die erfolgreiche Übertragung des Projekts in der aufnehmenden Kommune dadurch in Gefahr geraten könnte. Wenn ja, sind Alternativen zu finden, um die fehlenden Kontextbedingungen auszugleichen. Auf diese Weise wird frühzeitig klar, was die Kommune zu bedenken hat und eventuell neu schaffen muss, damit das übernommene Projekt gute Chancen auf Erfolg hat. Statt auf eine Blaupause zu setzen, wird mit dem Kontextmodell eine maßgeschneiderte Übertragung anderswo bewährter Präventionspraxis möglich.

Die Schrittfolge wird in Form einer strukturierten Gesprächsführung von der Landeskoordinierungsstelle moderiert und mit Akteuren aus der das Angebot durchführenden sowie der daran interessierten Kommune durchgeführt.

Anwendung des Kontextmodells: Übertragung eines Gute Praxis-Ansatzes: Kita-Eingangsuntersuchung

In Bielefeld ist nach den Sommerferien 2015 ein neues Projekt gestartet mit dem Namen: „Fit für die Schule“. Dahinter steckt ein bereits erprobtes Konzept aus Düsseldorf, das dort „Kita-Eingangsuntersuchung“ genannt wird.

Bei einem Lernnetzwerktreffen wurde das Kontextmodell an diesem konkreten Beispiel auf seine Anwendbarkeit und Nützlichkeit hin getestet: Durch den am Modell orientierten strukturierten Austausch erhielten die Akteure aus Bielefeld einen umfassenden Überblick zu den erforderlichen Rahmenbedingungen. Im Anschluss daran wurde entschieden, das Konzept der Kita-Eingangsuntersuchung in die eigene Kommune zu übertragen, auch wenn nachjustiert werden musste: Beispielsweise

war, anders als in Düsseldorf, keine zusätzliche Personalressource zur Begleitung der Eltern und Kinder verfügbar.

In Abstimmung mit Trägern, Gesundheitsamt und Kindertageseinrichtungen wurde das Konzept an die kommunalen Rahmenbedingungen angepasst. Man einigte sich auf einen regelmäßigen Austausch zwischen den Einrichtungen zu möglichen Förderangeboten und Unterstützungsangeboten für Kinder. Der gelungene, strukturierte Austausch zwischen den beiden Kommunen kann zugleich als gelungener Testlauf für das Kontextmodell gelten, das nichtsdestoweniger noch weitere Praxistests bestehen muss.

**Abgebende
Kommune:**

DÜSSELDORF

**Aufnehmende
Kommune:**

BIELEFELD

Weitere Ansätze der Tool-Entwicklung

„Wertschätzende Erkundung“ ist eine Methode, mit der sich zweierlei erreichen lässt: Zum einen können damit Kernelemente guter Praxis identifiziert werden. Durch eine gezielte Fragetechnik wird ermittelt, was an einem interessierenden Praxismodell innovativ ist. Zum anderen lassen sich mittels dieser Methode die Bedarfe zur Weiterentwicklung der örtlichen Präventionskette noch einmal vertieft analysieren. Mitunter „verschiebt“ sich dadurch der anfangs geäußerte Bedarf und stellt sich nun anders dar. Etwa, weil vorschnell scheinbar naheliegende Antworten auf ein Problem gesucht wurden, die bei näherem Hinsehen die identifizierte Lücke in der Präventionskette gar nicht schließen könnten. Die Methode kann der Anwendung des Kontextmodells vor- oder nachgeschaltet werden. Und zwar immer dann, wenn Bedarfe seitens der Kommune noch recht unklar kommuniziert werden (Vorschaltung) oder wenn sich die Übertragung eines Projekts durch zu viele abweichende Kontextbedingungen in der Anwendung des Kontextmodells als undurchführbar erweist (Nachschaltung). Auch dieses Format wird als strukturierte Gesprächsführung von der Landeskoordinierungsstelle mit interessierten Kommunen umgesetzt.

Eine „Checkliste Netzwerkmanagement“ gibt den kommunalen Koordinatorinnen und Koordinatoren fachliche Anleitungen. Sie hilft ihnen dabei, den Überblick zu behalten und keine wichtigen Tätigkeitsbereiche zu übersehen. Die auf der Projekt-Website www.kein-kind-zuruecklassen.de abrufbare Checkliste soll weiterhin periodisch aktualisiert werden und wird um Anregungen der Koordinatorinnen und Koordinatoren erweitert.

Die Tools bündeln und verarbeiten in ihrer Logik und Systematik fortlaufend kommunale Erfahrungen und deren Austausch im Lernnetzwerk der beteiligten Kommunen. Ihre Entwicklung ist daher nie wirklich abgeschlossen.

Schwerpunktt Themen von Lernnetzwerktreffen zur Tool-Entwicklung

- Checkliste zur Selbstanalyse und Wertschätzende Erkundung
- Instrumente für das interkommunale Wissensmanagement
- Toolentwicklung
- Systematisierung des des interkommunalen Austauschs



3. ZUM WEITERLERNEN

FACHMAGAZINE – POSITIONSPAPIERE – UND MEHR

Im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ ist ein umfassendes Informationsangebot zum Thema Prävention entstanden, das auf den Internetseiten des Modellvorhabens unter www.kein-kind-zuruecklassen.de abrufbar ist.



Fachbericht 2013

Ursprünglich als Bericht für den nordrhein-westfälischen Landtag konzipiert, wurde der Fachbericht 2013 die erste umfassende Darstellung von „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ für die interessierte Öffentlichkeit. Die Broschüre vermittelt wichtige Basisinformationen: Welche Ziele verfolgt das Modellvorhaben? Wie sollen sie erreicht werden? Welcher Präventionsbegriff liegt „Kein Kind zurücklassen!“ zugrunde? Im Hauptteil werden dann die 18 teilnehmenden Städte und Kreise mit ihren Vorhaben im Einzelnen vorgestellt.



Fachmagazin 2014

Aus dem „Fachbericht“ von 2013 wurde im Jahr darauf ein „Fachmagazin“ – umfangreicher im Inhalt, ansprechender im Erscheinungsbild. Im ersten Teil bietet das Magazin eine Einführung in die Politik der Vorbeugung als Kernanliegen der Landesregierung. Neben Berichten über die laufenden Aktivitäten im kommunalen Lernnetzwerk enthält das Heft einen Überblick über das Programm der wissenschaftlichen Begleitforschung. Im Mittelpunkt stehen aber erneut die Modellkommunen oder besser: ihre Praxisarbeit entlang der Präventionskette. Geordnet nach den Lebensabschnitten „Rund um Schwangerschaft und Geburt“, „Rund um die Kita“, „Von der Grundschule bis in die weiterführende Schule“ und „Rund um die Jugendphase“ werden insgesamt 18 beispielhafte Präventionsangebote vorgestellt.

Fachmagazin 2015

In dieser Ausgabe des Fachmagazins finden sich vorläufige Ergebnisse des Modellvorhabens, das sich im Jahr 2015 auf der Zielgeraden befand. Hervorzuheben ist der Beitrag über Präventionsstandards für den Auf- und Ausbau kommunaler Präventionsketten. Auch einige Studien aus der wissenschaftlichen Begleitforschung werden vorgestellt, zum Beispiel zur fiskalischen Dimension von Prävention, aber auch erste Ergebnisse der Verwaltungs- und Familienbefragungen. Im Abschnitt über die vorbeugende Landespolitik geht es unter anderem um Familienzentren und plusKita, die Schulsozialarbeit und um Finanzierungsmöglichkeiten für Prävention durch die großen Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESF, EFRE, ELER). Das Schwerpunktthema des Magazins sind biografische Übergänge. Wieder werden 18 Beispiele guter Praxis aus den Modellkommunen präsentiert, in biografischer Reihenfolge entlang der Präventionskette: in der Elternschaft, in der Kita, in der Grundschule, in der weiterführenden Schule und schließlich

im Beruf. Zusätzlich werden einige Angebote für bestimmte Zielgruppen wie Flüchtlinge und Zugewanderte vorgestellt.



Praxisdatenbank und „spotlight praxis“

Die anschauliche Aufbereitung guter Präventionspraxis in den Modellkommunen steht nicht nur im Mittelpunkt der jährlichen Fachmagazine, sondern auch von zwei weiteren Informationsangeboten.

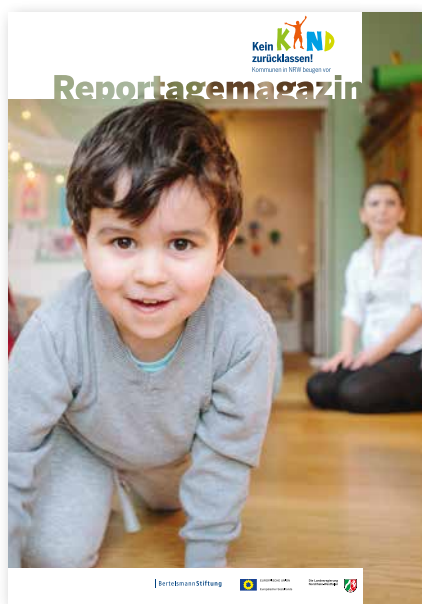
Auf den Internetseiten des Modellvorhabens kann man gezielt nach Präventionsangeboten suchen, die sich als gute Praxis in den Kommunen bewährt haben und zur Übernahme in andere Kommunen in Frage kommen. Die Suche kann nach verschiedenen Kriterien erfolgen, beispielsweise nach der jeweils spezifischen Altersgruppe der Kinder oder Jugendlichen oder nach Handlungsfeldern wie Sport, Gesundheit oder Bildung. Neben einer kurzen Beschreibung des jeweiligen Angebots und seiner besonderen Vorteile nennt die Praxisdatenbank auch

Ansprechpersonen, die in der anbietenden Kommune zur Kontaktaufnahme bereitstehen. Zusätzlich zur Praxisdatenbank werden Beispiele guter Präventionspraxis auch in Form einer in unregelmäßigen Abständen erscheinenden Kurzpublikation aufbereitet:



Im spotlight praxis sind auf jeweils zwei Seiten alle wesentlichen Informationen zu einem bestimmten Präventionsangebot zusammengefasst: knapp, präzise und anschaulich. Anfang 2015 wurden die ersten 10 spotlights zu einem Magazin zusammengestellt.

Die Ausgaben von „spotlight praxis“ werden regelmäßig auf www.kein-kind-zuruecklassen.de/medien/publikationen/spotlight-praxis veröffentlicht. Jede Ausgabe steht als Download zur Verfügung.



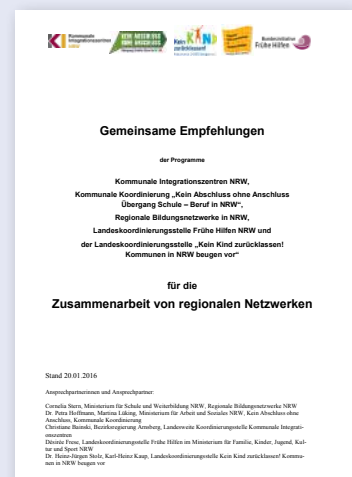
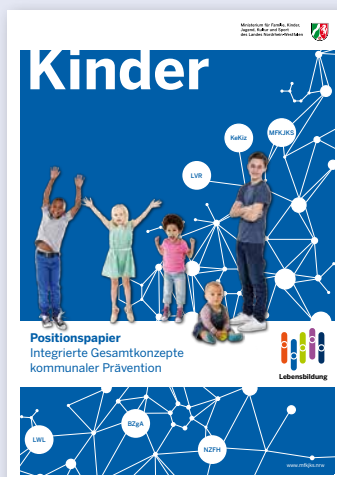
Reportagemagazin

Auf der Website des Landesmodellvorhabens erscheinen in regelmäßigen Abständen Beiträge über die Präventionsarbeit in den Modellkommunen. Ein Großteil dieser Beiträge sind Reportagen. Um diese Artikel einer größeren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, ist 2015 ein Reportagemagazin entstanden. Im Unterschied zum „spotlight praxis“ sind die Reportagen nicht nur auf geprüfte Beispiele guter Praxis beschränkt, sondern berichten über ein breites Spektrum präventiver Maßnahmen und Aktivitäten in den Modellkommunen. Das Magazin enthält 12 Reportagen entlang der Präventionskette von der Schwangerschaft bis in die Jugendphase.

Positionspapiere und Handlungsempfehlungen

Die Landeskoordinierungsstelle von „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ hat sich intensiv um die Verständigung zwischen wichtigen Akteuren der Präventionsarbeit auf Landes- und Bundesebene bemüht. Das Ergebnis sind zwei wegweisende Dokumente. Zum einen „Gemeinsame Empfehlungen für die Zusammenarbeit regionaler Netzwerke“, erarbeitet in Kooperation zwischen landesweiten Netzwerken in den Bereichen Frühe Hilfen, Bildung, Integration und Übergang Schule-Beruf. Zum anderen ein „Positionspapier über integrierte Gesamtkonzepte kommunaler Prävention“, das neben den beiden Landesjugendämtern (LWL, LVR) und der Landeskoordinierungsstelle Frühe Hilfen auch vom Nationalen Zentrum Frühe Hilfen, der Bundeszentrale für gesundheitliche

Aufklärung und vom Partnerprozess „Gesund aufwachsen für alle!“ mitgetragen wird.





Fotodokumentation

Um Präventionsarbeit auch in anderer Form erlebbar zu machen, hat die Landeskoordinierungsstelle die Fotodokumentation „Gelingendes Aufwachsen“ erstellt. Die Ausstellung zeigt Beispiele guter Praxis aus allen 18 Modellkommunen. Große und kleine Fotos, die die Betrachterinnen und Betrachter emotional ansprechen, werden durch Infoboxen ergänzt, die in kurzen und prägnanten Sätzen die Herausforderungen und Chancen der jeweiligen Lebensphase erläutern.



Ort	Ausstellungszeitraum
Düsseldorf (MFKJKS)	September-Oktober 2014
Arnsberg	November-Dezember 2014
Gladbeck	Dezember 2014-Januar 2015
Kreis Düren	Januar-Februar 2015
Bielefeld	19. Februar 2015
Oberhausen	Februar 2015-März 2015
Mönchengladbach	März-April 2015
Kreis Unna	Juni-Juli 2015
Gütersloh (Bertelsmann Stiftung)	Oktober-November 2015
Münster (Institut für soziale Arbeit e.V.)	seit Dezember 2015

Eröffnet wurde die Fotodokumentation im September 2014 in den Räumen des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW in Düsseldorf. Anschließend wanderte die Ausstellung

durch zahlreiche Kommunen. Wie in einem kleinen Ausstellungskatalog ist die Fotodokumentation in einem Booklet zusammengefasst, das unter www.kein-kind-zuruecklassen.de abgerufen werden kann.





TEIL B: PRÄVENTION GESTALTEN

Handreichung zur Entwicklung kommunaler Präventionsketten

4. AUFBAU DER PRÄVENTIONSKETTE

LEITBILD ERARBEITEN – ZIELE FINDEN – STRUKTUREN ETABLIEREN – DATEN GEWINNEN – PLANUNG INTEGRIEREN – WIRKUNGSORIENTIERT STEUERN

Mit dem Aufbau von Präventionsketten will man erreichen, dass Kinder, Jugendliche und Familien durch passgenaue Angebote wirksam unterstützt werden.

Dafür müssen sich die beteiligten Institutionen, Träger und Einrichtungen zum einen gut miteinander koordinieren. Zum anderen müssen sie gemeinsam „vom Kind her denken“, d.h. die gesellschaftlich ungleichen Startchancen und Lebenslagen von Kindern berücksichtigen. Dies gelingt durch den Blick auf die konkreten Lebensumstände, die individuell, in jedem Wohnquartier und in jeder Kommune unterschiedlich sind. Und es gelingt durch die direkte Beteiligung von Eltern und Kindern. Schon deshalb gibt es keinen universellen Masterplan dafür, wie eine Präventionskette zu etablieren ist. Zudem ist keine Kommune wie die andere, jede hat ihre eigene Ausgangslage, von der aus sie ihren Weg finden muss.

Gleichwohl kann im Kontext von Qualitätsentwicklung ein übergreifender Orientierungsrahmen erstellt werden. Im Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ wurde dazu ein Qualitätskreislauf erarbeitet. Dieser dient nicht als „Bauanleitung“ für Präventionsketten, sondern ist eher eine Landkarte oder Navigationshilfe, die man situationsadäquat interpretieren muss, anstatt ihr blind zu vertrauen.

Dem Erfordernis einer guten Koordination präventiver Angebote lässt sich am besten im Rahmen träger- und einrichtungsübergreifender Netzwerke gerecht werden. Damit sich eine

gemeinsame Kultur des „vom Kind her Denkens“ entwickeln kann, müssen dabei Vorbehalte abgebaut und Vertrauen aufgebaut werden. Denn Vertrauen ist die wichtigste „Währung“ für den Erfolg von Netzwerken.

Das ist anstrengend und braucht Zeit. Doch dafür haben Netzwerke einen großen Vorteil: Flexibilität. In Netzwerken ist es leichter möglich, sich an gemeinsam für sinnvoll und situationsadäquat erkannten Lösungen zu orientieren. Auch müssen keine starren Dienstwege eingehalten werden, es kann vielmehr über Hierarchieebenen sowie Organisations- und Ämtergrenzen hinweg Fachlichkeit gebündelt werden. Außerdem können auch Kinder und Eltern einfacher zu Wort kommen. So entstehen jene passgenauen und lebensweltnahen Lösungen, die eine Präventionskette ausmachen.

Eine kommunale Präventionskette braucht aber noch mehr. Feste Verwaltungs- und Trägerstrukturen schaffen Verbindlichkeit und Rechtssicherheit und müssen daher mit der Flexibilität von Netzwerken kombiniert werden. Dies unterscheidet das Qualitätsmanagement in Netzwerken von dem in einzelnen Organisationen, wie z.B. in Betrieben oder Verwaltungen. Konkret bedeutet dies, dass unterschiedliche Akteure im Netzwerk oft gleichzeitig an unterschiedlichen Stationen des Qualitätskreislaufs arbeiten. Auch „fährt“ nicht jede Kommune diese Stationen in

der gleichen Reihenfolge „an“, da kaum eine Kommune vom Nullpunkt aus startet, sondern die Präventionskette unterschiedlich weit entwickelt ist. Anstatt an eine klare Schrittfolge zu denken, sollte man daher vielleicht lieber das Bild eines Orchesters bemühen, in dem die Musiker zunächst jeder für sich an ihrem Einsatz feilen, was eine ziemliche Katzenmusik ergibt. Erst die Orchestrierung dieser Einsätze durch den Dirigenten entspricht dem Einstieg in den Qualitätskreislauf. Dabei braucht der Dirigent ein Gespür für Prioritäten, wird also nicht nach „Schema F“ vorgehen können, sondern vielleicht zunächst dort ansetzen, wo der größte Bedarf ist (z.B. in der Bläsersektion oder bei einer besonders schwierigen musikalischen Passage), um dann nach und nach alle Stationen hin zur Aufführungsreife zu durchlaufen.

Und es gibt einen weiteren Unterschied zum „Schema F“: Ein Kreislauf endet nicht. Man wird die Stationen also zumeist mehrfach durchlaufen müssen, um zu einem Ergebnis zu kommen, welches den selbst gesetzten strategischen Zielen entspricht. Im Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Modellvorhaben werden Präventionsketten in dieser Hinsicht mit dem Konzept der „lernenden Organisation“ beschrieben.

Dieses Bild sollte man im Kopf behalten, um die folgende Skizzierung der konkreten Stationenfolge im Rahmen des Modellvorhabens zu verstehen. Nur allzu leicht schleicht sich dabei nämlich die „Schema F“-Lesart ein.

Qualitätskreislauf zum Aufbau einer kommunalen Präventionskette



Folgende Anpassungen der allgemeinen Methodik des Qualitätsmanagements werden erforderlich:

Rein von der Methodik her würde der Prozess normalerweise mit einer IST-Stand-Analyse der örtlichen Präventionsinfrastruktur beginnen.

Auf Basis dieses datengestützten Überblickswissens würde man dann Handlungsbedarfe identifizieren und diese nach Wichtigkeit ordnen. Eine solche Schrittfolge ist in der Praxis aber oft nicht anwendbar, da in vielen Kommunen die dafür nötigen statistischen Daten nicht zusammengeführt vorliegen.

Im Qualitätskreislauf starten wir deshalb stattdessen mit der Erstellung eines kommunalen Präventionsleitbildes, zu dessen zentralen Zielvorgaben dann eben genau die übersichtliche Zusammenführung planungsrelevanter Daten gehören sollte. Dies ist unsere erste Station. Der Kompass, das sogenannte Präventionsmonitoring, entsteht dann unterwegs! Es ist daher wichtig, dass das Präventionsleitbild so formuliert wird, dass es durch spätere IST-Stand-Analysen nicht sofort wieder in Frage gestellt wird. So sollte man z.B. mit der vorschnellen Benennung bestimmter Stadtteile mit besonders hohem Gestaltungsbedarf oder auch bestimmter Zielgruppen für Prävention vorsichtig sein, solange man dafür keine im kommunalen Gesamtvergleich überzeugende statistische Basis hat. Das Leitbild gibt eher eine allgemeine Orientierung zur Entwicklung der kommunalen Präventionskette, die gleichwohl auf örtliche Bedingungen eingeht, also nicht einfach von einer anderen Kommune übernommen werden kann.

Als zweite Station ist die strategische Zielfindung vorgesehen, die idealtypisch als Konkretisierung des Leitbildes erfolgt. Bei der Abarbeitung der Ziele sind immer wieder dynamische Anpassungen notwendig. Auch hier war die Dynamik im Modellvorhaben aber häufig anders: Zuweilen entstand das kommunale Präventionsleitbild erst nach und aufgrund der Fokussierung prioritärer Handlungsfelder und Ziele.

Die dritte Station des Qualitätsmanagements konzentriert sich auf die Gremienentwicklung. Damit die Umsetzung der gefundenen strategischen Ziele gesichert und nachverfolgt werden kann, muss in der Kommune dafür überhaupt erst einmal eine Steuerungsstruktur eingerichtet werden. Eine Steuerungsgruppe und eine hauptamtliche Koordinierung müssen benannt werden. An diesem Beispiel wird ebenfalls deutlich, dass die Stationen nicht mechanisch nacheinander zu durchlaufen sind, denn viele Kommunen richten diese Steuerungsstruktur schon lange vorher ein. Die gewählte Reihenfolge ist hier so zu verstehen, dass spätestens an diesem Punkt der Präventionskettengestaltung eine solche Struktur etabliert werden muss.

Die drei weiteren Stationen beziehen sich auf das, was in der Fachsprache als „Evidenzbasierung“ bezeichnet wird. Dabei geht es darum, dass die Gestaltung und Steuerung der Präventionskettenentwicklung datengestützt erfolgt. Wie alle anderen Stationen auch werden sie in den kommenden Berichtsabschnitten näher vorgestellt. An dieser Stelle sei lediglich darauf hingewiesen, dass auch hier die idealtypische Schrittfolge in der Praxis häufig nicht eingehalten wird. So beginnt man möglicherweise schon in Einzelbereichen wirkungsorientiert zu steuern, bevor man flächendeckende integrierte Datenkonzepte entwickelt hat.

Der konzeptionelle Mehrwert eines idealtypischen Qualitätskreislaufs besteht vor allem darin, die unterschiedlichen Aktivitäten miteinander in Beziehung zu setzen. Diese finden oft simultan statt und beziehen sich zunächst teilweise nur auf einzelne Träger oder Planungsbereiche. Durch die strategische Verknüpfung dieser Aktivitäten nähert sich die kommunale Realität dann mehr und mehr dem idealtypischen Schema an. In einer voll entwickelten Präventionskette würde somit die hier als Qualitätskreislauf abgebildete Schrittfolge tatsächlich dann auch in genau dieser Weise fortgeschrieben.

Qualität braucht Inhalte! Der Qualitätskreislauf ist nur ein formales Gerüst, das auf das Handlungsfeld Prävention auszurichten ist. Die Landeskoordinierungsstelle hat aus der vierjährigen Begleitung der 18 Modellkommunen hierzu sowohl allgemeine als auch für die einzelnen genannten Stationen des Qualitätskreislaufs spezifisch geltende Präventionsstandards erarbeitet. Präventionsstandards müssen eine fachliche Orientierung liefern, ohne vor Ort den erforderlichen Spielraum so einzuschränken, dass der konkreten Ausgangssituation der einzelnen Kommune und des einzelnen Sozialraums nicht mehr Rechnung getragen werden kann. Das allgemeine Spannungsverhältnis zwischen einer die Verbindlichkeit sichernden Standardisierung und einer für die Findung wirksamer Lösungen unerlässlichen Flexibilität muss also auch in den Präventionsstandards selbst gespiegelt werden.



Sechs Stationen zum Ziel

In diesem Kapitel werden die einzelnen Stationen im Qualitätskreislauf näher beschrieben. Ihnen werden stationenspezifische Präventionsstandards zugeordnet. Noch einmal sei betont, dass in der kommunalen Wirklichkeit – je nach Entwicklungsstand der Präventionskette und je nach besonderer Problemkonstellation – an

unterschiedlichen Stationen, und dies mitunter gleichzeitig, gearbeitet wird. Der Nutzen des Qualitätskreislaufs besteht darin, diese Einzelaktivitäten gut zu orchestrieren und an gemeinsamen SOLL-Werten (Präventionsstandards) auszurichten.

Erste Station:

Kommunales Präventionsleitbild

Der Aufbau kommunal koordinierter Präventionsketten ist ein anspruchsvoller Prozess. Viele Versuche, ein solches System von der Ebene des mittleren Managements – etwa der Jugendhilfeplanung oder vom öffentlichen Gesundheitsdienst her – aufzubauen, scheitern am Widerstand wichtiger Ämter, Dienste, Träger oder Einrichtungen. Dies darf nicht verwundern: Wer vernetzt arbeiten will, muss Routinen verändern, den eigenen Ressourceneinsatz mit anderen koordinieren und ganz allgemein den Schritt von getrennten Zuständigkeiten zur gemeinsamen Verantwortung gehen. Vor allem zu Beginn des Aufbaus kommunal koordinierter Präventionsketten erscheint dies für einige Akteure als Autonomie- und Machtverlust, den sie kaum akzeptieren können. Gerade deshalb ist es wichtig, dass die kommunale Spitze Prävention zur Chefsache macht. Es bedarf einer aktiven und glaubwürdigen Führung, die sich zur strategischen Ausrichtung auf Prävention bekennt und ihren involvierten Dienststellen dafür politische Rückendeckung verschafft. Gleiches gilt auch für die nicht-kommunal institutionalisierten Akteure, wie etwa das Staatliche Schulamt, die Wohlfahrtsverbände oder die Krankenkassen.

Gemeinsam „vom Kind her zu denken“, verlangt häufig eine veränderte Organisations- und Professionskultur. Und auch die fällt nicht vom Himmel. Für sozialrechtliche Leistungsträger ergibt sich hierbei eine besondere Herausforderung: Sie sind gehalten, sorgsam – und das heißt eben häufig: restriktiv – mit den ihnen anvertrauten Geldern der Versicherten oder Beitragszahler umzugehen. Unter präventiven Aspekten geht es nun darum, diese Orientierung damit zu vereinbaren, dass die Inanspruchnahme von Leistungen durch bestimmte, institutionell schwer erreichbare Zielgruppen aktiv zu fördern ist. Dagegen steht eine oft jahrzehntelang gewachsene Berufspraxis. Ein entsprechender Wandel in der Organisationskultur ist langwierig, wird aber in vielen präventionsrelevanten Institutionen bereits seit Längerem umgesetzt.

Präventionsstandards zu Station 1

- Prävention ist „Chef-/Chefinnsache“
- Leistungsverwaltung wertschätzend einbeziehen
- Beteiligungsorientierte Leitbilderstellung/-aktualisierung
- Leitbild demokratisch legitimieren

Verwaltungsorganisationen werden nur dann nachhaltig zur Umsteuerung motiviert, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind. Zum einen muss ihnen das Ziel der Veränderung von der Leitung in „verwaltungsgängiger“ Form verordnet werden. Zum anderen muss ihnen der Sinn einer veränderten Praxis umfassend nahegebracht werden. Dafür ist es wichtig, dass sich die Leitungsebene klar in Richtung präventionsorientierter Umsteuerung positioniert und ihre Gründe und Motive transparent macht. Die Folgen einer nicht von der Führungsebene getragenen Anstrengung sind oft tiefgreifende Frustrationserfahrungen bei denen, die sich ohne politische Rückendeckung auf den Weg gemacht haben. Solche Netzwerke bleiben in der Regel personenabhängig und fallen mit dem Weggang oder dem Rückzug ihrer Initiatoren und Initiatorinnen schnell in sich zusammen.

Sicher ist: Ein Wertewandel und eine „vom Kind her gedachte“ Präventionskettengestaltung lässt sich nicht einseitig von oben verordnen. Ohne energisches und glaubwürdiges Führungsverhalten wird aber auch niemand für die gemeinsame Gestaltung hinzugewonnen. Der Kulturwandel sollte daher durch ein kommunales Präventionsleitbild flankiert werden, das auf Beteiligung fußt und demokratisch legitimiert ist, beispielsweise durch einen Ratsbeschluss.

Leitbild „Soziale Inklusion“

Im November 2014 brachte die Modellkommune Arnsberg alle Führungskräfte aus der präventiven Arbeit in einer Entwicklungskonferenz zusammen. Unter dem Motto „Inklusion in allen Lebensbereichen - Vielfalt erkennen, wertschätzen und leben – Im Fokus: Kinder und Jugendliche“ einigten sich rund 60 Teilnehmende aus Kinder- und Jugendhilfe, Bildung, Gesundheit, Politik und anderen Fachbereichen darauf, Arnsberg inklusiver für alle Kinder und Jugendlichen zu gestalten. Auf der Tagung verständigten sich die Akteure auf Eckpunkte für eine kommunale Gesamtstrategie und die Identifizierung gemeinsamer Aufgabenfelder und Maßnahmenbereiche der Einzelnetzwerke.

Auf Grundlage dieser Vorarbeiten beschloss der Rat der Stadt Arnsberg am 11. April 2015 ein neues Präventionsleitbild mit dem Titel: „Arnsberg – Auf dem Weg zur inklusiven Stadt: Stadt für alle – Stadt der Vielfalt.“

DAS IST BESONDERS GUT!

Arnsberg Soziale Inklusion

- Breite Beteiligung aller wichtigen Stakeholder
- Vorbereitung einer kommunalen Gesamtstrategie
- Bildung strategischer Arbeitsgruppen
- Politische Legitimation durch Ratsbeschluss

Zweite Station:

Strategische Zielfindung

Leitbilder stehen immer in der Gefahr, dass den allgemeinen Formulierungen keine konkreten Taten folgen. Dem Beschluss eines Präventionsleitbilds sollte daher im Sinne einer strategischen Zielfindung ein möglichst konkreter Aktionsplan folgen, bestehend aus operationalisierbaren Teilzielen, Meilensteinplanungen und Kenngrößen zur Wirkungsmessung. Aus der Erfahrung des Modellvorhabens heraus (siehe Kapitel 2) empfiehlt die Landeskoordinierungsstelle dazu die Durchführung kommunaler Planungsworkshops. Diese sollten mindestens halbtägig durchgeführt werden, möglichst hochrangig besetzt und extern moderiert sein. Existiert noch kein kommunales Präventionsleitbild, sind dessen Eckpunkte im Planungsworkshop zu erarbeiten. Im anderen Fall kann unmittelbar mit der strategischen Zielfindung

begonnen werden. Der im Planungsworkshop vereinbarte Aktionsplan wird den betreffenden Ämtern und Fachausschüssen zugeleitet, dort gegebenenfalls überarbeitet und beschlossen.

Präventionsstandards zu Station 2

- Verbindliche Definition von Zielen und Meilensteinen (Planungsworkshops)
- Entwicklung von Messgrößen und Verfahren zur Zielüberprüfung: Was kommt beim Kind/den Familien an?
- Verabschiedung eines kommunalen Aktionsplans

Beteiligungsorientierter Zielfindungsprozess der Kommunen im Kreis Unna

In Kreisen mit vielen kreisangehörigen Kommunen ist es eine besondere Herausforderung, unter Wahrung der einzelkommunalen Eigenständigkeit gemeinsame Strategien zu entwickeln und einheitlich zu verfolgen. Gelingen kann dies, wenn alle für das Aufwachsen von Kindern wichtigen Akteure mitgestalten dürfen. Im Kreis Unna sind deshalb die an „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ beteiligten kreisangehörigen Kommunen im Herbst 2012 zusammengekommen, um sich auf gemeinsame Zielvorstellungen zu einigen. Oberstes Leitziel: der Aufbau lückenloser Präventionsketten in den beteiligten Kommunen.

Von Interesse für andere Kreise ist die klar strukturierte Vorgehensweise, mit der hier ein Konsens erreicht wurde: Zu Beginn wurden von den Mitgliedern der Lenkungs- und Projektgruppe gemeinsam getragene Zielvorstellungen in Workshops entwickelt. Diese Ziele wurden seither unter Beteiligung wichtiger Kooperationspartner und Kooperationspartnerinnen nach den Kriterien strategischer Zielfindung umgesetzt.

So wurden z.B. im Zielbereich „Entwicklung von Qualitätskriterien für die Gestaltung der Präventionslandschaft“ zehn einzelkommunale Workshops zu fünf wichtigen Meilensteinen der Entwicklung mit Experten und Akteuren durchgeführt. Die hier erarbeiteten Ergebnisse zu vorhandenen Lücken in der Präventionskette wurden dann auf einem Fachtag im Juni 2014 zusammengetragen. So entstand für die Beteiligten ein Gesamtbild, zu dem alle beteiligten Kommunen in gleicher Vorgehensweise beigetragen hatten und das daher auch breit mitgetragen wird. Als Ergebnis entstanden Checklisten, die dazu dienen, sich bei der Schließung der gemeinsam festgestellten Lücken in der Präventionskette auf ein abgestimmtes, möglichst einheitliches methodisches Vorgehen zu stützen. Einen konkreten Lückenschluss hat der Meilenstein-Prozess bereits gebracht. Bei der Nutzung der Daten aus der Schuleingangsuntersuchung wird es eine einheitliche Struktur

der Datenbereitstellung im Kreis Unna geben. Diese erfolgt schulbezogen und ab der Einschulung 2016 auch kitabezogen. Die so bereitgestellten Daten werden künftig zudem auch im Rahmen der Jugendhilfeplanung genutzt.

Diese Form der beteiligungsorientierten Zielfindung und Umsetzung vollzieht sich nach fachlichen Standards und entspricht einer einzelkommunal umgesetzten Qualitätsentwicklung. Sie wird durch Formate des interkommunalen Wissensaustausches im Kreis („Transferbörse“) flankiert.

DAS IST BESONDERS GUT!

Kommunen im Kreis Unna

- Beteiligungsorientierung über die öffentliche Verwaltung hinaus
- Entwicklung eines Verfahrens zur Identifizierung von Lücken in der Präventionskette
- Planung von Maßnahmen bei identifizierten Lücken anhand eines Wirkungsrastrers
- Nutzbarmachung relevanter statistischer Kennzahlen (Schuleingangsuntersuchung)



Dritte Station:

Kommunale Steuerungsstruktur

Für die Umsetzung des Aktionsplans in der Kommune ist die Einrichtung einer Steuerungsgruppe von besonderer Bedeutung, wie auch der Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Modellvorhaben hervorhebt. In ihr sollten aus Sicht der Landeskoordinierungsstelle mindestens die Bereiche Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Soziales, Stadtentwicklung und Gesundheitsförderung vertreten sein. Inwiefern weitere Bereiche, wie Sport oder Kultur, oder auch Freie Träger eingebunden werden, wird in den Kommunen unterschiedlich gesehen. In jedem Fall aber empfiehlt die Landeskoordinierungsstelle eine hochrangige Vertretung der beteiligten Fachbereiche, das heißt für die Kommunalverwaltung mindestens auf der Ebene der Amtsleitung. Dafür sprechen zwei Gründe: Zum einen müssen die Mitglieder genügend Amtskompetenz mitbringen, um ohne ständige Rückversicherung bei ihren Vorgesetzten überhaupt steuern zu können. Zum anderen müssen sie dies auch, um die Präventionskette lebensphasenübergreifend gestalten zu können. Bei der Vertretung des Jugendamts in der Steuerungsgruppe beispielsweise wäre die Fachbereichsleitung Kindertagesstätten kein angemessener Ersatz für die Jugendamtsleitung. Eine breite und hochrangige Besetzung der Steuerungsgruppe schließt natürlich nicht aus, dass auch wichtige Fachebenen, wie zum Beispiel die Jugendhilfeplanung, hinzugezogen werden.

Wichtig ist, die Steuerungs- und Koordinierungsgremien zielgenau zu besetzen. Die Klage über zu viele Gremien mit überlappenden Aufgabebereichen ist nicht nur im Kontext der Präventionskettengestaltung zu vernehmen. Es ist ein Ausdruck von Professionalität und Wertschätzung, hier arbeitsökonomisch effektive und im Hinblick auf die Vermeidung von Parallelstrukturen effiziente Lösungen zu finden.

Die Etablierung einer Steuerungsgruppe legt die Basis dafür, fachliche Impulse aus dem Präventionsnetzwerk in die beteiligten Institu-

Präventionsstandards zu Station 3

- Aufbau einer verlässlichen kommunalen Steuerung
- Einsetzung einer hauptamtlichen Netzwerkkoordination

tionen und Einrichtungen einzuspeisen, um den kommunalen Aktionsplan praxisnah umsetzen zu können.

Manche Kommunen sehen unterhalb der Ebene der Steuerungsgruppe noch eine weitere Arbeitsstruktur vor, die dann zum Beispiel als „Projektgruppe“ arbeitet. Insoweit Pilotkommunen im Kreis oder Pilot-Sozialräume in einer Stadt als Programmgebiet ausgewählt werden, kann es auch auf diesen Ebenen koordinierende Gremien geben.

Die Netzwerkkoordination sollte hauptamtlich besetzt und als institutionelle Regelstruktur verankert werden. Dies stellt aus Sicht der Landeskoordinierungsstelle und der wissenschaftlichen Begleitforschung eine zentrale Gelingensbedingung für die Umsetzung der von der Steuerungsgruppe beschlossenen Aktivitäten dar. Wichtig ist dabei auch, dass diese Stelle hochrangig besetzt und mit entsprechenden Amtsbefugnissen ausgestattet wird. Zudem empfiehlt es sich, bei der Stellenbesetzung auf verwaltungserfahrene Fachkräfte zurückzugreifen. Die Landeskoordinierungsstelle schlägt hierzu ein Hierarchie- und Besoldungsniveau auf Höhe der Jugendhilfeplanung vor, da nur so entsprechend qualifiziertes Personal gewonnen und mit hinreichenden Amtsbefugnissen ausgestattet werden kann. Insbesondere muss die Netzwerkkoordination dazu befugt sein, eigenständige Außenkontakte zu anderen Ämtern und Trägern zu pflegen. Eine enge Kooperation mit der Netzwerkkoordination Frühe Hilfen ist dringend zu empfehlen.

Präventionsfachstelle im Fachdienst Jugend

Seit September 2015 wird der Auf- und Ausbau der Moerser Präventionskette von einer Präventionsbeauftragten im Fachdienst Jugend koordiniert. Eine der zentralen Aufgaben der Präventionsfachstelle ist es, den vorbeugenden Ansatz in der Kommune strategisch zu verankern. Damit das gelingen kann, müssen alle für Prävention und frühe Förderung verantwortlichen Akteure im Rahmen eines fachbereichsübergreifenden „Schnittstellenmanagements“ zusammengebracht werden. Eine gesamtstädtische Entwicklungskonferenz hat wesentlich dazu beigetragen, gemeinsame Ziele zu formulieren und verlässliche Kooperationsbeziehungen zu schaffen. In Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle „Netzwerk Frühe Hilfen“ und dem Kinderschutz- und Qualitätsbeauftragten werden kommunale Leitlinien und Standards entwickelt. Die Idee einer jährlichen

Präventionskonferenz soll über das Netzwerk Kinderzukunft hinaus den fachlichen Austausch sichern.

DAS IST BESONDERS GUT!

Moers

- Aufbau einer verlässlichen kommunalen Steuerung
- Fachbereichsübergreifende Koordination des Arbeitsbereichs „Prävention“ durch eine hauptamtliche Netzwerkkoordination
- Kooperation mit dem Gesundheitswesen und dem Kreis Wesel
- Akquise von Förderprogrammen und Projektmitteln

Kommunale Steuerungsstruktur: Beispiel Unna

Das Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ wird von den Kommunen im Kreis Unna auf kommunaler Ebene unter dem Titel „Brücken für Familien“ geführt. Für die Steuerung des Modellvorhabens wurde eine Geschäftsordnung erstellt. In dieser sind sowohl Aufgaben und Zuständigkeiten der unterschiedlichen Gremien (Lenkungs- und Projektgruppe) als auch der Informationsfluss zwischen den Beteiligten und die Verantwortlichkeiten für die Einbindung weiterer Partner geregelt. Die kreisweite Koordinierung und Steuerung des Modellvorhabens im Kreis Unna erfolgt über eine Lenkungsgruppe auf strategischer und eine Projektgruppe auf operativer Ebene.

Mitglieder der Lenkungsgruppe sind die Jugendamtsleitungen bzw. Jugenddezernenten der beteiligten Kommunen, der Leiter des Fachbereichs Gesundheit und Verbraucherschutz des Kreises Unna sowie der Dezernent für Familie und Jugend, Gesundheit und Verbraucherschutz des Kreises Unna. Die Lenkungsgruppe tagt mindestens zwei Mal im Jahr und steuert alle im Rahmen des Verbundprojekts beschlos-

senen Aktivitäten. Zu ihren Aufgaben gehören neben anderen die Festlegung von Leitzielen und konkreten Handlungsfeldern; zudem wird bei personal- und finanzwirksamen Vorhaben geklärt, wie und von wem die nötigen zusätzlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden können. Mitglieder der Projektgruppe sind die

DAS IST BESONDERS GUT!

Kommunen im Kreis Unna

- Regelung der Aufgaben der fachbereichsübergreifenden Gremien durch eine Geschäftsordnung als verlässlichen Rahmen, auch im Sinne einer Selbstverpflichtung zur aktiven Mitwirkung
- Verstetigung der Steuerungsstruktur über die Modellprojektphase hinaus
- Erstmals interkommunal abgestimmte und gemeinsam formulierte Aufträge und Zielbeschreibungen (Lenkungsgruppe)
- Verbessertes Zugang zu „Kreisstrukturen“ (Einbindung von Gesundheitsamt Kreis Unna, Jobcenter Kreis Unna und Regionales Bildungsbüro Kreis Unna u.a.)

Jugendhilfeplaner und -planerinnen oder die Leitung des Allgemeinen Sozialen Dienstes der beteiligten Jugendämter, die Gesundheitsplanung des Kreises Unna, das Regionale Bildungsbüro sowie das Jobcenter. Die Projektgruppe tagt regelmäßig mindestens einmal pro Quartal – je nach Bedarf auch öfter. Sie bereitet unter anderem Entscheidungen vor, präzisiert Aufträge für Arbeitskreise und Workshops und

stellt die Schnittstelle zur Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ dar. Einmal jährlich findet eine gemeinsame Sitzung der Lenkungs- und Projektgruppe statt. Die etablierte Kommunikationsstruktur wird auch nach Abschluss der Modellprojektphase für die weitere Zusammenarbeit miteinander aufrechterhalten.

Vierte Station: Bereichsübergreifende Datengewinnungsstrategie

In größeren Städten umfasst die Präventionskette leicht mehrere hundert Angebote und eine mittlere zweistellige Zahl präventionsrelevanter Netzwerke. Übersicht und Transparenz zu schaffen ist daher eine besondere Herausforderung. Gerade in den bevölkerungsreichen Städten, Kreisen und Gemeinden in NRW kann dies nur noch durch professionell betriebene Datenerfassung und deren indikatorgestützte Aufbereitung in kommunalen Berichtssystemen gewährleistet werden. Dieses Vorgehen nennt sich Monitoring. Die klassische Variante eines Jugendhilfeplaners oder einer Jugendhilfeplanerin, der oder die beteuert, alle zu kennen und den Überblick über die kommunale Angebotslandschaft zu haben, reicht daher nicht aus. Das zu entwickelnde Datenkonzept sollte

- nur steuerungsrelevante Kenngrößen und Indikatoren berücksichtigen,
- Daten aus allen präventionsrelevanten Bereichen wie der Schule, dem Gesundheitswesen, der Kinder- und Jugendhilfe, der Stadtentwicklung oder dem Jobcenter zusammenführen,
- Kernindikatoren in kleinräumiger, wo nötig auch einrichtungsbezogener, Auflösungstiefe verfügbar machen, um Herausforderungen zielorientiert lokalisieren zu können,
- steuerungsrelevante Informationen zu allen präventionsrelevanten Angeboten und Netzwerken erheben und regelmäßig aktualisieren,

Präventionsstandards zu Station 4

- Entwicklung eines bereichsübergreifend kohärenten Datenkonzepts für die gesamte Kommune mit kleinräumigen und ggf. einrichtungsbezogenem Auflösungsvermögen
 - Kommunales Präventionsmonitoring
 - Datenkompatibilität in den Fachplanungsprozessen
- aussagekräftige prozessbezogene Daten (zum Beispiel aus der Schuleingangsuntersuchung) einbeziehen,
 - die Datengrundlage so gestalten, dass möglichst der konkrete Nutzen für die ins Auge gefassten Zielgruppen sichtbar wird.

Derzeit werden Monitoringsysteme noch häufig von der Datenverfügbarkeit her konzipiert: Erhoben wird das, was zur Verfügung steht. Welche Rückschlüsse diese Daten eigentlich zulassen, gerät dabei mitunter in den Hintergrund. Dabei sollte gerade diese Frage genau beantwortet werden, um „Datenfriedhöfe“ zu vermeiden. Andererseits können bestimmte Datengrundlagen fehlen, obwohl sie für ein aussagekräftiges Monitoring höchst wünschenswert wären. Insbesondere im Hinblick auf die Herausarbeitung riskanter biografisch Bildungs- und Entwicklungsverläufe sowie im Hinblick auf die Bedeutung von Lernumwelten jenseits von Unterricht und Ausbildung fehlen entsprechende Datenquellen. Es muss überlegt werden, ob und wie sie erschlossen werden können.

Manche aussagekräftigen Datenquellen sind gar nicht für übergreifende Planungszwecke gedacht und werden daher leicht übersehen. Beispiele dafür sind die Schuleingangs- und U-Untersuchungen, Screenings in Geburtskliniken sowie die Verknüpfung von Nutzungsdaten mit soziodemographischen Hintergrunddaten, wie etwa bei der „Jugendleitercard“ als einem Ausweis für ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Jugendarbeit. Diese Statistiken bündeln Daten, die Individuen betreffen – man spricht daher davon, dass sie

auf „Individualdatenbasis“ erstellt wurden. Auf Individualdatenbasis erstellte Statistiken sind für Planungszwecke häufig besonders aussagekräftig. Mit ihrer Hilfe lassen sich am besten typische (bildungs-) biografische Verläufe rekonstruieren und kommunale „Stellschrauben“ identifizieren. Der statistische Rückschluss auf das einzelne Individuum ist dabei nicht von Interesse und kann durch technische Vorkehrungen und statistische Auswertungsvorschriften faktisch ausgeschlossen werden.

Monitoring: „Gesellschaftliche Teilhabechancen von Gelsenkirchener Kindern“

Der Gelsenkirchener Partizipationsindex: „Gesellschaftliche Teilhabechancen von Gelsenkirchener Kindern“ bündelt unterschiedliche kommunale Daten, etwa aus dem Jugendamt oder Gesundheitsamt, in einer übersichtlichen und leicht verständlichen Berichtsform. So entsteht ein Bild davon, welche Bedingungen für das Aufwachsen der Kinder in den einzelnen Stadtteilen herrschen und wo eventuell erhöhter Unterstützungsbedarf vorliegt. Dazu werden fünf Bereiche im Zusammenhang betrachtet:

1. Wirtschaftliche Lage von Familien mit Kindern,
2. Integrationsbedarf,
3. Gesundheitsbedingungen,
4. Bildungsbeteiligung sowie
5. Wohn- und Umweltbedingungen.

Jeder Bereich besteht aus einer Reihe von Einzeldaten wie zum Beispiel Sozialgeldquoten, dem Anteil übergewichtiger Kinder, Schulformempfehlungen, Kita-Besuchsdauer, Lärm- und Hitzebelastung. Der Partizipationsindex bündelt dann die Ergebnisse der fünf Teilbereiche und zeigt, wie groß die Teilhabemöglichkeiten der Kinder in bestimmten Gelsenkirchener Stadtteilen sind. So kann der Bericht helfen, ungleiche Bedingungen des Aufwachsens frühzeitig zu identifizieren und Gegenstrategien zu entwickeln. Um diese Gegenstrategien möglichst eng an den Ressourcen und Bedarfen vor Ort zu orientieren, finden in den einzelnen Planungsräumen Strategieworkshops statt, in denen die nächsten Schritte gemeinsam mit den Akteuren vor Ort geplant werden. Der Partizipationsindex ist öffentlich zugänglich und kann auf der Internetseite der Stadt Gelsenkirchen unter der Rubrik Familie und dem Stichwort: „Jedem Kind seine Chance!“ heruntergeladen werden.



DAS IST BESONDERS GUT!

Gelsenkirchen Bereichsübergreifende Datengewinnungsstrategie

- Kleinräumiges Monitoring für die gesamte Stadt
- Datenkonzept vom Kind aus gedacht
- Zusammenhängende Aufbereitung und Analyse der verschiedenen Datenquellen

Erfolgreiche Umsetzung eines Präventionsstandards

- Bereichsübergreifendes kommunales Datenkonzept (kleinräumig und ggf. einrichtungsbezogen aufgegliedert)
- Überschaubares steuerungsrelevantes Indikatorenset
- Kommunales Präventionsmonitoring

Fünfte Station: Integrierte Datennutzung in der Fachplanung

Die Gestaltung einer Präventionskette erfordert stärker integrierte Strukturen der kommunalen Fachplanung, als sie bislang existieren. Die verschiedenen Planungsbereiche – Jugendhilfe-, Schulentwicklungs- und Gesundheitsplanung, Stadtentwicklung oder Soziales – sollten einen gemeinsamen konzeptionellen Rahmen erhalten. In der Kommunalverwaltung existieren gewachsene Institutions- und Organisationskulturen, die ihre jeweils eigene Fachsprache haben. Die einzelnen Systeme schotten sich häufig voneinander ab und haben Vorbehalte gegenüber den anderen Bereichen. Der erste Schritt hin zu einer besser abgestimmten Fachplanung besteht daher darin, eine gemeinsame fachliche und zwischenmenschliche Verständigungsgrundlage zu schaffen. Die betroffenen Akteure müssen zunächst voneinander erfahren, welche Aufgaben die jeweils anderen Planungsbereiche überhaupt zu bewältigen haben. Auf dieser Basis können sie dann damit beginnen, ihre unterschiedlichen Kompetenzen für ein gemeinsames Ziel einzusetzen. Vergleichbares gilt für die Kooperation zwischen Freien und Öffentlichen Trägern in den einzelnen Gestaltungsfeldern der Präventionskette.

Eine bereichsübergreifende und insofern „integrierte“ Datennutzung ist notwendig, um einen Gesamtüberblick über die ungleichen Lebenslagen von Kindern und Familien zu gewinnen und daraus Handlungsansätze für mehr Chancengerechtigkeit abzuleiten. Wo ist der präventive Hebel anzusetzen, um die enge Kopplung zwischen Bildung und Gesundheit, Haushaltseinkommen, Sozialgeldbezug der Kinder und deren sozialer Teilhabe im Sportverein oder der Musikschule aufzulösen, mindestens aber zu lockern? Wie lassen sich Wohnquartiere mit besonderem Unterstützungsbedarf identifizieren? Zur Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen müssen Daten aus der Kinder- und Jugendhilfestatistik, der Schulstatistik, Daten der Arbeits- und Sozialverwaltung, aus dem Gesundheitswesen und aus anderen präventionsrelevanten Bereichen zu

Präventionsstandards zu Station 5

- Kommunale Detailplanungen werden zum Zwecke der Optimierung präventiver Angebots- und Netzwerkstrukturen miteinander verknüpft
- Entwicklung eines überschaubaren Indikatorensets mit hohem fachplanerischem Orientierungspotenzial

einem Gesamtbild zusammengefügt werden. Es geht dabei nicht um die Schaffung des „gläsernen Bürgers“, sondern um die möglichst frühzeitige Identifizierung besonders riskanter Konstellationen, die ein gelingendes Aufwachsen behindern können. Diese Konstellationen können sozialräumlicher, einrichtungsbezogener und zielgruppenbezogener Art sein. Bekommt man auf diese Weise das Gesamtbild in den Blick, können die so objektivierten Probleme und auch die durch Zusammenhangsanalysen sichtbar gewordenen möglichen Lösungsansätze nicht mehr geleugnet werden. Integrierte Datenkonzepte können kommunalpolitische Diskussionen daher versachlichen und den Blick der Verantwortlichen in dieselbe Richtung lenken.

Die Ziele einer integrierten Datennutzung sind,

- Daten aus unterschiedlichen Planungsbereichen und damit verbundenen Amtsstatistiken so aufzubereiten, dass man sie aufeinander beziehen kann. Dies ist angesichts der Heterogenität der Datenquellen sehr anspruchsvoll, da sie sich auf den Wohnort, die Einrichtung (z.B. Kita oder Schule), das Wohnquartier oder auf eine Gruppe von Leistungsberechtigten (z.B. Kinder im Sozialgeldbezug) beziehen können.

- die so aufbereiteten Daten dann auch wirklich zu analysieren, zum Beispiel, um die Frage zu klären, wie der Gesundheits- und Bildungsstand mit dem Wohnquartier, dem Familienstand oder der sozialen Herkunft zusammenhängt. Vieles ist dabei kommunal nicht veränderbar, aber manche Einflussgrößen eben schon. So konnte die wissenschaftliche Begleitforschung des Modellvorhabens herausarbeiten, dass der langjährige Besuch einer sozial durchmischten Kita und eines Sportvereins die Chancen auf gelingendes Aufwachsen deutlich verbessern. Aus solchen Erkenntnissen können Fachplanungsziele hergeleitet werden, die ohne integrierte Datenauswertung so nicht entstanden wären.
- diese Datenaufbereitung der Fachplanung in Form aussagekräftiger Indikatoren zur Verfügung zu stellen. Mit deren Hilfe können Zusammenhangsanalysen erstellt werden. Indikatoren sind konzeptionell hergeleitet und müssen in der Aussagekraft über sich selbst hinausweisen, also auf etwas anderes hinweisen – genau das meint „indizieren“. Ein Indikator stellt also einen Zusammenhang her. So zeigt etwa der im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ entstandene Gelsenkirchener Partizipationsindex, durch welche Faktoren die gesellschaftlichen Teilhabechancen von Kindern entscheidend beeinflusst werden und welche Indikatoren dies anzeigen:

Konzept des Index „Partizipation von Kindern“ der Stadt Gelsenkirchen



Quelle: Stadt Gelsenkirchen, www.gelsenkirchen.de/de/familie/netzwerke/jedem_kind_seine_chance/_doc/partizipation_kinder.pdf

Auf dieser Basis konnte in Gelsenkirchen ermittelt werden, in welchen Stadtteilen ein besonders hoher Unterstützungsbedarf besteht. Dabei werden die Indikatoren grafisch so aufbereitet, dass Entscheidungsträger und Pla-

nungsfachkräfte sofort einen Gesamtüberblick erhalten. Wie die Unterstützung dann aussehen muss, wurde in der Folge gemeinsam mit den Akteuren aus den entsprechenden Stadtteilen ermittelt.

Planung und Gestaltung sollten „evidenzbasiert“ sein, das heißt auf empirischen Belegen beruhen. Evidenzbasierung erschöpft sich aber nicht in quantifizierten Daten. Ebenso wichtig sind qualitativ strukturierte Informationen. Diese werden aus Befragungen, Beobachtungen und direkten Beteiligungsprozessen gewonnen. Noch viel zu selten wird zudem die Expertise von Fachkräften als Planungsgrundlage einbezogen. Kennzahlen sagen einem häufig eher, wo ein Problem und damit Handlungsbedarf besteht, aber nicht, wie das Problem gelöst

werden kann. Auch dies zeigt das Beispiel „Gelsenkirchener Partizipationsindex“, auf dessen Basis entsprechende Beteiligungsprozesse in drei ausgewählten, hoch belasteten Stadtteilen durchgeführt werden.

Durch die Einrichtung einer Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung unterstützt das Land NRW die Kommunen beim Aufbau einer integrierten kommunalen Sozialplanung.

KECK-Atlas als Plattform zur Etablierung einer integrierten Fachplanung

Der KECK-Atlas ist ein Instrument der Bertelsmann Stiftung, das Auskunft über die soziale Lage, die Bildung und Gesundheit von Kindern in bestimmten Gegenden einer Stadt geben kann. Kommunen können dieses statistische Werkzeug einsetzen, um herauszufinden, wie stark etwa Kindertageseinrichtungen genutzt werden, wie es um die Grünflächen- oder Spielplatzausstattung bestellt ist oder wo Kinder welchen Alters in welchen Lebenssituationen aufwachsen. Informationen aus dem KECK-Atlas können zeigen, wie groß die Teilhabechancen für Kinder in bestimmten Stadtteilen oder Vierteln sind und wo Handlungsbedarf besteht.

Die Modellkommunen Duisburg und Gladbeck haben sich entschieden, den KECK-Atlas ämterübergreifend zu nutzen. So erhalten sie eine gemeinsame Informations- und Planungsbasis. Duisburg hat parallel dazu die „Steuerungsgruppe integrierte Fachplanung“ eingerichtet, an der alle kommunalen Planungsämter sowie die Kämmerei beteiligt sind. Dies ist als erster Schritt in Richtung einer bereichsübergreifenden Fachplanung zu sehen, da so zum einen eine gemeinsame Verständigungsgrundlage entsteht und zum anderen die datenbasierte Kommunikation zwischen den verschiedenen Planerinnen und Planer verstärkt wird. Während das Duisburger Gesundheitsamt den KECK-Atlas bereits nutzt, soll er nach und nach für alle Ämter eingeführt werden. Um diese Vorhaben weiter voranzutreiben, wurde bereits die „Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung“ (FSA) eingebunden.

DAS IST BESONDERS GUT!

Duisburg und Gladbeck

Bereichsübergreifende Datennutzung

- Ämterübergreifende Kommunikationsstruktur zur gemeinsamen Planung
- Einbindung der Kämmerei in die Fachplanungsprozesse
- Nutzung eines einheitlichen Instruments zur Datenerfassung in den kommunalen Ämtern
- Externe Beratung zur Weiterentwicklung durch die „Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung“ (FSA)

In Gladbeck haben die beteiligten Ämter schon eine Auswahl der Indikatoren getroffen, die sie in den KECK-Atlas einpflegen. KECK wird von den einzelnen Ämtern nun als eigenes Planungsinstrument genutzt. Ein neu gegründeter Arbeitskreis, der ebenfalls von der FSA beraten wird, wird die weiteren Schritte hin zu einer integrierten kommunalen Sozialplanung begleiten.

Sechste Station:

Prävention auf Wirkung ausrichten

Die Gestaltung von Präventionsketten richtet sich an der sozialstatistisch ermittelten Gesamtkonstellation des Aufwachsens aus. Die Planung von Präventionsketten sollte dabei von der Leitidee ausgehen, knappe Ressourcen dorthin zu lenken, wo sie mutmaßlich den größten Effekt zur Bekämpfung benachteiligter Lebenslagen erzielen. In diesem Sinne wird „Ungleiches ungleich behandelt“, da beispielsweise nicht mehr jede Kita oder Schule die gleiche Ressourcenausstattung erhält, sondern Einrichtungen mit einer großen Anzahl sozial benachteiligter Kinder zusätzliche Maßnahmen und die zu deren Durchführung nötigen Mittel erhalten. Ist dies gewährleistet, geht es anschließend darum, die Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu überprüfen.

Hierzu braucht es zum einen eine regelmäßige Beobachtung wichtiger statistischer Messgrößen. An deren Entwicklung lässt sich ablesen, ob und inwieweit durch die Präventionskette Menschen auch tatsächlich unterstützt werden, ob die ergriffenen Maßnahmen also wirken – und wie ihre Wirkung ggf. verbessert werden kann. Wirkungsorientierte Steuerung erfordert die ämter- und trägerübergreifende Zusammenarbeit vieler Akteure in der Kommune. Zusätzlich zu den Messgrößen, die Aussagen über die Wirkung von Maßnahmen zulassen, werden Daten benötigt, die einen schnellen Überblick über die Entwicklung der Lebenslagen in den einzelnen Wohnquartieren bieten. Diese Überblicksdaten sagen zwar nicht direkt etwas über die Wirkung von Prävention aus, da sie von einer Vielzahl anderer gesellschaftlicher Faktoren beeinflusst werden. Mit geeigneten Überblicksdaten lassen sich aber zum einen beispielsweise der Umfang von Kinderarmut wie auch der sozialen und ökologischen Belastung einzelner Wohnquartiere abschätzen. Zum anderen können damit Entwicklungen in unterschiedlichen Bereichen, wie z.B. Einkommensarmut, Bildungsstand, Gesundheit und soziale Teilhabe von Kindern, abgebildet werden. Nur ein solches Vorgehen ermöglicht die frühzeitige Erkennung von Mehrfachbenachteiligungen.

Präventionsstandards zu Station 6

- Leitprinzip „Ungleiches ungleich behandeln“:
Zugangssteuerung und Wirkungsmessung als Kernelemente
- Evidenzbasierte Maßnahmenplanung
- „Gemeinsam besser werden!“
- Verknüpfung von Controlling und trägerübergreifender Qualitätsentwicklung

Aufgrund der fortschreitenden sozialen Auseinanderentwicklung einzelner Stadtteile müssen das Monitoring und die wirkungsorientierte Steuerung kleinräumig ansetzen, worauf auch der Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Modellvorhaben hinweist. Bei den kleinräumigen Analysen können die NRW-Kommunen zusätzlich durch die „Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung“ (FSA) unterstützt werden.

Der kommunale Aufbau eines solchen Gesamtsystems aus Monitoring und wirkungsorientierter Steuerung benötigt ausreichend Zeit. Nur durch eine verbindliche kommunalpolitische Beschlusslage und die darauf basierende konsequente Umsetzung dieses Gesamtpakets lässt sich sicherstellen, dass Aufbau und Weiterentwicklung der Präventionskette tatsächlich nachhaltig erfolgen. Dieser Prozess muss kontinuierlich fortgeschrieben werden. Langfristig wird dieses Ziel nur dadurch zu erreichen sein, dass den beteiligten Akteuren in den Kommunen der Ertrag der ganzen Anstrengungen plausibel vermittelt werden kann.

Wie in Kapitel 1 dieses Berichts hergeleitet, sollte wirkungsorientierte Steuerung im Rahmen einer gemeinsam getragenen Qualitätsentwicklung erfolgen. Es geht dabei auch, aber nicht nur, um die Weiterentwicklung der Verwaltungsstrukturen. Vielmehr erfordert die konsequente



Umsetzung der Leitlinie, „vom Kind her zu denken“, auch einen Sichtwechsel, ja Kulturwandel in der Art und Weise des Zusammenwirkens von Kommunalverwaltung und Netzwerkpartnern.

Die Nachhaltigkeit einer Hilfs- oder Fördermaßnahme lässt sich erst nach mehreren Jahren beurteilen. Dies ist nicht nur eine Frage der Messung, sondern verweist auf die grundsätzliche Notwendigkeit, präventive Hilfs- und Förderangebote so anzulegen, dass Wirkungen im weiteren Lebenslauf überhaupt sichtbar gemacht werden können. Erreicht werden kann dies zum Beispiel durch die freiwillige Teilnahme der Zielgruppe an ex post-Befragungen oder durch fallbezogene Fachkräftekooperation – etwa zwischen Kita und Grundschule. Dies verlangt aus datenschutzrechtlichen Gründen meistens die Zustimmung der Betroffenen, was jedoch nicht als Hürde, sondern eher als Chance verstanden werden sollte. Denn wie im folgenden Kapitel ausgeführt werden wird, ist „Beteiligung“ ein Qualitätsmerkmal und ein allgemeiner Präventionsstandard.

Zudem bedarf es eines Kulturwandels bei Freien Trägern und öffentlichen Verwaltungen. Controlling und Evaluation sind oft angstbesetzte Instrumente. Denn wird bei einer Maßnahme eine nur geringe Wirkung festgestellt, entsteht bei den betroffenen Trägern und Einrichtungen umgehend die Sorge um den weiteren Fluss von Fördergeldern – und in der Folge um Arbeitsplätze. Gleichzeitig geraten auch die Kommunalverwaltungen unter Legitimationsdruck, wenn offenkundig wird, dass mit öffentlichen Geldern geförderte Maßnahmen ihr Ziel nicht erreicht haben. Wirkungsorientierte Steuerung bedarf daher einer Kultur der Fehlerfreundlichkeit und einer Perspektive des „Gemeinsam

Besser Werdens“ im Sinne einer bereichs- und trägerübergreifenden Qualitätsentwicklung. So ein grundlegender institutioneller Kulturwandel braucht Zeit – eine Dekade ist für ein solches „Change Management“ bereits ein ambitioniertes Ziel.

Wirkungsorientierte Steuerung sollte also mit Beteiligung von Maßnahmenträgern, Einrichtungen und nicht zuletzt der betroffenen Zielgruppen entwickelt werden. Prävention soll nicht einfach nur Defizite ausgleichen, sondern die Handlungsbefähigung in der Zielgruppe fördern. Dies kann nur durch passgenaue Angebote gelingen, die den Menschen auch bekannt sind, von ihnen angenommen werden und sich in ihre alltägliche Lebensführung einfügen. Und dies gelingt am besten, indem die Adressatinnen und Adressaten schon in die Angebotsplanung einbezogen werden, ihnen also Vorschlags- und Mitgestaltungsrechte eingeräumt werden. Dabei sind Kinder und Jugendliche als Träger eigener, unveräußerlicher Kinderrechte zu sehen und müssen in altersangemessener Weise beteiligt werden. Beteiligung entschärft dabei auch viele der immer wieder beklagten Datenschutzprobleme, da mit aktiver Einwilligung der Betroffenen in die Datennutzung vieles möglich ist – beispielweise beim Übergangsmanagement Kita-Grundschule und Grundschule-weiterführende Schule. Vor allem aber trägt Beteiligung dazu bei, verlässliche Zahlen zu erhalten. Ohne Beteiligungskultur werden bei Trägern und Einrichtungen abgefragte Daten vornehmlich unter Legitimationszwecken generiert und sind dann für Weiterentwicklungsprozesse häufig ungeeignet. Die Landeskoordinierungsstelle empfiehlt daher, wirkungsorientierte Steuerung in diesem umfassenden Sinne von beteiligungsorientierter Planung und Qualitätsentwicklung zu verstehen.

Sozial- und Finanzplanung als Einheit

Ein Leitziel stecken, planen, wie es erreicht werden kann, und dann Maßnahmen umsetzen, die nach ihrem Zielerreichungsgrad überprüft werden. So stellt die Kommune Bielefeld sicher, dass Investitionen in Prävention auch Wirkung zeigen, denn diese Wirkung muss belegt werden – bei jeder Maßnahme. In der Wissenschaft wird dieses Vorgehen evidenzbasierte Maßnahmenplanung genannt.

Seit dem Jahr 2009 unterliegen alle Vorhaben der Verwaltung in den Bereichen Jugendhilfe, Sozialhilfe, Sozialplanung und Prävention einer Zielmatrix. Die oberste Hierarchieebene bilden sechs feststehende Leitziele des Dezernats Soziales – ähnlich wie Zukunftsvisionen. Hierunter befinden sich dann jeweils Produktgruppenziele, darunter Produkte, zu denen es wiederum Teilziele mit konkreten Maßnahmen gibt – immer in einer Art Argumentationskette, die eine Wirkungshypothese von der Maßnahme bis hin zum Leitziel formuliert. Alle Maßnahmen sind mit Indikatoren hinterlegt, die zeigen, ob das Vorhaben wie geplant Wirkung zeigt oder ob Umsteuerungen nötig sind. Die konkrete Umsetzung wird im Rahmen eines internen Controllings nachgehalten.

Ein Beispiel für die Zielhierarchie:

Leitziel: „Die Sicherung der Lebensqualität für Menschen mit vorübergehendem oder dauerhaftem Unterstützungsbedarf ist gewährleistet“.

Produktgruppenziel: „Die Förderung der Erziehungskompetenz der Erziehungsberechtigten ist gewährleistet.“

Zuordnung zu dem korrespondierenden Produkt „Allgemeine Beratung und Unterstützung von Familien“ und dem Teilziel „Steigerung der Erziehungskompetenz“.

Wirkungshypothese: Über das Elternkurskonzept „Starke Eltern – Starke Kinder®“ des Kinderschutzbundes werden in der Stadt Eltern mit Unterstützungsbedarf im Bereich der Erziehungskompetenz gestärkt, was – belegt durch die wissenschaftliche Begleitforschung dieses Elternkurskonzepts - maßgeblich positiven Einfluss auf die Lebensqualität der teilnehmenden Familien hat.

Dieses Vorgehen ist auf die Anforderungen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements in NRW abgestimmt. Jährlich werden dafür die fachlichen Schwerpunkte vereinbart und geprüft und interne Planungsworkshops seitens des Dezernats durchgeführt. Daraufhin werden deren Ergebnisse operationalisiert und die Zielmatrix erstellt. Die zuständigen politischen Gremien sind regelhaft in das Verfahren eingebunden.

Mit dem Ineinandergreifen von Planung, Umsetzung und Controlling sowie einer umfassenden integrierten Sozialberichterstattung und -planung kann Bielefeld schon seit längerer Zeit die Prinzipien der „evidenzbasierten Maßnahmenplanung“, Zugangssteuerung und Wirkungsmessung – auch ihrer präventiven Maßnahmen – erfolgreich umsetzen.

DAS IST BESONDERS GUT!

Bielefeld

- Planung, Umsetzung und Controlling gehen Hand in Hand
- Ausrichtung an einem klaren und verbindlichen Zielsystem
- Politik, Träger und Verwaltung tragen den Prozess gemeinsam
- Wirkungen sind nachweisbar

5. QUALITÄT DER PRÄVENTIONSKETTE

STANDARDS FÜR PRÄVENTION

Im Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ sind allgemeine Kriterien entwickelt worden, an denen sich ablesen lässt, wie gut eine Präventionskette aufgestellt ist.

Für die Qualität einer kommunalen Präventionskette kommt es im Wesentlichen auf zwei Dinge an. Zum einen sollte sie in einem Prozess entstehen, der bestimmten Standards genügt. Dabei können sich Kommunen an dem Entwicklungsmodell orientieren, das in Kapitel 4 beschrieben wird. Zum anderen muss die so entwickelte Präventionskette selbst bestimmten Standards entsprechen. Auch hierfür sind im Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ Präventionsstandards erarbeitet worden.

Eine kommunale Präventionskette ist gut, wenn sie in allen ihren Gliedern sieben Qualitätsstandards erfüllt. Sie sollte erstens auf dem Prinzip umfassender Beteiligung aufgebaut sein. Zweitens sollte sie darauf zielen, Kinder zu stärken, indem ihre Eltern gestärkt werden, da Eltern den größten Einfluss auf das gelingende Aufwachsen ihrer Kinder ausüben. Drittens sollten Präventionsangebote nach Möglichkeit aufsuchender Natur sein, also die Menschen an ihnen vertrauten Orten erreichen: im eigenen Zuhause, im Wohnquartier, in der Kita oder Schule oder auch in der Praxis von Kinder- und Jugendärzten. Viertens müssen ungleiche Zielgruppen auch ungleich behandelt werden. Hilfs- und Förderangebote sollten in erster Linie dorthin gelangen, wo der größte Bedarf besteht, und nicht nach dem „Gießkannenprinzip“ verteilt werden. Fünftens muss die Arbeitsweise in Regeleinrichtungen wie der Kita oder der Schule die Ungleichheit der Lebensla-

gen von Kindern berücksichtigen und in diesem Sinne sozial inklusiv sein. Sechstens bemisst sich die Qualität einer Präventionskette daran, dass (Bildungs-) Übergänge fließend gestaltet sind, damit sie von Kindern positiv erfahren werden und sie auf ihrem weiteren Bildungsweg stärken. Und siebtens lassen sich die genannten Anforderungen nur realisieren, wenn die verschiedenen beteiligten Professionen – zum Beispiel aus den pädagogischen Handlungsfeldern, dem Gesundheitswesen, der Berufsberatung und dem Fachplanungsbereich – gut zusammenarbeiten und dabei dem Anspruch, „vom Kind her zu denken“, Rechnung tragen.

Stationsübergreifende Präventionsstandards

- Beteiligungsorientierung
- Eltern stärken – Kinder stärken
- Aufsuchender Ansatz
- Ungleiches ungleich behandeln
- Soziale Inklusion
- (Bildungs-) Übergänge fließend gestalten!
- Multiprofessionelle Zusammenarbeit

Erster Präventionsstandard: Beteiligungsorientierung – Die Menschen mitnehmen

Präventionsketten lassen sich nicht administrativ verordnen. Sie entstehen und funktionieren in einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft mit ausgeprägt zivilgesellschaftlicher Komponente. Wer lebensweltnahe Hilfs- und Förderangebote bereitstellen will, muss diejenigen beteiligen, um die es geht:

■ **Verwaltung und Organisation:**

Alle an der Präventionskette beteiligten Verwaltungseinheiten und Organisationen,

etwa die Kinder- und Jugendhilfe, die Schule, das Gesundheitssystem oder das Jobcenter, müssen „auf Augenhöhe“ zusammenarbeiten. Dies lässt sich erreichen, wenn alle bereit sind, „vom Kind her zu denken“. Schritt für Schritt muss sich das Denken weg von getrennten Zuständigkeiten und hin zu gemeinsamen Lösungen entwickeln. Das bewirkt einen kollektiven Lernprozess bis hin zum Wandel in der Organisationskultur der beteiligten Institutionen.

Beteiligung findet auf drei Ebenen statt.

Verwaltung und Organisation: Integriertes Handeln im Sinne der Familien

Die verschiedenen Arbeitsbereiche einer Verwaltung bearbeiten Anliegen von Hilfesuchenden oder Antragstellern in der Regel nur gemäß ihrer Zuständigkeit. Hinter vielen Anliegen, die von Familien in den verschiedenen Stellen einer Kommune vorgetragen werden, stecken aber oft weitere Probleme oder Ansatzpunkte für präventives Handeln.

Ein Beispiel: Eine Mutter erscheint zu Gesprächsterminen im kommunalen Jobcenter mehrfach vormittags mit ihrem fünfjährigen Kind. Der Mitarbeiterin des Jobcenters fällt dies auf und sie spricht die Mutter darauf an. Die Mutter erzählt, das Kind habe keinen Kita-Platz und spreche auch kein Deutsch, da in der Familie nur türkisch gesprochen werde. Hätte die Mitarbeiterin dies nicht angesprochen, wäre das Problem möglicherweise bis zur Schulinganguntersuchung nicht aufgefallen.

Der Kreis Düren hat sich deshalb überlegt, in jedem relevanten Fachbereich mindestens eine Präventionskraft auszubilden, die dafür sensibilisiert ist, die Lebenssituationen einer Familie ganzheitlich zu betrachten und deshalb mehr als nur die üblichen Pflichtfragen ihres Arbeitsfeldes stellt. Außerdem kennt sie die Angebote der anderen Ämter und Freien Träger vor Ort. Die verschiedenen Ämter der Kreisverwaltung

entsenden eine Präventionskraft in monatliche sogenannte „Schnittstellengespräche“, um gemeinsam Fälle zu besprechen, in denen Familien mehr Unterstützung benötigen, als ein Amt allein hergeben kann – natürlich nur, wenn die Eltern der damit verbundenen Datenweitergabe zustimmen. In Form einer kollegialen Beratung kann dieses Präventionsteam dann passende Hilfeangebote für die Familien zusammentragen. Ein „Lotse“ aus dem Team bündelt die gesammelten Ideen, trägt sie an die Familie heran und behält die Entwicklung im Auge. In unserem Beispiel sah sich nach der Besprechung des Falls im Präventionsteam das Gesundheitsamt

DAS IST BESONDERS GUT!

Kreis Düren

- Entsäulung der Verwaltung
- Effektivierung der Prozesse durch sogenannte „Schnittstellengespräche“
- Ganzheitliche Betrachtungsweise
- Verschiedene Professionen und Verantwortungsebenen sind sensibilisiert und tragen Verantwortung

als geeigneter Lotse und trat in Kontakt mit der Familie, um Angebote der Sprachförderung zu besprechen.

Um den Blick der Mitarbeitenden für die Bedürfnisse der Familien und die Angebote anderer Ämter und Träger zu weiten, wurden eigens konzipierte Schulungen veranstaltet und Informationsmaterial verteilt. Die Amtsleitungen haben gegenseitig hospitiert, um sich kennenzulernen und die jeweiligen Zuständigkeiten und Inhalte der Arbeit transparenter zu machen. Die Schulung wurde als fester Bestandteil ins Fortbildungsprogramm der Kreisverwaltung aufgenommen.

Im Sommer 2014 wurde ein Präventionsbüro eingerichtet, in dem Mitarbeitende des Jugendamts, des Bildungsbüros und eines Trägers der freien Jugendhilfe arbeiten. Die Mitarbeiter des Präventionsbüros koordinieren und unterstützen den gesamten Prozess der Gestaltung der kreisweiten Präventionsstrategie. Das Präventionsbüro leitet die monatlichen Sitzungen des Präventionsteams, in dem die „Schnittstellengespräche“ stattfinden.

■ **Einrichtungen (Kita, Schule etc.):** Die an der Präventionskette mitwirkenden Einrichtungen und Fachkräfte sollten in zwei Schritten beteiligt werden. Im ersten Schritt sollten sie von der Netzwerkkoordination Informationen zu Angeboten und Leistungen der Partner erhalten, die sie an ihre Klientel weitervermitteln können. Im zweiten Schritt sollten dann aufsuchende Zugänge geschaffen werden – in der Familie, im Sozialraum und in den Regeleinrichtungen selbst, nach dem Motto: Die Angebote kommen zu den Menschen und nicht umgekehrt.

■ **Kinder und Familien:** Es hat sich gezeigt, dass nicht alle Menschen in gleicher Weise Zugang zu den angebotenen Hilfen finden.

Dies liegt meist an einer Ausgestaltung des Angebots, die eher die Mittelschicht anspricht. Misstrauen entsteht insbesondere dann, wenn Angebote über die Köpfe der ins Auge gefassten Adressaten und Adressatinnen hinweg geplant werden. Es kommt häufig vor, dass ein Angebot ohne Beteiligung der Zielgruppe konzipiert und dann ein Einladungsflyer erstellt wird. Anschließend herrscht Verwunderung, dass sich niemand oder zumindest nicht die anvisierte Zielgruppe einfindet. Zielführender ist es, dass Fachkräfte zuerst den Zugang zur Zielgruppe suchen und nachfragen, was überhaupt gebraucht wird – und erst danach entsprechend „passgenaue“ Maßnahmen konzipieren und anbieten.





Kinder und Familien: Elternbeteiligung auf verschiedenen Ebenen

In Dormagen gelingt die Beteiligung von Zielgruppen in unterschiedlichen Bereichen und auf verschiedenen Ebenen. Am Beispiel der Elternbeteiligung wird dies besonders deutlich. In der Gremienstruktur des Netzwerks für Familien (NeFF Dormagen) sind Eltern ein wesentlicher Bestandteil. Sie sind in allen drei Lenkungsgruppen des Netzwerks für Frühe Hilfen, Schule sowie Beruf und Ausbildung vertreten und bringen sich so in die Planungen des Netzwerks aktiv mit ein. Die Elternvertretungen sind oft Mitglieder des Jugendamtsbeirats oder der Stadtelternschaft; manchmal ergibt sich aber auch eine andere Variante.

In der Kommune werden Eltern auch in richtungsweisende Fachdebatten eingebunden. So haben sie jüngst die Entwicklung von Standards zur Bindungsförderung für Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen entscheidend mitgestaltet. Und auch in Angeboten bestimmen Eltern ganz konkret mit: Die Dormagener Babyclubs, die es flächendeckend für Eltern mit Kindern im ersten Lebensjahr gibt, sind explizit so angelegt, dass

die Teilnehmenden das jeweilige Programm bestimmen. Ob es Singspiele gibt, ein Kinderarzt eingeladen wird oder über Einschlafprobleme der Kinder gesprochen wird: Darüber entscheiden wöchentlich die Eltern. Die eingesetzte Fachkraft sorgt für die Umsetzung der Wünsche.

DAS IST BESONDERS GUT!

Dormagen

- Beteiligung ist fest verankert
- Vielfältige Beteiligungsformen mit unterschiedlichen Zugangsschwellen
- Beteiligung erfolgt wertschätzend und wird ernstgenommen
- Eltern gestalten Infrastrukturplanungen, fachliche Standards und Angebote mit

Findet Beteiligung auf diesen drei Ebenen statt, dann steigt die Wahrscheinlichkeit, dass passgenaue Angebote zustande kommen –

Angebote, die tatsächlich die Menschen erreichen, die sie erreichen sollen.

Zweiter Präventionsstandard: Eltern stärken – Kinder stärken

Präventionsketten sollen das gelingende Aufwachsen von Kindern in ihren Familien unterstützen. Ihr Aufbau setzt eine Kultur des Vertrauens in die Bereitschaft von Eltern voraus, das Bestmögliche für ihre Kinder zu tun. Prävention knüpft an die Ressourcen und Fähigkeiten von Eltern an, ihrer Erziehungsaufgabe nachzukommen – nicht durch Leugnung entsprechender Defizite, sondern durch gezielte Unterstützung bei deren Behebung.

In der Präventionskette sind nicht nur institutionelle Maßnahmen und Angebote sinnvoll miteinander zu verknüpfen. Vielmehr ist auch der für Kinder alltägliche Wechsel zwischen Familie und pädagogisch gestalteten Umgebungen in der Kita oder Schule zu beachten. Ohne eine aktive Zusammenarbeit mit Eltern kann es für Kinder zunehmend schwierig werden, in der Einrichtung vermittelte Orientierungen mit den familiären Werten und denen ihres privaten Umfelds in Einklang zu bringen.

Umgekehrt kann die Wirksamkeit des pädagogischen Handelns in den Einrichtungen enorm steigen, wenn das Elternhaus diese Orientierung teilt und unterstützt. Eltern sind für das gelingende Aufwachsen ihrer Kinder die weitaus wichtigste Instanz, wie auch der Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Modellvorhaben hervorhebt. Ihre nachhaltige Stärkung und Unterstützung ist der Königsweg allen präventiven Handelns. Und es geht dabei primär darum, was Institutionen wie Kita und Schule für die Eltern tun können, nicht umgekehrt. Von der Schwangerenberatung über die Unterstützung in der Geburtsklinik oder von (Familien-) Hebammen, Babyclubs und Elterncafés bis hin zu Erziehungsberatungsstellen, den „Hilfen zur Erziehung“ und Bildungs- und Erziehungspartnerschaften muss ein lückenloses Netz elternstärkender Maßnahmen geschaffen werden. Und es ist darauf zu achten, dass diese Angebote die besonders ins Auge gefassten Zielgruppen auch erreichen. Dies führt unmittelbar zum nächsten Präventionsstandard.



Dritter Präventionsstandard: Aufsuchender Ansatz – Die Angebote zu den Menschen bringen

„Von der Komm- zur Gehstruktur“ ist eine in der sozialen Arbeit viel gebrauchte Leitformel. Gemeint ist damit, dass Hilfs- und Förderangebote eher in Anspruch genommen werden, wenn sie in einem Rahmen angeboten werden, der Kindern und Eltern vertraut ist: die eigene Wohnung, das Wohnquartier, die Kita oder das Familienzentrum, die Schule oder auch die kinderärztliche Praxis. Die Vertrautheit des Ortes wie auch die persönliche Bekanntschaft mit den Fachkräften lässt vor allem jene Eltern, die Institutionen eher reserviert oder angstbesetzt gegenüberstehen, für präventive Beratung aufgeschlossener werden. Das Konzept der Familienzentren in Nordrhein-Westfalen, die neben dem herkömmlichen Kita-Betrieb als Anlauf- und Beratungsstelle für Eltern dienen, speist sich wesentlich aus dieser Einsicht.

Der Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Modellvorhaben betont insbesondere die präventive Bedeutung der Regelinrichtungen wie Kita/Familienzentrum und Schule und verbindet dies mit dem Ansatz einer Stärkung der Elternkompetenz im Sinne der Alltags- und Erziehungsbewältigung. Prozessbegleitung und Begleitforschung betonen somit im Einklang miteinander die enge Verbindung eines elternstärkenden Ansatzes (zweiter Präventionsstandard) mit einem aufsuchenden Ansatz (dritter Präventionsstandard).

In zweierlei Hinsicht muss eine funktionierende Präventionskette aufsuchende Ansätze berücksichtigen:

■ Clearing- und Lotsenfunktion:

Die vertrauten Bezugspersonen und Fachkräfte in den Regeleinrichtungen vermitteln Förder- und Unterstützungsangebote, die dann anderswo durchgeführt werden. So kann die Schule etwa an Einrichtungen der Volkshochschule oder an Erziehungsberatungsstellen weitervermitteln. Die Vermittlungsleistung dient dem Bekanntmachen des jeweiligen Angebots ebenso, wie dem Abbau von Hemmschwellen bei der Inanspruchnahme – ganz einfach, weil Eltern die vermittelnden Fachkräfte kennen und ihrem Rat vertrauen.

■ Platzierung des Angebots in der Regelinrichtung:

In dieser Variante findet das „Fremdangebot“ in der vertrauten Einrichtung selbst statt, zum Beispiel eine Sprechstunde der Erziehungsberatungsstelle im Familienzentrum. Hier gibt es noch viele Möglichkeiten, etwa im Kontext des offenen Ganztags an Grundschulen.

Beide Ansätze müssen in der Präventionskettengestaltung berücksichtigt werden. Dies klingt leichter, als es ist, da die dazu erforderlichen Zeit- und Personalressourcen häufig knapp bemessen sind. Auch lassen sich nicht alle Angebote und Maßnahmen „aufsuchend“ gestalten. Es geht hier mehr um eine Akzentverschiebung.

Aufsuchende Ansätze steigern ihre Wirksamkeit, wenn sie zugleich als Chance zur multiprofessionellen Zusammenarbeit gesehen werden. Ein Beispiel dafür wäre die Kinderärztin oder die Psychologin aus der Erziehungsberatungsstelle, die nicht einfach nur als externe Dienstleisterin die Sprechstunde in der Kita anbietet, sondern als integrierter Bestandteil der Einrichtung wahrgenommen wird. Dies beinhaltet dann natürlich auch den fachlichen Austausch zwischen den Externen und den in der Einrichtung arbeitenden Fachkräften – in diesem Beispiel also zwischen medizinischen Fachkräften und den Erzieherinnen und Erziehern.

Kommunen, die aufsuchende Ansätze intelligent planen und einsetzen, kommen damit auch an „institutionsferne“ Zielgruppen heran. Wie auch der Bericht zur wissenschaftlichen Begleitforschung zum Modellvorhaben betont, erreicht das Gesundheitssystem über die Geburtskliniken, die Vorsorge- und Schuleingangsuntersuchungen sowie die kinder- und jugendärztliche Praxis solche Menschen oft deutlich besser als das Jugendamt. Gelingt es daher, im Gesundheitssystem auch Angebote aus der Kinder- und Jugendhilfe zu vermitteln, kann dadurch die Zugangssteuerung zu deren Hilfs- und Förderangeboten erheblich verbessert werden.



Vierter Präventionsstandard: Ungleiches ungleich behandeln

Wer Prävention im Rahmen öffentlicher Daseinsvorsorge stärken will, muss als erstes lernen, dass es „die“ Kinder gar nicht gibt. In modernen Gesellschaften sorgen die soziale Herkunft, das Wohnquartier, der Bildungsstand der Eltern, deren (Nicht-) Integration in den Arbeitsmarkt, die spezifische Zuwanderungsgeschichte sowie eine Reihe weiterer Einflussfaktoren für „ungleiche Kindheiten“, wie die Kindheitsforscherin Tanja Betz in ihrer gleichnamigen Studie aus dem Jahre 2008 herausarbeitete. Diese ungleichen Lebenslagen lassen die „Normalbiografie“ als eine für alle Bevölkerungsgruppen bindende gesellschaftliche Norm zerfallen. Erforderlich wird eine sozialmilieu- und armutssensible Ausgestaltung von Präventionsketten, ebenso wie eine hohe interkulturelle Kompetenz der Fachkräfte.

Müssen in ungleichen Lebenslagen aufwachsende Kinder daher auch institutionell eine ungleiche Förderung und Unterstützung erhalten? Provokant ist diese Frage, weil sie scheinbar den

für moderne westliche Gesellschaften prägenden Gleichheitsgrundsatz verletzt. Tatsächlich wird dieser Grundsatz aber durch die ungleichen Startchancen ins Leben verletzt, die etwa in Armut aufwachsende Kinder massiv benachteiligen, wie insbesondere auch der Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Modellvorhaben herausstellt. Es ist im Sinne eines Nachteilsausgleichs nur konsequent, diese Kinder intensiver und anders zu fördern als ihre vergleichsweise unbelasteten Altersgenossen. Das kann etwa über bessere Personalschlüssel für Schulen oder Kitas mit vermehrt sozial benachteiligter Klientel erfolgen.

„Ungleiches ungleich behandeln“ orientiert als Präventionsstandard also dahin, Menschen und Einrichtungen je nach biografischer Ausgangs- und Lebenslage passgenau zu fördern, anstatt per Gießkannenprinzip allen die gleichen Förderressourcen zukommen zu lassen. Dies ist armutssensibles Handeln auf Ebene der sozial-räumlichen Planung und Gestaltung.

Fünfter Präventionsstandard: Soziale Inklusion

Eine „ungleiche“ Förderung auf Basis pauschaler Zuschreibungen wie „Brennpunktquartier“ oder „bildungsfernes Sozialmilieu“ führt aber für sich genommen noch nicht zu passgenauen Präventionsangeboten. Da benachteiligte Stadtteile in sich selbst ungleich strukturiert sind, ist armuts-sensibles bzw. sozialinklusives Handeln auch auf Einrichtungsebene von zentraler Bedeutung.

- So mag es in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander eine städtische Kita geben, welche quasi die Last des Sozialraums trägt, und daneben die Einrichtung eines Freien Trägers, die selbst in diesem Sozialraum noch eher eine Mittelschichtklientel bedient.
- Das Schlagwort „Bildungsferne“ brandmarkt ganze Bevölkerungsgruppen als defizitär, ohne zugleich die mangelnde interkulturelle Kompetenz von Bildungseinrichtungen zu thematisieren, durch die entsprechende Bevölkerungsgruppen ferngehalten werden.

Mit dem Ansatz der „institutionellen Diskriminierung“ untersuchten Frank-Olaf Radtke

und Mechthild Gomolla in ihrer gleichnamigen Studie aus dem Jahr 2002, wie Institutionen selbst so etwas wie „Bildungsferne“ herstellen – und wie dem entgegengewirkt werden kann. Auch die Begleitforschung zum Modellvorhaben analysiert solche Prozesse.

Aus Sicht der Gestaltung kommunal koordinierter Präventionsketten folgt aus diesem Ansatz, nicht einseitig die Menschen „fit“ für die Institutionen machen zu wollen – etwa ein „schulfähiges Kind“ zu erschaffen. Vielmehr bedarf es eines Perspektivwechsels, so dass die Institutionen kindgerecht gestaltet und für Ungleichheit sensibilisiert werden. In unserem Beispiel wäre also die Schule „kindfähig“ zu machen. Diese Orientierung wird im Fachdiskurs als „soziale Inklusion“ bezeichnet. Eng verbunden ist damit das Gestaltungsziel, Kinder unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichen (Lern-) Ausgangslagen möglichst lange gemeinsam zu fördern, anstatt sie aufgrund von Beeinträchtigungen oder eines diagnostizierten Kompetenzdefizits in darauf spezialisierten Sondereinrichtungen zu platzieren.

Sechster Präventionsstandard: (Bildungs-) Übergänge fließend gestalten

Heute noch Kindergartenkind, morgen schon Schulkind – das Denken in Stichtagen prägt das Bildungssystem insbesondere bei den institutionellen Übergängen noch immer in hohem Maße. Gerade „benachteiligte“ und „verletzliche“ Kinder drohen an diesen (bildungs-) biografisch Schnittstellen den Anschluss zu verlieren.

Übergänge sollten daher fließend gestaltet werden. Was im Kita-Bereich als „Eingewöhnungsmodell“ bewährte Praxis ist, muss auch im Übergang in die Grundschule, in die weiterführende Schule und von der Schule in die Ausbildung gestaltet werden. Kinder und Jugendliche müssen in die neue Welt hinein begleitet werden, was auf verschiedene Weise erfolgen kann: zum Beispiel in Form von „Schnuppertagen“ von Kita-Kindern in der Grundschule, durch Patenmodelle zwischen den Neuen und jenen

Schulkindern, die bereits mit der Einrichtung vertraut sind, oder auch mithilfe einer intensiven Zusammenarbeit der Lehr- und Fachkräfte mit Eltern, vor allem für jüngere Kinder. Jugendliche werden bereits heute durch Betriebspraktika und andere Maßnahmen im Rahmen des neuen Übergangssystems „Kein Abschluss ohne Anschluss“ an Ausbildung und Beruf herangeführt. Auch freiwilliges Engagement, wie im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes oder des Freiwilligen Sozialen Jahres, kann Jugendliche auf ihrem Weg ins Erwachsenwerden unterstützen und ihren Horizont erweitern, ebenso wie der Internationale Schüleraustausch oder der Europäische Freiwilligendienst. Gerade das Beispiel des freiwilligen Engagements zeigt aber, wie wichtig es ist, dass auch Jugendliche mit Übergangsschwierigkeiten solche Angebote verstärkt annehmen.

Siebter Präventionsstandard: Multiprofessionelle Zusammenarbeit

Die Umsetzung der bislang genannten sechs Präventionsstandards macht in ihrer Kombination die Qualität einer Präventionskette aus. Sie alle aber teilen als grundlegende Voraussetzung die inhaltlich-konzeptionelle Zusammenarbeit der Fachkräfte aus den unterschiedlichen, an der Präventionskette beteiligten Einrichtungen und Institutionen. Diese gelingt in der Praxis oftmals nur schwer, da man verschiedene Fachsprachen benutzt und unterschiedlichen institutionellen Aufträgen nachkommen muss. Es geht dabei immer um dieselben Kinder, dieselben Jugendlichen und dieselben Eltern.

Weithin ist die Zusammenarbeit der Fachkräfte derzeit noch „additiver“ Natur. Man optimiert die unbedingt nötigen „Schnittstellen“ und verlässt sich nach Möglichkeit auf Aktenführung als Dokumentation der eigenen Arbeit mit Kindern oder Eltern. Die direkte Kommunikation zwischen den Professionen, Einrichtungen und Fachdiensten wird oft als mühsam beschrieben, Probleme der wechselseitigen Erreichbarkeit und das Beharren auf der je eigenen Zuständigkeit prägen das Bild.

Präventionsstandard ist aber nicht diese additive, auf Schnittstellenoptimierung und Falldenken bezogene Arbeitsteilung, sondern das „integrative“, am Kind orientierte Zusammenwirken der Fachkräfte. Nicht nur auf der Steuerungs- und Planungsebene, auch und gerade in und zwischen den direkt mit der

„Klientel“ arbeitenden Einrichtungen, kann erst durch diesen gemeinsamen Blick auf die gesamte Lebenswirklichkeit – des Kindes, der Familie, der Zielgruppe, im Quartier - eine echte multiprofessionelle Zusammenarbeit entstehen. Räumliche Nähe ist dafür günstig, aber nicht ausschlaggebend – man kann auch in der Ganztagschule oder im Familienzentrum trefflich nebeneinander her arbeiten und sich lediglich „additiv“ austauschen. In der Präventionskette muss dieser Zustand beendet werden. Gemeinsame Fortbildungen, breit getragene Fallkonferenzen, gemeinsame pädagogische Tage und vieles mehr können dazu beitragen, dass das Nebeneinander zum Miteinander wird. Der Sinn multiprofessioneller Zusammenarbeit liegt dabei aber keineswegs in ihr selbst, vielmehr ist sie Mittel zum Zweck einer Bildungs- und Erziehungspartnerschaft mit Eltern und Familien sowie einer konzeptionell gut abgestimmten, passgenauen Unterstützung der Kinder und Jugendlichen.

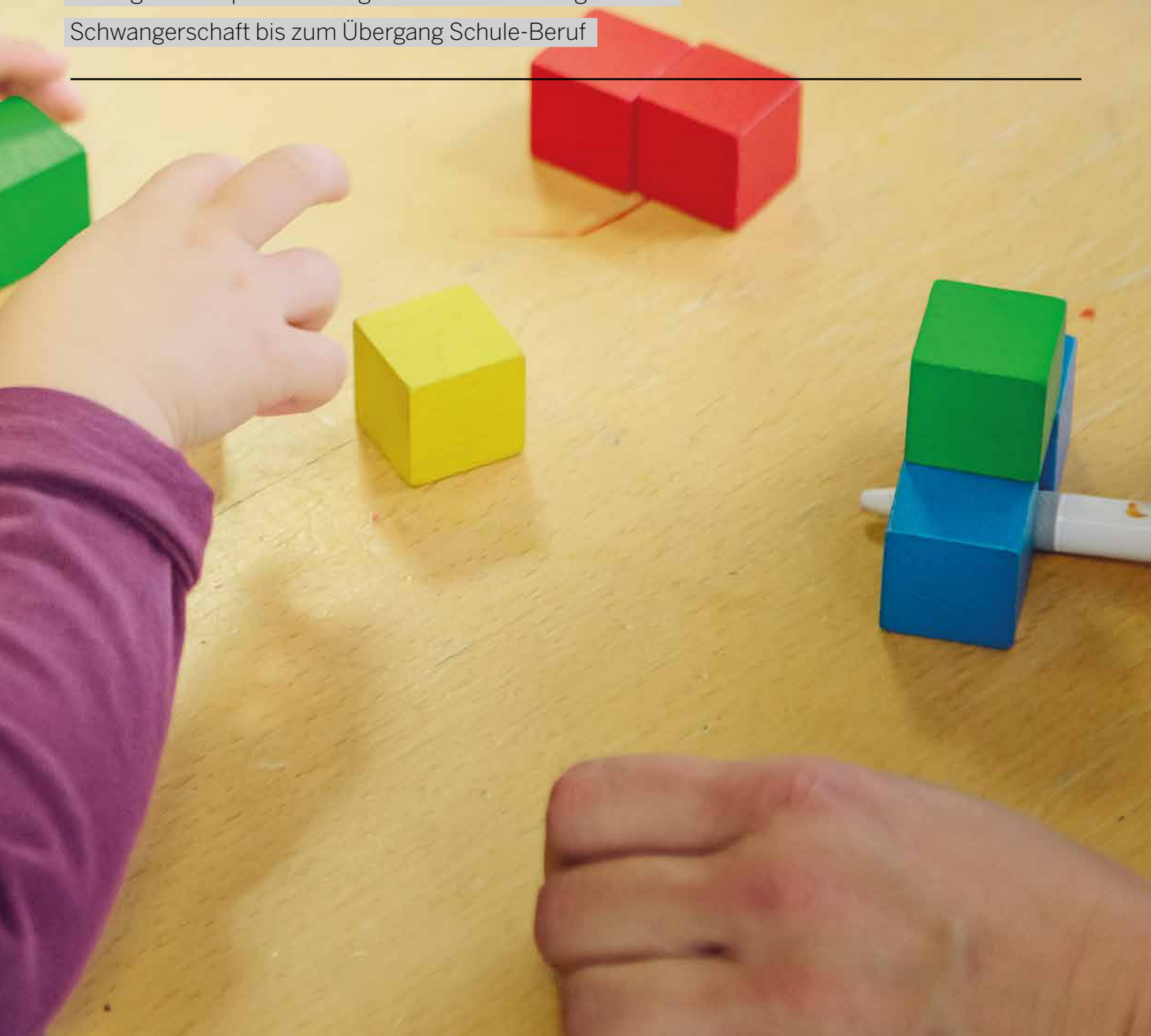
In einer weitgefassten Perspektive kann diese multiprofessionelle Zusammenarbeit dann zu sogenannten Produktionsnetzwerken führen, also zur Gestaltung von Leistungen aus einer Hand – ungeachtet der Vielzahl daran beteiligter Leistungsträger, Einrichtungen und Fachkräfte unterschiedlichster Profession. Und in genau diese Richtung müssen sich Präventionsketten auch entwickeln.





TEIL C: PRÄVENTION UMSETZEN

Gelungene Beispiele vorbeugender Unterstützung von der Schwangerschaft bis zum Übergang Schule-Beruf



Wie könnte eine kommunale Präventionskette konkret aussehen? Die Landeskoordinierungsstelle hat innovative, vorbildliche Praxisbeispiele aus den Modellkommunen gesammelt, die Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen in ihrem gelingenden Aufwachsen unterstützen. Die einzelnen Angebote bilden die erfolgreichen Glieder einer Präventionskette, wie sie in allen Kommunen etabliert werden sollen, um kein Kind zurückzulassen.

Damit alle Kinder und Jugendlichen ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Leben führen können, benötigen auch alle dieselben Chancen auf gute

- Bindung und soziale Einbindung,
- Bildung und Lebensbildung,
- Gesellschaftliche Teilhabe und Lebensqualität.

Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Modellkommunen am Auf- und Ausbau von Präventionsketten. Verschiedene Angebote für alle Altersgruppen bilden die Glieder dieser Kette und sollen gewährleisten, dass Kinder frühzeitige Unterstützung und Förderung erhalten – und das lückenlos von der Schwangerschaft bis zum Eintritt in das Berufsleben.

Eine Präventionskette ist aber nicht vollständig, weil sie alle Altersgruppen erreicht. Sie muss

auch verschiedene Handlungsfelder wie Gesundheit, Kinder- und Jugendhilfe, Bildung und Soziales miteinander verknüpfen.

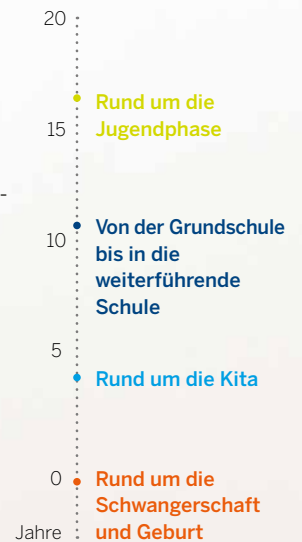
Sinnvoll sind Angebote, wenn sie die benannten und ausgeführten allgemeinen Präventionsstandards erfüllen.

Die Landeskoordinierungsstelle orientiert sich bei der Typologisierung präventiver Angebote an folgenden Altersphasen, die zugleich die zentralen Bausteine einer Präventionskette bilden:

- Rund um die Schwangerschaft und Geburt
- Rund um die Kita
- Von der Grundschule bis in die weiterführende Schule
- Rund um die Jugendphase

Die im Folgenden ausgewählten Praxisbeispiele bilden nur einen Ausschnitt der zahlreichen Praxisansätze, die mitunter im Rahmen des Modellvorhabens von den Kommunen entwickelt und erprobt worden sind. Weitere Beispiele guter Praxis bieten die Publikationen der Landeskoordinierungsstelle und die Praxisdatenbank auf der Homepage des Landesmodellvorhabens.

<https://www.kein-kind-zuruecklassen.de/publikationen.html>



RUND UM DIE JUGENDPHASE

- Wuppertal: **Beteiligungsprojekte**
- Gladbeck: **Jugendrat**
- Hamm: **Bildungsbegleitung**
- Arnsberg: **Leitfaden Berufsorientierung als Ergebnis des Prozesses Generation Zukunft Arnsberg**

VON DER GRUNDSCHULE BIS IN DIE WEITERFÜHRENDE SCHULE

- Hamm: **Bildungsbegleitung**
- Gelsenkirchen: **Gelsenkirchener Elterncafés**
- Dormagen: **Übergangsortner GS-WS**
- Kommunen im Kreis Unna: **Ü2-Protokoll**
- Witten: **Meine Schatzkiste – Portfolioverfahren**

RUND UM DIE KITA

- Düsseldorf: **Kita-Eingangsuntersuchung**
- Dortmund: **Kinderstuben**
- Mönchengladbach: **HOME – Hilfe und Orientierung für Mönchengladbacher Eltern**
- Münster: **Einsatz von Sprach- und Kulturmittlerinnen**
- Kreis Warendorf: **Übergangsmanagement II**
- Kommunen im Kreis Unna: **Übergangsprotokoll 1**

RUND UM DIE SCHWANGERSCHAFT UND GEBURT

- Moers: **Screeningverfahren in Geburtskliniken**
- Kommunen im Kreis Unna: **FamoS – Familienorientierter Start**
- Gelsenkirchen: **Willkommensbesuch**
- Gelsenkirchen: **Familienbüro**
- Kreis Warendorf: **Café Kinderwagen**
- Oberhausen: **achtung – Entwicklungsförderung und Bindungsaufbau**

6. RUND UM DIE SCHWANGERSCHAFT UND GEBURT

SCREENINGVERFAHREN FÜR NEUGEBORENE

In der Stadt Moers können Familien von Anfang an Hilfe erhalten. Im Rahmen des Verbundvorhabens „KinderZUKUNFT NRW“ ermitteln Fachkräfte in den beiden städtischen Geburtskliniken anhand eines Fragenkatalogs, ob bei Neugeborenen und deren Familien gesundheitlicher oder psychosozialer Unterstützungsbedarf besteht. Dieses Screening umfasst verschiedene Themen, so zum Beispiel den Gesundheitszustand von Vater, Mutter und Kind oder auch potentielle Überforderungen der Eltern.

Auch das Erleben der Schwangerschaft spielt eine Rolle. Benötigen die Eltern Unterstützung, kann auf ein großes Netzwerk an Einrichtungen zurückgegriffen werden. So wird für jede Familie ein passgenaues Angebot ermittelt. Der Datenschutz spielt beim Screening eine wichtige Rolle. Jeder Fall wird mit einem Vier-Augen-Prinzip überprüft. Aufgrund der kurzen Verweildauer der Mütter im Krankenhaus ist das System computergestützt. Nach der Einwilligung der Familie zur Teilnahme wird der Name automatisch in eine Fallnummer umgewandelt – eine Rückverfolgung ist dabei nicht möglich. Der große Vorzug des Angebots ist die Freiwilligkeit. Niemand muss am Screening teilnehmen. Die persönliche Ansprache der Eltern schafft ein Vertrauensverhältnis zwischen ihnen und den Krankenschwestern und -pflegern, den Hebammen und den Ärztinnen und Ärzten. Der Ansatz hat Erfolg: Mehr als 95% der Eltern sind bereit, sich mit den Fachkräften in der Klinik auszutauschen.

MOERS

104.009
EINWOHNER,
15.940 UNTER
18 JAHREN

DAS IST BESONDERS GUT!

Moers

Aufsuchender Ansatz – Die Angebote zu den Menschen bringen.

Eltern stärken – Kinder stärken

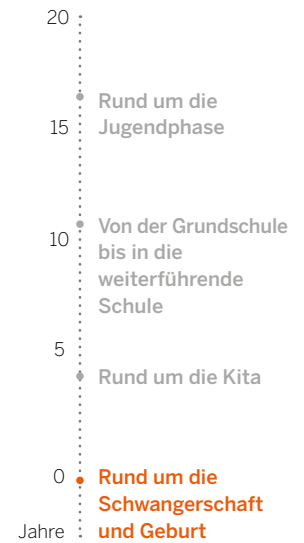
- Unkomplizierte Kontaktaufnahme zu jungen Eltern in der Geburtsklinik
- Unterstützung durch ein großes lokales Netzwerk
- Frühzeitiges Erkennen von psychosozialen und gesundheitlichen Belastungs- und Risikofaktoren
- Prävention vor Gefährdungen durch schnelle Vermittlung von Hilfe

FAMILIENORIENTIERTER START (FamoS)

Familien eine frühzeitige und kostenlose Beratung durch eine Familienhebamme ermöglichen – daran arbeitet das Netzwerk Frühe Hilfen/Kinderschutz zusammen mit dem Katharinen-Hospital Unna, dem Lebenszentrum Königsborn und den Jugendämtern der Städte Bergkamen und Kamen, der Kreisstadt Unna und des Kreises Unna.

Die Familienhebamme informiert junge Familien noch in der Geburtsklinik über Unterstützungsangebote aus den Bereichen Gesundheit, Kinder- und Jugendhilfe sowie Soziales. Im Bedarfsfall vermittelt sie die Familien direkt in passende Hilfen. Außerdem erfasst sie die Fallzahlen, den Wohnort der Familien sowie die Vermittlung von Hilfen in einem halbjährlichen Sachbericht an die Kooperationspartner. Um zu prüfen, ob diese Vermittlungen auch nachhaltig wirken, werden mindestens einmal im Jahr Auswertungsgespräche zwischen den Initiatoren des Angebots geführt. Das sind: die Geburtsklinik, die Hebamme, die die Besuche macht, die Elternschule des Katharinen-Hospitals, das sozialpädiatrische Zentrum, die Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle und die Fachkräfte der beteiligten Jugendämter. Im Jahr 2015 haben von 977 Geburten insgesamt 774 Wöchnerinnen eine Beratung in Anspruch genommen, was einer Erreichungsquote von

etwa 80% entspricht. Darüber hinaus wurden 249 Schwangere bereits vor der Entbindung beraten.



DAS IST BESONDERS GUT!

Kommunen im Kreis Unna

Aufsuchender Ansatz – Die Angebote zu den Menschen bringen.

Eltern stärken – Kinder stärken

- Niederschwellige Kontaktaufnahme zu jungen Familien vor und nach der Geburt in der Geburtsklinik
- Unterstützung durch ein großes lokales Netzwerk
- Frühzeitiges Erkennen von Belastungsfaktoren und Beratungsbedarf
- Gleichbehandlung aller Eltern



BEGRÜSSUNGSHAUS- BESUCHE BEI FAMILIEN MIT NEUGEBORENE

Das Team Familienförderung/Familienbildung besucht seit 2005 alle Eltern zur Geburt ihres ersten Kindes. In der Regel findet der Besuch zwischen einer und acht Wochen nach der Geburt statt.

Familien werden so in einer sehr frühen Phase der Elternschaft erreicht. In den Hausbesuchen steht das persönliche Gespräch im Vordergrund: Eltern bekommen die Gelegenheit, alle Themen anzusprechen, die sie beschäftigen – seien es Fragen nach einem Betreuungsplatz, nach Krabbelgruppen oder der richtigen Ernährung eines Säuglings. Darüber hinaus erhalten die Eltern eine Begrüßungstasche, die neben wichtigen Informationen wie etwa dem „Gelsenkirchener Informationsbuch“ oder dem Terminkalender „Knirps, Fratz & Co.“ noch ein kleines Geschenk für das Baby enthält.

Mit dem Angebot werden jährlich über 80% aller Eltern zur Geburt ihres ersten Kindes erreicht. Ziel dieses Gespräches ist es, die

jungen Familien dazu zu motivieren, an Familienbildungsangeboten im nahen Umfeld teilzunehmen und die Familienförderung auch zukünftig bei Fragen als Ansprechpartner zu kontaktieren. Das gelingt zunehmend gut – zum Vergleich: 2008 wurden 69 Elternangebote in den Stadtteilen installiert. Ein Drittel aller besuchten Eltern nahm im Anschluss an den Begrüßungsbesuch ein solches Angebot wahr. Im Jahr 2015 wurden aufgrund steigender Nachfrage bereits 269 Kurse angeboten, mit denen mehr als 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht wurden.

GELSEN-
KIRCHEN

258.766
EINWOHNER,
42.660 UNTER
18 JAHREN

DAS IST BESONDERS GUT!

Gelsenkirchen

Aufsuchender Ansatz – Die Angebote zu den Menschen bringen

Eltern stärken – Kinder stärken

- Breiter, stigmatisierungsfreier Zugang zu allen Familien
- Einbettung der Hausbesuche in das Präventionsnetzwerk Familienförderung/Familienbildung
- Frühzeitige Information für Eltern zur Geburt des ersten Kindes im Rahmen eines persönlichen Gesprächs
- Frühzeitige Vermittlung in weitere präventive Hilfen und Angebote der Familienbildung, um Entwicklungsrisiken bei Kindern zu vermeiden



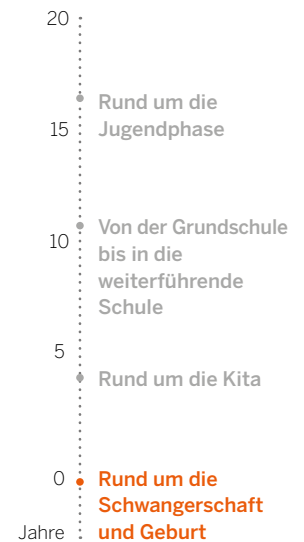


ZENTRALE ANLAUFSTELLE FÜR FAMILIEN MIT BABYS UND KLEINKINDERN

Das Team Familienförderung/Familienbildung betreibt seit August 2014 eine zentrale Anlaufstelle für Familien mit Kindern von null bis sechs Jahren als Ergänzung der kommunalen Präventionskette. Ziel ist es, einen weiteren bedarfsgerechten Zugangsweg zu Eltern in der frühen Familienphase zu schaffen.

Unter dem Titel: Familienbüro (Info, Treff und Angebote) können Eltern täglich von 9 bis 17 Uhr und donnerstags bis 18 Uhr die Einrichtung mit ihren Kindern kostenfrei aufsuchen.

Serviceleistungen sind: Infocounter zu allen Fragen in der ersten Familienphase, Baby- und Kleinkinderspielfläche zur freien Nutzung, die das gegenseitige Kennenlernen stärken sollen, eine Kaffeebar, ein Still- und Wickelraum, eine Babyfütterecke, ein Kursraum mit attraktiven Krabbelgruppen, Elternkurse, Ernährungs- und Bewegungsangebote sowie saisonale Veranstaltungen zu Karneval, Weihnachten und vieles mehr. Am Samstag gibt es die Möglichkeit, von 10 bis 14 Uhr Kinder ab drei Jahren in dem gegenüber dem Rathaus zentral in der Gelsenkirchener Innenstadt gelegenen Familienbüro stundenweise betreuen zu lassen, während Eltern etwas erledigen oder sich eine kleine Auszeit nehmen. Die Aufnahmekapazität liegt bei bis zu zwölf Kindern mit Voranmeldung oder auch spontan, solange die Kapazitäten nicht ausgeschöpft sind. Zum Start 2014 kontaktierten monatlich 540 Eltern die Einrichtung. 2015 waren es 635 Eltern und seit Anfang 2016 sind es 1000 Elternkontakte pro Monat. Seit September 2015 nehmen durchschnittlich vierzig bis fünfzig Flüchtlingsfamilien monatlich das



DAS IST BESONDERS GUT!

Gelsenkirchen

Soziale Inklusion

Eltern stärken – Kinder stärken

- Zeitgemäßer Zugang (ansprechendes Ambiente contra Behördenambiente)
- Einbettung der Anlaufstelle in das Präventionsnetzwerk Familienförderung/Familienbildung sowie Netzwerk Frühe Hilfen und Kinderschutz
- Frühzeitige Informationen für Eltern rund um die Familienphase mit Kindern im Alter von null bis sechs Jahren
- Frühzeitige Vermittlung in weitere präventive Hilfen und Angebote der Familienbildung, um Entwicklungsrisiken bei Kindern zu vermeiden und Entwicklungschancen gezielt zu fördern
- Motivierende Ansprache der Eltern

Angebot wahr, um deutsche Eltern kennen zu lernen. Hier können ihre Kinder miteinander spielen und krabbeln, sie können erste Angebote nutzen und Einrichtungsregeln lernen, bevor das Kind einen Kita-Platz hat.

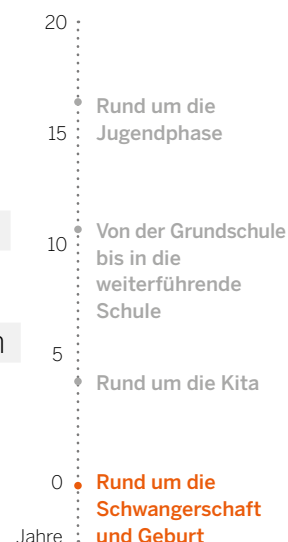


CAFÉ KINDERWAGEN

Das Café „Kinderwagen“ richtet sich an alle werdenden Eltern und Familien mit Kleinkindern. Zu den insgesamt 15 Standorten kommen wöchentlich rund 400 Eltern, um sich auszutauschen oder vom anwesenden Fachpersonal Tipps zu den Themen Gesundheit oder Ernährung zu erhalten. Dafür stehen in jedem Café eine Hebamme und eine pädagogische Fachkraft mit Rat und Tat zur Seite.

Leitziel ist die frühe Förderung der Kinder und der elterlichen Kompetenzen in einem entspannten Umfeld.

Das Konzept des Café Kinderwagen wird von einem trägerübergreifenden, kreisweiten Netzwerk unterstützt und ermöglicht schnellen und unkomplizierten Zugang zu Hilfen und Unterstützungsangeboten. Als Initiator der Maßnahme kooperiert das Amt für Kinder, Jugendliche und Familie des Kreises Warendorf mit folgenden Partnern: Hebammen, Schwangerschaftsberatung, Kindertageseinrichtungen, Familienzentren, Gesundheitsamt und Frühförderstelle, Familienbildungsstätte, Allgemeiner Sozialer Dienst, Migrationsdienst, Erziehungsberatung, Kurberatung und dem Qualitätszirkel der Kinderärzte im Kreis Warendorf. Die Cafés erreichen auch schwer erreichbare Zielgruppen wie Flüchtlingsfamilien, die die intensivere Beratung und Begleitung im Café Kinderwagen gern in Anspruch nehmen.



DAS IST BESONDERS GUT!

Kreis Warendorf

Soziale Inklusion

Aufsuchender Ansatz – Die Angebote zu den Menschen bringen

Eltern stärken – Kinder stärken

Beteiligungsorientierung – Die Menschen mitnehmen

- Trägerübergreifendes Netzwerkprodukt
- Vertrauensvoller Zugang zu schwer erreichbaren Familien
- Vermittlung zu weitergehenden Beratungsangeboten/ Frühe Hilfen
- Vermittlung von Handlungssicherheit und Wissen für Eltern (Empowerment)

„achtung“ – KINDER VON ANFANG AN BEGLEITEN

OBERHAUSEN

210.216
EINWOHNER,
32.990 UNTER
18 JAHREN

Das von der Stadt Oberhausen angebotene Programm „achtung“ dient der Entwicklungsförderung von Kindern im Alter von null bis drei Jahren und dem Bindungsaufbau zwischen Eltern und ihren Kindern. Das Programm stärkt Mütter und Väter in ihrer Elternrolle und macht sie sensibel für die Entwicklungsschritte ihrer Kinder.

Die Säuglinge und kleinen Kinder werden in ihrer sozialen und emotionalen Entwicklung gefördert. Das Programm erreicht unterschiedliche Elterngruppen. Unter anderem auch solche, die die Bedürfnisse ihrer Kinder nicht sehen und verstehen, weil sie selbst keine positiven Bindungserfahrungen gemacht haben und ihnen die Vorbilder fehlen. Das Angebot ist niederschwellig, weil vertraute Bezugspersonen wie Hebammen sowie Familienbegleiter und Familienbegleiterinnen den Eltern „achtung“ vorstellen und eine Teilnahme vorschlagen.

Material und Programm von „achtung“ vermitteln kein starres Regelwerk. Mithilfe von Aktivitätenkarten erhalten die Eltern vielmehr Anregungen, die über Bilder und konkrete Beispiele zeigen, wie sie ihr Kind im Alltag fördern können. Die ansprechend gestalteten Materialien bieten eine Übersicht über wichtige Entwicklungsschritte, die Kinder im Alter zwischen null und drei Jahren durchlaufen. Anhand der sieben Kategorien „Vor der Geburt“, „Sich näher kommen“, „Miteinander spielen“, „Selbstbewusstsein stärken“, „Miteinander reden“, „Gefühle entwickeln sich“ und „Gemeinsam erleben“ werden Eltern auf die emotionalen, sozialen und kommunikativen Fähigkeiten und Bedürfnisse ihrer Kinder aufmerksam gemacht. Die Nutzung der Karten wird unter pädagogischer Begleitung in Gruppen- oder Einzelgesprächen mit den Familien erprobt. Eltern machen praktische Erfahrungen, die sie dazu befähigen, eine positive Haltung gegenüber ihrem Kind zu entwickeln. Sie merken, was sie als Eltern gut können. „achtung“ wurde

auf Initiative der Stadt Oberhausen entwickelt, ist jedoch ein Kooperationsangebot, an dem inzwischen viele Institutionen und Träger der Stadt mitwirken.

DAS IST BESONDERS GUT!

Oberhausen

Eltern stärken – Kinder stärken

- Niederschwelliges und ressourcenorientiertes Angebot für Familien
- Eltern und Kinder machen Erfahrungen über das direkte gemeinsame Erleben
- Individuelle Einsatzmöglichkeiten für Familien und Institutionen
- Stadtweit sozialräumlich angelegt



7. RUND UM DIE KITA

KITA- EINGANGSUNTERSUCHUNG

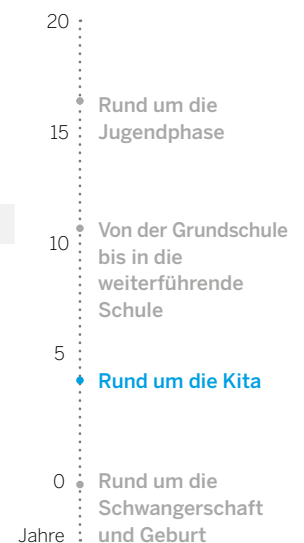
Mit der Kita-Eingangsuntersuchung kann sehr frühzeitig der Entwicklungsstand von Kindern sichtbar gemacht und durch gezielte Förderung verbessert werden.

Alle Kinder, die neu in die Kita kommen, werden ärztlich untersucht und nehmen an einem Entwicklungsscreening teil. Durchgeführt wird das Screening von einer Kinderärztin des Gesundheitsamtes. Bei dem Check sind die Eltern, die Präventionsmanagerin des Stadtteils und möglichst auch die zuständige Kita-Fachkraft dabei. Eine Kinderkrankenschwester des Gesundheitsamtes testet Seh- und Hörvermögen und berät die Eltern zum Impfstatus. Neben der Ermittlung von Größe und Gewicht werden Sprache, Grobmotorik, visuelle Wahrnehmung und Auge-Hand-Koordination getestet. Die zu lösenden Aufgaben sind altersgerecht und orientieren sich an standardisierten Entwicklungstests. Neben dem körperlichen Befund wird auch die Konzentration, Aufmerksamkeitsfähigkeit und emotionale Stabilität untersucht. In einem Gespräch geben die Eltern darüber hinaus Auskunft zur Sprachfähigkeit in der Muttersprache, zum Befinden des Kindes und den Befunden der letzten ärztlichen Untersuchungen.

Von der Kita-Eingangsuntersuchung profitieren alle Beteiligten. Die Kinder werden individuell gefördert. Je nach Bedarf können die Erzieherinnen und Erzieher dann Unterstützung anbieten und die Präventionsmanagerin kann für die Familien weitere passende Angebote im Sozialraum suchen.

Eltern und Fachkräfte tauschen sich nicht nur über den Gesundheits- und Entwicklungsstand des Kindes aus, sondern können auf diese Weise auch weitergehende, vielleicht „heikle“ Themen ansprechen. So bietet die Eingangsuntersuchung viele Ansatzpunkte, um gelingendes Aufwachsen zu befördern.

Die Stadt Düsseldorf führte die Kita-Eingangsuntersuchung erstmals 2012 als Modellprojekt im Stadtteil Hassels durch. Da sich das Konzept bewährt hat, wird es nun schrittweise auf weitere Sozialräume mit erhöhtem Präventionsbedarf ausgeweitet.



DÜSSELDORF

597.102
EINWOHNER,
92.050 UNTER
18 JAHREN

DAS IST BESONDERS GUT!

Düsseldorf

Beteiligungsorientierung – Die Menschen mitnehmen

Aufsuchender Ansatz – Die Angebote zu den Menschen bringen

Ungleiches ungleich behandeln

- Kostenloses Angebot vor Ort in der Kita
- Basis für gezielte, individuelle Unterstützung des Kindes
- Verzahnung mit Angeboten im Stadtteil
- Vertrauensvolle Zusammenarbeit von Öffentlichem Gesundheitsdienst, (sozial-) pädagogischem Bereich und Eltern





KINDERSTUBEN

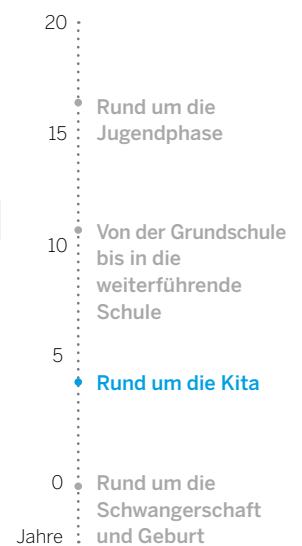
Die Dortmunder Kinderstuben sind ein Betreuungsangebot für Kinder im Quartier, die noch auf einen Kita-Platz warten. Das Angebot ist niederschwellig, weil die Kinderstuben wohnortnah in extra eingerichteten Wohnungen, Büros oder Ladenlokalen des Quartiers untergebracht sind.

In jeder Kinderstube sind jeweils drei Tagesmütter tätig, mindestens eine von ihnen ist eine pädagogisch vorgebildete Kraft. Gemeinsam kümmern sie sich um maximal neun Kinder. Die Kinderstuben sind formal Großtagespflegestellen und in öffentlicher oder freier Trägerschaft. Die Tagesmütter sind selbständig tätig, werden aber finanziell vom Jugendamt der Stadt unterstützt.

Als Komplementärangebot zu den Kindertageseinrichtungen ermöglichen es die Kinderstuben, über die Betreuung in kleinen Gruppen und die regelmäßige Einbindung der Eltern auch bislang eher schlecht erreichte Familien in andere integrierte Unterstützungsleistungen des lokalen Präventionsnetzwerks zu vermitteln. Die Förderung der Sprach- und Sozialkompetenz hilft, vor dem Übergang in Kindertageseinrichtungen ungleiche Startchancen abzubauen. Außerdem wird großer Wert auf eine gesunde Ernährung, viel Bewegung sowie einen interessanten und strukturierten Tagesablauf gelegt. Nachmittags werden die Eltern regelmäßig eingeladen. Es werden Gesundheits- und Erziehungsfragen besprochen und gemeinsame Ausflüge organisiert. Dies stärkt das Vertrauensverhältnis zu den Tagesmüttern, was besonders wichtig ist,

denn oft bestehen Vorbehalte gegenüber staatlichen Unterstützungssystemen.

Die Kinderstuben wurden wissenschaftlich durch die Fachhochschule Dortmund evaluiert. Durch die enge Einbindung der Familien bestehen aus wissenschaftlicher Sicht optimale Rahmenbedingungen, um Kinder nachhaltig zu unterstützen. Die Kitas melden zurück, dass der Sprachstand und das Sozialverhalten der Kinder, die zuvor eine Kinderstube besucht haben, sehr positiv zu bewerten ist.



DORTMUND
571.143
EINWOHNER,
89.680 UNTER
18 JAHREN

DAS IST BESONDERS GUT!

Dortmund Soziale Inklusion

- Sozialräumliches und niederschwelliges Angebot
- Betreuung in Kleingruppen
- Regelmäßige Einbindung der Eltern
- Einbindung in lokales Präventionsnetzwerk

HOME - HILFE UND ORIENTIERUNG FÜR MÖNCHENGLADBACHER ELTERN

Die Angebote zu den Menschen bringen und die Eltern und Kinder stärken.

Das sind die zwei Hauptsäulen des sogenannten aufsuchenden Ansatzes.

Das HOME-Projekt verknüpft diese beiden Ebenen, denn die Sozialarbeiterinnen im Projekt – die sogenannten HOME-Partnerinnen – bringen die Hilfe zu den Familien.

MÖNCHEN-
GLADBACH

255.188
EINWOHNER,
42.060 UNTER
18 JAHREN

In Stadtteilen mit vielen sozial belasteten Familien stehen die HOME-Partnerinnen und -Partner zu den Bring- und Abholzeiten in den Foyers von ausgewählten Kindertagesstätten, Familienzentren oder Grundschulen. Dort kommen sie mit Familien ins Gespräch, bieten Beratung an und suchen mit ihnen nach passenden Unterstützungsangeboten. Ziel ist es, die Erziehungskompetenzen der Eltern zu fördern und darüber die Kinder zu stärken. Deshalb bieten die HOME-Partnerinnen auch an ausgewählten Grundschulen ihre Unterstützung an – etwa durch eine Beratung zum Zusammenhang von schulischer Bildung und Lebenszufriedenheit im Erwachsenenalter. Sie soll Eltern motivieren, ihre Kinder spielerisch zu fördern und ihre Freude am Lernen zu wecken. Dadurch helfen sie mit, die Bildungsteilhabe ihrer Kinder zu verbessern.

DAS IST BESONDERS GUT!

Mönchengladbach

Aufsuchender Ansatz – Die Angebote zu den Menschen bringen

Eltern stärken – Kinder stärken

- Anbindung von Familienangeboten an Kitas und Grundschulen
- Kooperation verschiedener Träger und Institutionen
- Individuelle Erstberatung und Kontakthanbahnung zu Einzelfallhilfen
- Geprüfte Zielerreichung und Wirkung durch externe Evaluation





EINSATZ VON SPRACH- UND KULTURMITTLERINNEN IN KITAS

Seit Herbst 2015 unterstützen Sprach- und Kulturmittlerinnen Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen und Eltern mit Migrationsvorgeschichte sowie Flüchtlingsfamilien. Ziel der Gespräche in der Kita ist es, sprachliche, kulturelle oder religiöse Unterschiede aufzugreifen, Missverständnissen vorzubeugen und Vorurteile abzubauen.

Dadurch soll eine gute und partnerschaftliche Zusammenarbeit von Kita-Fachkräften und Eltern entstehen, von der insbesondere die Kinder in der Betreuung profitieren können. Die Grundlagen der Qualifizierung wurden vom Haus der Familie Münster, Katholisches Bildungsforum im Stadtdekanat Münster e.V., in einem „Transkulturellen und interreligiösen Lernhaus für Frauen“ erarbeitet. Kernpunkte der umfangreichen Schulung waren etwa interkulturelle Konflikte und Konfliktstrategi-

en, kulturelle und religiöse Einstellungen und Gebräuche sowie das Erlernen grundlegender Beratungs- und Kommunikationskompetenzen. Die so geschulten Sprach- und Kulturmittlerinnen wurden anschließend gemeinsam vom Amt für Kinder, Jugendliche und Familien und dem Haus der Familie aus Mitteln des Landesmodellprojekts „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ für ihren Einsatz in Kitas weiter qualifiziert. Die Themenschwerpunkte in der vertiefenden Qualifizierung beziehen



sich speziell auf die Kita: der Vergleich der Kinderbetreuung im Herkunftsland mit dem deutschen System, Inhalte der Kita-Arbeit in Deutschland, rechtliche und organisatorische Fragen rund um die Kita, Inklusion, Helfersysteme rund um den Kitabereich sowie der Kita- und Gesprächsalltag der Erzieherinnen. Die 17 Frauen sprechen deutsch und mindestens eine weitere Sprache, darunter arabisch, persisch, afrikanische Sprachen und Dialekte, russisch, polnisch sowie französisch und englisch. Weil

sie mit den jeweiligen kulturspezifischen Unterschieden vertraut sind, können sie mithelfen, Missverständnisse zu vermeiden. Die ersten Einsätze zeigen, dass sowohl die Familien als auch die Erzieherinnen von den Vertrauenspersonen profitieren. Der Einsatz der Sprach- und Kulturmittlerinnen in Kitas ist für die Beteiligten kostenlos. Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien der Stadt Münster vermittelt die Fachkräfte und übernimmt die Kosten im Rahmen der Förderung von Präventionsmaßnahmen.

MÜNSTER

300.267
EINWOHNER,
44.908 UNTER
18 JAHREN

DAS IST BESONDERS GUT!

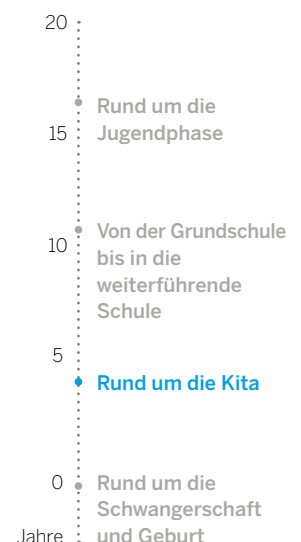
Münster

Eltern stärken – Kinder stärken

Aufsuchender Ansatz – Die Angebote zu den Menschen bringen

Soziale Inklusion

- Niederschwelliger Ansatz des Integrationsangebots in der Kita
- Beratung aus einer Hand durch die Sprach- und Kulturmittlerinnen
- Schaffung von Zugängen zu Familien mit Migrationsvorgeschichte
- Festigung der Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Kita

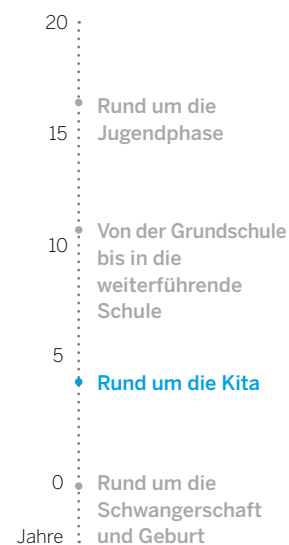


ÜBERGANG KITA-GRUNDSCHULE FÜR KINDER MIT BESONDEREM UNTERSTÜTZUNGSBEDARF

Die Bildungskonferenz im Kreis Warendorf hat ein Rahmen- und Handlungskonzept „Schule-Jugendhilfe“ beschlossen, mit dem Ziel, den Übergang von der Kita in die Grundschule besser zu gestalten. Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf sollen Hilfen aus einer Hand erhalten.

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familie arbeitet mit dem Schulamt zusammen, um bereits vor der Einschulung geeignete Angebote und Maßnahmen für das Kind vorzubereiten, die dann in der Schuleingangsphase genutzt werden können. Dadurch erhalten die Kinder frühzeitige Unterstützung. Förderansätze aus der Kita können ohne Bruch in der Grundschule fortgeführt werden. Die Expertise aus Jugendamt, Schulamt und Gesundheitsamt wird kindbezogen gebündelt. Insgesamt gibt es etwa

60 Förderplätze für Kinder in der Schuleingangsphase. Als Experten für ihr Kind sind die Eltern in den Prozess eingebunden und werden bei Bedarf durch spezielle Elterntrainings und -bildungsangebote, wie z.B. „Starke Eltern – starke Kinder“ oder das „Rendsburger Elterntraining“, in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt. Die Fachkräfte werden durch Workshops und Fachtage zum Thema „gemeinsame Förderplanung“ qualifiziert.



DAS IST BESONDERS GUT!

Kreis Warendorf

(Bildungs-) Übergänge fließend gestalten

Soziale Inklusion

Beteiligungsorientierung – Die Menschen mitnehmen

Eltern stärken – Kinder stärken

Hauptamtliche Netzwerkkoordination

- Professionsübergreifende Entwicklung und Umsetzung des Förderkonzepts
- Individuelle und nachhaltige Förderplanung durch das zielgerichtete Zusammenwirken der beteiligten Institutionen und der Eltern
- Frühzeitiger Ansatz
- Förderung setzt an Stärken und Interessen der Kinder an

Neben der Förderung im schulischen Vormittag gehört auch die Bereitstellung und Durchführung geeigneter individueller und kleingruppenbezogener Angebote durch den OGS-Träger unter dem Maßnahmentitel „Förderplätze Plus“ zum Warendorfer Ansatz. Damit erfolgt eine gezielte Förderung sowohl im schulischen Vormittag als auch im Rahmen der Ganztagsbetreuung. Besonders wichtig ist diese Unterstützung für Flüchtlingskinder. Sozial-emotionale und sprachliche Förderung ist vor dem Hintergrund der Kriegs- und Fluchterlebnisse und der Integration ein zentraler Aspekt für einen gelingenden Schulbesuch.

KREIS
WARENDORF

272.623
EINWOHNER,
49.997 UNTER
18 JAHREN





ÜBERGANGSPROTOKOLL 1 ZUM ÜBERGANG IN DIE GRUNDSCHULE

Das sogenannte Ü1-Protokoll. hilft nicht nur den Eltern und Kindern dabei, den Übergang in die Grundschule erfolgreich zu gestalten. Es unterstützt auch die Fachkräfte, die sich ein gutes Bild über den Entwicklungsstand der Jungen und Mädchen machen können. Das Dokument gibt Informationen über den jeweiligen Entwicklungsstand eines Kindes in zehn verschiedenen Bildungsbereichen.

Begonnene Fördermaßnahmen und besondere Interessen und Vorlieben des Kindes finden sich ebenfalls in dem dreiseitigen Dokument. Da das Protokoll regelmäßig von den Kita-Fachkräften ausgefüllt wird, kann die individuelle Entwicklung des Kindes gut nachvollzogen werden.

Dies kann etwa bei Elterngesprächen Impulse geben. Hat das Kind den Übergang von der Kita in die Grundschule gemeistert, sucht die Kita-Fachkraft nach Beginn des neuen Schuljahres ihrerseits die entsprechenden Grundschulen auf und erkundigt sich nach der indi-



viduellen Entwicklung der Schulkinder. Davon profitieren nicht nur die Kinder – der Kontakt stärkt auch die Zusammenarbeit zwischen den Fachkräften in Kitas und Grundschulen.

Das Ü1-Protokoll wird seit 2011 an immer mehr der insgesamt 172 Kitas im Kreis Unna eingesetzt und sorgt als einheitlicher, kreisweiter

Standard für mehr Chancengleichheit. Initiator des Übergangsprotokolls ist das Regionale Bildungsnetzwerk. Seit Anfang des Jahres 2016 werden in allen kreisangehörigen Kommunen Tandems aus Schulleitungen und Mitarbeitenden der Kinder- und Jugendhilfe gebildet. Sie sollen die Nachhaltigkeit in der Arbeit mit dem Ü1-Protokoll sicherstellen.

DAS IST BESONDERS GUT!

Kommunen im Kreis Unna

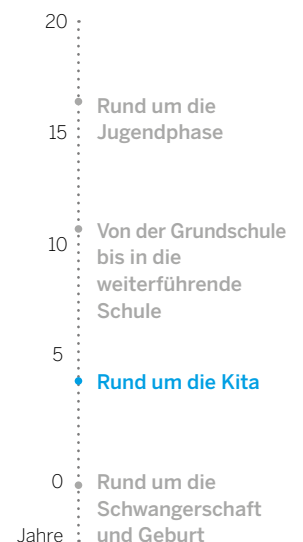
(Bildungs-) Übergänge fließend gestalten

Eltern stärken – Kinder stärken

Beteiligungorientierung – Die Menschen mitnehmen

Multiprofessionelle Zusammenarbeit

- Unkomplizierte, individuelle Entwicklungsdokumentation
- Mitwirkung von Eltern, Kita-Fachkräften und Lehrkräften
- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Kita und Grundschule
- Nahtlose Fortsetzung begonnener Förderung



8. VON DER GRUNDSCHULE BIS IN DIE WEITERFÜHRENDE SCHULE

BILDUNGSBEGLEITUNG IM PRIMARBEREICH

Die Bildungsbegleitung ist integraler Bestandteil der kommunalen Präventionskette der Stadt Hamm. Sie beginnt schon in der Kita. Elternbegleiterinnen und -begleiter kümmern sich um Familien in benachteiligten Lebenslagen und beraten sie im Übergang zur Grundschule.

Sie vermitteln Familien beispielsweise in die Elternschule, die Erziehungsberatung, den sozialpsychologischen Dienst oder die Familienhilfe. Sie helfen, Kinder in Sportvereine oder andere Kultur- und Freizeitangebote zu bringen. Im Primarbereich sind die Bildungsbegleiterinnen und -begleiter an insgesamt 22 Grundschulen in sieben von neun Sozialräumen der Stadt im Einsatz. Einer ihrer Aufgabenschwerpunkte ist die Beratung zu den Förderleistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT). Gemeinsam mit Eltern und Lehrkräften ermitteln sie den individuellen Förderbedarf des Kindes und helfen bei der Antragstellung für die entsprechende Lernförderung. Das Ziel der Bemühungen ist stets, die Bildungschancen aller Kinder so zu verbessern, dass ein Übergang in die weiterführende Schule erfolgreich glückt. Im Sekundarbereich findet die Bildungsbegleitung dann eine kontinuierliche Fortsetzung

Die Bildungsbegleitung in der Kita ist aus dem Programm „STARK“ entstanden, das zunächst in einem einzelnen Sozialraum mit besonde-

rem Präventionsbedarf erprobt wurde. Mit der Einführung von „plusKita“ im Zuge der jüngsten Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) weitete die Stadt Hamm das Programm „STARK“ gesamtstädtisch aus, indem es zum Kriterium für die besondere finanzielle Förderung als „plusKita“ gemacht wurde.

HAMM

176.037
EINWOHNER,
31.660 UNTER
18 JAHREN

DAS IST BESONDERS GUT!

Hamm

Soziale Inklusion

- Unterstützung von Familien zur schulischen Förderung der Kinder
- Vermittlung in kommunale (außerschulische) Unterstützungsangebote
- Sozialräumliche Vernetzung
- Durchgängiges Angebot von der Kita bis in die Berufsausbildung

DIE ELTERNCAFÉS „BRÜCKE“

Die Elterncafés „Brücke“ sind ein Angebot von Eltern für Eltern. An 24 Standorten in Schulen und Stadtteilen öffnen die Cafés einmal in der Woche ihre Türen und erreichen durchschnittlich 300 Menschen. Hier können sich Eltern über Alltags- und Erziehungsfragen austauschen.

Konkret geht es darum, die Eltern für den Alltag mit dem Kind stark zu machen und Unsicherheiten abzubauen. Hilfe zur Selbsthilfe leisten – das ist das Ziel der Elterncafés. Nach dem Ansatz der Elterncafés gibt es keine „Patentrezepte“ für Erziehung. Aber die Eltern können im Gespräch miteinander viel lernen über ihre eigenen Stärken, Gefühle, Lebensthemen, Wünsche und über die Erziehung ihrer Kinder. Bei Bedarf werden zusätzlich Expertinnen und Experten eingeladen. Sie vermitteln Kenntnisse z.B. zu Gesundheitsfragen, Verbraucher- und Umweltschutz, Interreligiosität, Partizipation und Demokratie; Ausflüge und alltagsorientierte Sprachkurse ergänzen das Angebot.

Von den Elterncafés profitieren Menschen aus ganz unterschiedlichen Herkunftsländern. Dadurch, dass alle Anleiterinnen und Anleiter der Cafés eine Zuwanderungsgeschichte haben und mindestens zweisprachig sind, werden Zugangshürden minimiert. Interkulturalität ist ein wichtiges Thema in den Elterncafés. Beispiels-

weise haben die Eltern einen Vorlesetag in der Schule organisiert und den Schülerinnen und Schülern in ihren Herkunftssprachen vorgelesen. Über solche und andere Aktionen werden die Eltern motiviert, sich in den Schulalltag einzubringen und sich ihre Kinder zu engagieren.



DAS IST BESONDERS GUT!

Gelsenkirchen

Soziale Inklusion

Eltern stärken – Kinder stärken

Beteiligungsorientierung – Die Menschen mitnehmen

- Plattform zur Selbstorganisation: Hilfe zur Selbsthilfe
- Alltagsorientierte Unterstützungsangebote
- Steigerung des Engagements und der Partizipation von Eltern in der Schule
- Erreichung von Familien mit Zuwanderungsgeschichte



DORMAGENER HANDBUCH

Mit Beginn des Schuljahres 2015/16 können alle Grundschulen und weiterführenden Schulen in Dormagen den sogenannten Übergangsordner nutzen. Der Handlungsleitfaden stellt in kompakter Form erprobte Inhalte und Methoden vor, die Lehrkräfte für die Übergangsgestaltung einsetzen können.

Für die vier Handlungsfelder „Kinder stärken“, „Mit Eltern den Übergang gestalten“, „Fachkräfte der Grundschulen und weiterführenden Schulen gestalten den Übergang gemeinsam“ sowie „Mit Kooperationspartnern den Übergang unterstützen“ gibt es ca. 70 praktische Tipps für einen erfolgreichen Schulwechsel. Die weiterführenden Schulen entwickeln damit ihr eigenes Übergangsmanagement bedarfsorientiert weiter, um zu vermeiden, dass die Kinder mit Unsicherheiten, Ängsten oder Problemen an die neue Schule kommen. Weiteres Ziel ist es, sowohl die Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern zu stärken als auch die Lehrkräfte und Kooperationspartner zu sensibilisieren und zu unterstützen.

Der Einsatz des Übergangsordners oder bestimmter Praxisansätze ist nicht verpflichtend. Empfohlen wird jedoch, ausgewählte Methoden als Qualitätsstandard in den Schulen einzuführen. Das können etwa Übergangsgespräche mit den Kindern, Eltern und Lehrern sein. Diese können den Lehrkräften helfen, neue Klassen sinnvoll zusammenzustellen oder besonderen Unterstützungsbedarf bei den Kindern zu erkennen.

Meistens gibt es neben der Angst vor Überforderung bei den Schülerinnen und Schülern auch Unsicherheiten wegen äußerer Veränderungen. All das kann den Start in der neuen Schule erschweren. Durch die kompakte Methodenübersicht können Lehrkräfte im Übergangsordner schnell Lösungen finden, die an anderen Schulen bereits erprobt wurden. Die Entwicklung des Übergangsordners hat deshalb auch schon zu einem intensiveren Austausch zwischen den Schulen geführt.

Dreizehn Grundschulen, fünf weiterführende Schulen und eine Förderschule nutzen bereits den Übergangsordner. Entstanden ist er in einem zweieinhalbjährigen Qualitätsentwicklungsprozess im Rahmen des Dormagener Netzwerks für Familien (NeFF). Beteiligt waren Grundschulen, weiterführende Schulen sowie die Kinder- und Jugendhilfe, Eltern und auch Kooperationspartner, wie zum Beispiel Fachkräfte der Jugendzentren.

DORMAGEN

62.208
EINWOHNER,
10.500 UNTER
18 JAHREN

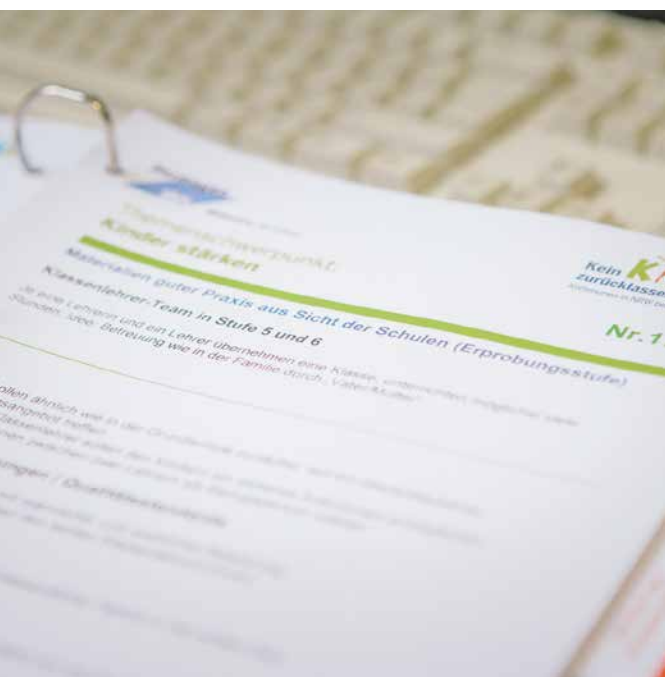


DAS IST BESONDERS GUT!

Dormagen

(Bildungs-) Übergänge fließend gestalten

- Ordner gemeinsam von Schule, Jugendhilfe und Eltern erstellt
- Ermöglicht flexiblen und bedarfsorientierten Einsatz bereits erprobter Methoden
- Anregung zum Wissenstransfer zwischen den Schulen
- Kooperativer Qualitätsentwicklungsprozess



ÜBERGANGSPROTOKOLL 2

Damit alle Kinder im Kreis Unna dieselben Startchancen in die weiterführende Schule haben, wurde kreisweit die bisherige Grundschulempfehlung durch das sogenannte „Ü2-Protokoll“ ersetzt.

Das Protokoll wird dem Halbjahreszeugnis im vierten Schuljahr beigelegt. Es gibt den Lehrkräften, die die Kinder in den fünften Klassen der weiterführenden Schulen empfangen, viel wichtiges Hintergrundwissen über jedes Kind. Etwa zu Arbeits- und Sozialverhalten einer Schülerin oder eines Schülers oder auch über den Leistungsstand in den Fächern Mathematik und Deutsch. Alle Kinder sollen dadurch dieselben Startchancen erhalten, damit Brüche in der Bildungslaufbahn von Kindern und Jugendlichen verhindert werden.

Das Ü2-Protokoll wurde vom Arbeitskreis „Übergang 2“ im Rahmen des Regionalen Bildungsnetzwerks im Kreis Unna entwickelt. Es fasst die vom Gesetz vorgeschriebene begründete Empfehlung für die weiterführende Schule in eine einheitliche Form.

Bereits begonnene Förderprozesse können ohne Zeitverlust fortgeführt und die Kinder weiter gestärkt werden. Durch den kreisweiten Einsatz des Ü2-Protokolls wird die Weitergabe von Informationen erleichtert, denn auch bei einem Schulwechsel des Kindes wandert das Protokoll mit. Das gleiche Vorgehen für alle

DAS IST BESONDERS GUT!

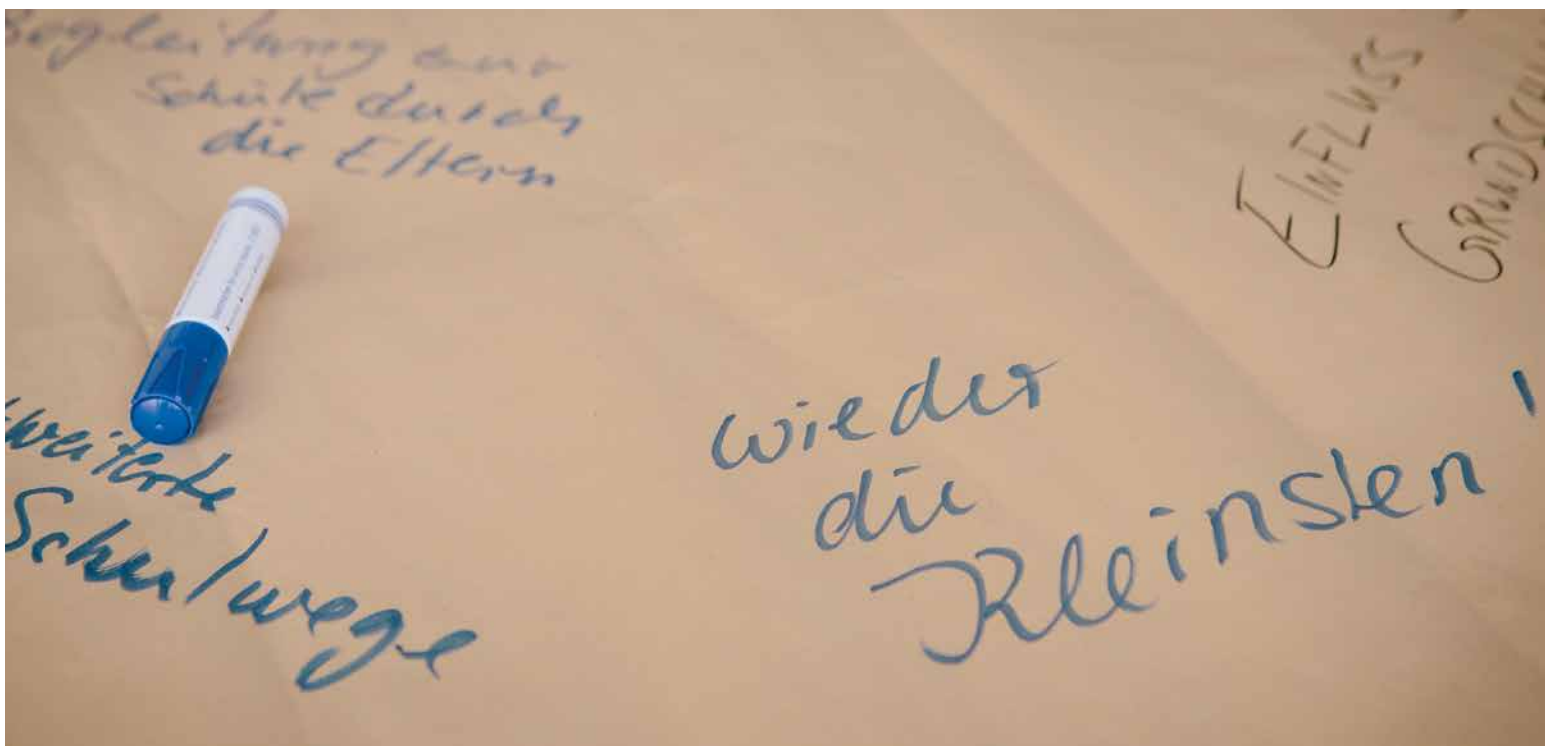
Kommunen im Kreis Unna (Bildungs-) Übergänge fließend gestalten Multiprofessionelle Zusammenarbeit

- Stärkung der Chancengleichheit für alle Kinder durch vereinheitlichtes, vergleichbares Bildungsdokument
- Festigung der Kooperation zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen
- Schaffung einer verbindlichen Gesprächsgrundlage für Lehrersprechstage und Jahrgangsstufenkonferenzen

schaftt gleiche Übergangsvoraussetzungen. Eine Handreichung mit dem Titel „Von der Grundschule in die weiterführende Schule – den Übergang kooperativ gestalten und gemeinsam meistern“ erläutert Fachkräften den Umgang mit dem Instrument. Das Ü2-Protokoll sowie die Handreichung zum erfolgreichen Einsatz des Instruments sind auf den Seiten des Regionalen Bildungsnetzwerks Kreis Unna online verfügbar.

KREIS UNNA

391.622
EINWOHNER,
63.736 UNTER
18 JAHREN



„MEINE SCHATZKISTE“ – DAS PORTFOLIO FÜR DEN ÜBERGANG IN DIE WEITER- FÜHRENDE SCHULE

Durch die Arbeit mit der „Schatzkiste“ sollen Kinder der vierten Jahrgangsstufe dazu ermutigt werden, sich auf den Wechsel in die weiterführende Schule vorzubereiten. Unterstützt durch die Lehrkraft und durch ansprechend gestaltete Arbeitsblätter, setzen sich die Kinder mit ihrer eigenen Person, ihren bevorzugten Lernmethoden, dem Umgang mit Gefühlen wie Glück und Wut sowie ihren Wünschen und Gedanken zur weiterführenden Schule auseinander.

Auf diese Weise erstellen sie ein individuelles Portfolio ihrer Interessen und Stärken. Ziel der Schatzkiste ist es, die Schülerinnen und Schüler in ihren Kompetenzen und ihrer Selbstwirksamkeit zu stärken und ihnen dadurch Sicherheit für den bevorstehenden Schulwechsel zu geben.

Den Lehrerinnen und Lehrern der weiterführenden Schulen bieten sich vielfältige Möglichkeiten, um im Unterrichtsgeschehen an die Inhalte der „Schatzkiste“ – so etwa an bereits bekannte Lernmethoden – anzuknüpfen. Erleichtert wird dieser Schritt dadurch, dass die

WITTEN

96.382
EINWOHNER,
14.670 UNTER
18 JAHREN



Grundschullernethoden durch die „Schatzkiste“ einheitliche Bezeichnungen erhalten haben. Den Erkenntnisgewinn hinsichtlich der Methodenvielfalt kann die neue Lehrkraft nutzen, um Schülerinnen und Schüler, die eine bestimmte Lernmethode bevorzugen, in Lerngruppen zusammenzubringen.

Die Weitergabe der „Schatzkisten“ durch die Kinder und Eltern ist freiwillig. Durch die Aufnahme der „Schatzkisten“ auf die Materialliste der weiterführenden Schulen und durch recht-

zeitige Aufklärung über deren Nutzen sollen die Eltern dazu motiviert werden, diese als wichtiges Unterstützungselement im Übergang zu verstehen. Nach einer erfolgreichen Pilotphase wird die Schatzkiste ab dem Schuljahr 2015/16 flächendeckend in Wittener Schulen eingesetzt.

Alle wichtigen Materialien zum Portfolioverfahren sowie der Film „Ein großer Schritt – Der Übergang zur weiterführenden Schule“ stehen auf der Homepage der Stadt Witten zum Download bereit.

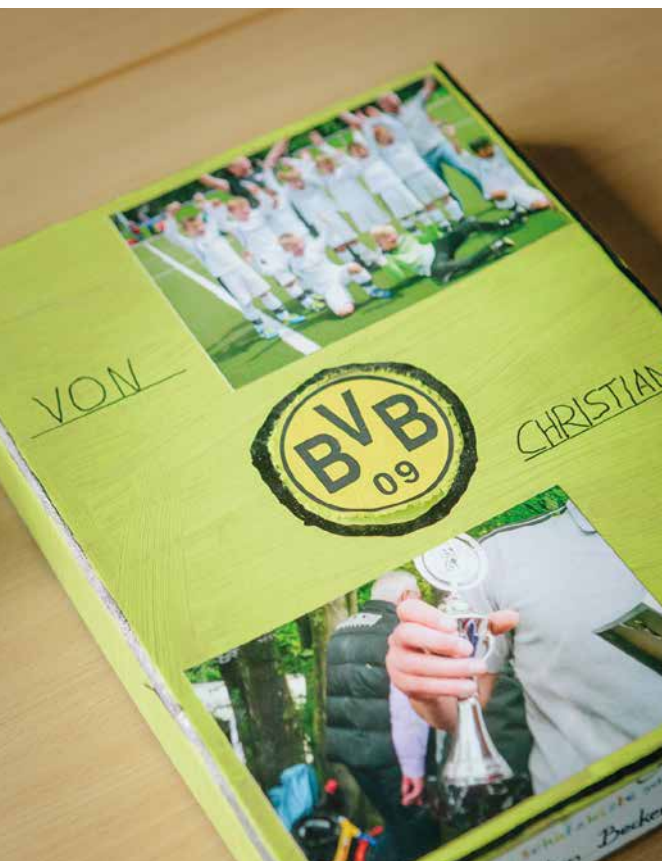
DAS IST BESONDERS GUT!

Witten

(Bildungs-) Übergänge fließend gestalten

Beteiligungsorientierung – Die Menschen mitnehmen

- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Grundschule, weiterführender Schule und Kinder- und Jugendhilfe
- Konsequente Umsetzung der Handlungsmaxime „Vom Kind her denken“ in einer Filmdokumentation
- Gute Transfermöglichkeit für andere Kommunen: Alle wichtigen Materialien sowie die Anleitung zum Einsatz der „Schatzkiste“ durch ein Handbuch sind online verfügbar



9. RUND UM DIE JUGENDPHASE

BETEILIGUNGSPROJEKTE MIT KINDERN UND JUGENDLICHEN

Was wünschen sich Kinder und Jugendliche, welche Angebote fehlen ihnen und wann und wo sollen diese stattfinden?

Die Sichtweise von Erwachsenen – auch von Fachkräften – kann nur einen Teil der Wirklichkeit von Mädchen und Jungen abbilden. In Wuppertal wurden deshalb knapp 1.900 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 16 Jahren in insgesamt 14 Beteiligungsprojekten in Jugendzentren oder an Schulen befragt. Dabei wurden die Lebenswelten und die Probleme von Mädchen und Jungen erforscht. Die Beteiligungsprojekte reichten von Befragungen, über Kreativmethoden, wie einem Theaterstück oder der Erstellung einer Wunschbox, bis hin zu Gruppenangeboten, die im Klassenkontext umgesetzt wurden. Im Beteiligungsprojekt „Wir besiedeln den Mars“, das in einem Wuppertaler Jugendzentrum stattfand, haben Sieben- bis Zwölfjährige aus eigener Initiative eine Gesellschaftsordnung entwickelt, die ihnen auf der fiktiven Reise zum roten Planeten helfen sollte.

Aus der spielerischen Auseinandersetzung mit demokratischen Grundregeln wurden im Anschluss die Gruppenregeln im Jugendzentrum überprüft und angepasst.

WUPPERTAL

342.661
EINWOHNER,
56.480 UNTER
18 JAHREN

DAS IST BESONDERS GUT!

Wuppertal

Beteiligungsorientierung – Die Menschen mitnehmen

- Bessere Nutzung der Angebote durch Anpassung an die Bedürfnisse der Zielgruppe
- Träger- und institutionsübergreifende Kooperation
- Stärkung der Selbstwirksamkeit und des Selbstbewusstseins der Kinder und Jugendlichen





JUGENDRAT

Diskussionsrunden mit Bürgermeisterkandidaten, Teilnahme an Ratsausschüssen oder aktive Mitgestaltung vor Ort: Der Gladbecker Jugendrat zeigt, dass Politik sich nicht immer fernab von Kindern und Jugendlichen bewegt.

Mit großem Engagement bringt sich die junge Generation in Gladbeck in die Lokalpolitik ein. Die Jugendlichen schauen nicht bloß zu, sondern gestalten aktiv mit. Der Jugendrat hat in Gladbeck zentrale Funktionen: Er ist eine Mischung aus zivilgesellschaftlichem Engagement und politischer Gremienarbeit.

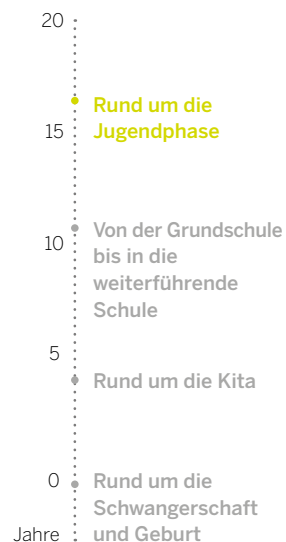
Dazu zählt die Teilnahme an den Fachausschüssen des Stadtrats: Jeweils zwei Jugendratsmitglieder nehmen regelmäßig beratend am Sport-, Jugendhilfe-, Innenstadt-, Kultur- und Schulausschuss teil. Dabei können sie auch selbst Vorschläge für die Tagesordnung einbringen. Viermal im Jahr tagt das Plenum des Jugendrats. Im alten Ratssaal und unter Vorsitz des Bürgermeisters bringen die Kinder und Jugendlichen bei diesen Sitzungen Themen ein, die sie bewegen und die sie zuvor in Arbeitsgruppen entwickelt haben. Neben Podiumsdiskussionen mit den Bürgermeisterkandidaten für die Kommunalwahlen nehmen sie an Workshops und Seminaren zu Themen wie „Flucht“, „Moderation“ oder „Klimaschutz“ teil – Fragestellungen, die sie selbst ausgesucht haben.

Hinter dem Jugendrat stecken auch handfeste Aktionen: Kinderdiskos und Bandcontests von jungen lokalen Bands gehören zu den Veranstaltungen, die der Jugendrat regelmäßig organisiert. Sie bringen sich in die Innenstadtgestaltung ein und arbeiten zusammen mit dem Seniorenbeirat, um gemeinsame Radtouren zu unternehmen, zu kochen oder Feste zu feiern. Das überparteiliche Gremium besteht seit 2005 und wurde auf Initiative des Bürgermeisters

gegründet. Aktiv beteiligen sich je nach Zeit und Möglichkeit etwa 40 bis 60 Jugendliche an den Aktionen des Jugendrats. Der Jugendrat wählt jährlich nach den Sommerferien seine neuen Mitglieder. Die Wahlen finden in allen weiterführenden Schulen der Stadt, in Sportvereinen und Freizeiteinrichtungen statt. Die Schulen entsenden je zwei Vertreterinnen und Vertreter aus der Unter-, Mittel- und Oberstufe, die Sportvereine und Freizeiteinrichtungen delegieren auch jeweils zwei Jugendliche. Die Schulen und Vereine sind selbstständig für die Wahlen verantwortlich. Mitglieder des Jugendrats und die Kinder- und Jugendbeauftragte unterstützen die Wahlen. Wahlberechtigt sind alle Mädchen und Jungen im Alter zwischen 10 und 21 Jahren, die ihren Wohnsitz in Gladbeck haben oder eine weiterführende Gladbecker Schule besuchen.

GLADBECK

73.974
EINWOHNER,
12.800 UNTER
18 JAHREN



DAS IST BESONDERS GUT!

Gladbeck

Beteiligungsorientierung – Die Menschen mitnehmen

- Rechte, Interessen und Ziele von Kindern und Jugendlichen werden durch sie selbst – auch politisch – vertreten und gestalten das gesellschaftliche Leben in der Stadt aktiv mit
- Verwaltung unterstützt mit Ressourcen: eine hauptamtliche Kraft (Kinder- und Jugendbeauftragte/r) und den jährlichen Etat für den Jugendrat
- Stärkung junger Menschen
- Jugendbeteiligung ist „Chefsache“: Jugendrat ist ernstes Anliegen des Bürgermeisters

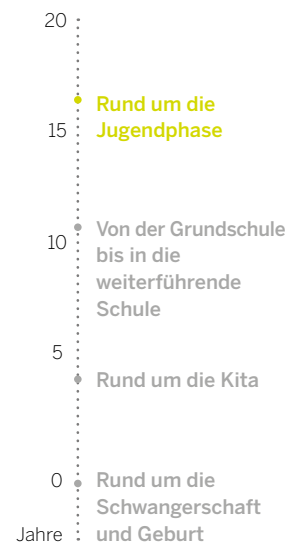
BILDUNGSBEGLEITUNG IM SEKUNDARBEREICH

Die Bildungsbegleitung ist integraler Bestandteil der kommunalen Präventionskette der Stadt Hamm von der Kita bis in die Berufsausbildung. Im Sekundarbereich wird sie an fünf Hauptschulen, einer Sekundarschule, fünf Realschulen, zwei Gymnasien und an beiden Gesamtschulen in sieben der neun Sozialräume der Stadt angeboten.

Kinder, Jugendliche und ihre Familien erhalten individuelle Unterstützung: beim Ausfüllen von Anträgen, bei Gesprächen mit Lehrerinnen und Lehrern, beim Schulwechsel, bei der beruflichen Orientierung oder bei der Suche nach einem geeigneten Anbieter von Lernförderung. Die Bildungsbegleiterinnen und -begleiter sind Fallmanager, die Familien zu passenden Hilfeangeboten vermitteln. Das kann die Elternschule, die Erziehungsberatung, der sozialpsychologische Dienst oder die Familienhilfe sein. Sie initiieren zusammen mit der Präventionskoordinatorin oder dem Präventionskoordinator des Sozialraums zusätzliche Angebote im Stadtteil und an den Schulen. Das kann auch mal ein „Knig-

ge-Kurs“ für den Erwerb sozialer Kompetenzen sein. Das Ziel ist stets, die Kinder und Jugendlichen ihren individuellen Fähigkeiten und Talenten gemäß zu einem höheren Lernniveau und zu einem Schulabschluss zu führen, der ihnen bessere Chancen auf dem Ausbildungsmarkt und im Beruf eröffnet.

Bis Ende 2013 wurden die schulische Bildungsbegleitung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket finanziert. Nach dem Auslaufen der Bundesförderung beschloss der Rat der Stadt, das Angebot in eigener Regie zu übernehmen und mithilfe von kommunalen Mitteln und Mitteln des Landes NRW weiter zu finanzieren.



DAS IST BESONDERS GUT!

Hamm

Soziale Inklusion

- Unterstützung von Familien zur schulischen Förderung der Kinder
- Vermittlung in kommunale (außerschulische) Unterstützungsangebote
- Sozialräumliche Vernetzung
- Durchgängiges Angebot von der Kita bis in die Berufsausbildung





LEITFADEN BERUFSORIENTIERUNG ALS ERGEBNIS DES PROJEKTS „GENERATION ZUKUNFT“

ARNSBERG

74.383
EINWOHNER,
12.800 UNTER
18 JAHREN

Im Beteiligungsprojekt „Generation Zukunft“ der Stadt Arnsberg haben Jugendliche mit Stadt und Wirtschaft gemeinsam Ideen für sinnvolle Angebote in der Kommune entwickelt.

Ein Ergebnis des Workshops „Karrieremarketing“ ist der „Leitfaden zur Berufsorientierung“, der zusammen mit Schulen, Unternehmen, den Kammern, dem Unternehmensverband und der Agentur für Arbeit entwickelt wurde. Der Leitfaden liefert einen systematischen und umfassenden Überblick über alle Maßnahmen und Ansprechpersonen in puncto Berufsvorbereitung. Auf diese Weise hilft er den Jugendlichen und Arbeitgebern in Arnsberg, sich besser auf dem kommunalen Ausbildungsmarkt zu orientieren. Ziel des Leitfadens ist es, den jungen Menschen das lokale Ausbildungsangebot vorzustellen und sie in der Stadt zu halten. Um auf dem neuesten Stand zu sein, werden die Maßnahmen im Leitfaden regelmäßig aktualisiert.

DAS IST BESONDERS GUT!

Arnsberg

Beteiligungsorientierung – Die Menschen mitnehmen (Bildungs-) Übergänge fließend gestalten

- Frühzeitige und breite Einbindung von Schülerinnen und Schülern sowie relevanten Institutionen
- Erschienen in zwei Versionen: für Schulen und für Arbeitgeber
- Umfassender Überblick über alle rund 250 Maßnahmen zur Berufsvorbereitung sowie über relevante Ansprechpartner/-innen
- Regelmäßige Aktualisierung

DIE LANDESKOORDINIERUNGS- STELLE:

VIELFÄLTIGE AUFGABEN IM MODELLVORHABEN

Im Rahmen der operativen Umsetzung des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ kümmert sich die Landeskoordinierungsstelle um folgende Aufgaben:

- Begleitung und Beratung der beteiligten Kommunen beim Aufbau eines strategischen Zielfindungs- und Umsetzungsprozesses im Bereich Prävention
- Organisation und Moderation des Austauschs der beteiligten Kommunen
- Initiierung und Gestaltung des Dialogs zwischen Kommunen und Landesregierung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeskoordinierungsstelle bringen die kommunalen Akteure in einem Lernnetzwerk zusammen. Sie bieten Raum für interkommun-

alen Austausch in vertrauensvoller Atmosphäre und die Möglichkeit, voneinander zu lernen.

Das kommunale Erfahrungswissen wird in Workshops und Tagungen gebündelt. Ein „Instrumentenkoffer“ erleichtert den Weg in passgenaue Prävention. Es entstehen neue Impulse für die kommunale und landespolitische Praxis.

Weiterer Schwerpunkt der Landeskoordinierungsstelle ist die Kooperation mit anderen landesweit agierenden Netzwerken im Bereich Prävention.



Träger der Landeskoordinierungsstelle ist das **Institut für soziale Arbeit ISA e.V.** in Münster.

Das Team arbeitet an zwei Standorten.

Standort Düsseldorf:



Dr. Heinz-Jürgen Stolz
Leitung Koordinierungsstelle

Telefon: +49 211 8372-736
Fax: +49 211 8373-261
heinz-juergen.stolz@isa-muenster.de



Dr. Johannes D. Schütte
Wissenschaftliche Mitarbeit
Kommunale Begleitung
(Duisburg, Gelsenkirchen)

Telefon: +49 211 8372-648
Fax: +49 211 8373-261
johannes.schuette@isa-muenster.de



Maren Hilke
Wissenschaftliche Mitarbeit

Telefon: +49 211 8372-382
Fax: +49 211 8373-261
maren.hilke@isa-muenster.de



Lena Gilhaus
Website /
Kommunale Berichterstattung

Telefon: +49 211 8372-663
Fax: +49 211 8373-261
lena.gilhaus@isa-muenster.de



Dr. Ursula Kansy
Kommunikationsreferentin

Telefon: +49 211 8372-668
Fax: +49 211 8373-261
ursula.kansy@isa-muenster.de



Karl-Heinz Kaup
Schulfachliche Beratung
und Koordination

Telefon: +49 211 8372-336
Fax: +49 211 8373-261
karl-heinz.kaup@isa-muenster.de



Martin Debener
Fachreferent der Freien
Wohlfahrtspflege

Telefon: +49 2151 9619-028
Fax: +49 2151 9619-022
martin.debener@isa-muenster.de



Claudia Pautsch
Verwaltungsassistenz

Telefon: +49 211 8372-346
Fax: +49 211 8373-261
claudia.pautsch@isa-muenster.de

Postanschrift:
Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport des
Landes Nordrhein-Westfalen

Haroldstr. 4 | 40213 Düsseldorf
Telefon: +49 211 8372-663
Fax: +49 211 8373-261

koordinierungsstelle@kein-kind-zuruecklassen.de
www.kein-kind-zuruecklassen.de

Standort Münster:



Dr. Christina Günther
Kommunale Begleitung
(Arnsberg, Kreis Unna, Kreis
Warendorf, Moers, Mönchenglad-
bach, Münster, Witten, Wuppertal)

Telefon: +49 251 200799-44
Fax: +49 251 92536-80
christina.guenther@isa-muenster.de



Christin M. Jasper
Kommunale Begleitung
(Bielefeld, Dormagen, Dortmund,
Düsseldorf, Gladbeck, Hamm,
Kreis Düren, Oberhausen)

Telefon: +49 251 200799-41
Fax: +49 251 92536-80
christin.jasper@isa-muenster.de



Sabine Köhler
Kommunale Begleitung

Telefon: +49 251 200799-21
Fax: +49 251 200799-10
sabine.koehler@isa-muenster.de

Friesenring 40 | 48147 Münster
Telefon: +49 251 200799-0
Fax: +49 251 200799-10

info@isa-muenster.de
www.isa-muenster.de

Geschäftsführender Vorstand:
Ilona Heuchel

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“

Träger der Landeskoordinierungsstelle:

Institut für soziale Arbeit e. V.

Friesenring 40

48147 Münster

Telefon: 0251/2007990

info@isa-muenster.de

www.isa-muenster.de

Geschäftsführender Vorstand: Ilona Heuchel

www.kein-kind-zuruecklassen.de

Redaktion:

Martin Debener, Lena Gilhaus,

Dr. Christina Günther,

Maren Hilke, Christin M. Jasper,

Dr. Ursula Kansy, Karl-Heinz Kaup,

Sabine Köhler, Claudia Pautsch,

Dr. Johannes D. Schütte,

Dr. Heinz-Jürgen Stolz

Druck:

news-media Druck & Werbung e.K.,

Brassertstraße 122, 45768 Marl

Gestaltung:

KÖNIGSPUNKT, Agentur für Innovation

und Markenbildung GmbH,

Sachsenring 83, 50677 Köln

Fotocredits:

ISA/Martin Scherag: Titel, 4,24,33,38/39, 43, 55, 59, 65, 66/67, 77, 78, 83, 88, 89, 90, 91, 95

MFKJKS/Catrin Moritz: 6

ISA/Henning Severin: 8, 14, 16, 22, 32, 97

ISA/Fabian Stuertz: 11, 12/13, 60, 61, 63, 71, 74, 75, 79, 84, 85, 92, 93, 94, 98/99

ISA/Lena Gilhaus: 19, 25

ISA/Ursula Kansy: 21, 96

BST/Krinke: 36, 37

ISA/Gerd Nolte: 46

Fotolia/Sergey Novikov: 68/69

Thinkstock/Vernon Wiley: 72

Stadt Gelsenkirchen: 73, 87

Stadt Gelsenkirchen/Andreas Weiß: 87

Stadt Gelsenkirchen/Neslihan Kanbur: 87

Presseamt Münster: 80, 81

ISA/Davis Sievers: 96, 97

ISA/Maren Hilke: 97

picture people: 97

Foto Schmitz/Iris Schmitz: 97

Auflage: 6.500

Erscheinungsjahr 2016

Nachdruck, auch auszugsweise,

nur mit Genehmigung



www.kein-kind-zuruecklassen.de

Mit finanzieller Unterstützung
des Landes Nordrhein-Westfalen und des Europäischen Sozialfonds

Stand: Juni 2016



| BertelsmannStiftung



Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

